

(A)

(C)

41. Sitzung

Berlin, Freitag, den 7. Mai 2010

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

(B)

(D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten nun in unsere Tagesordnung ein. Ich rufe den Tagesordnungspunkt 23 auf:

Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die**

Präsident Dr. Norbert Lammert

(A) **Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFStG)**

– Drucksache 17/1544 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

– Drucksachen 17/1561, 17/1562 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Norbert Barthle

Carsten Schneider (Erfurt)

Otto Fricke

Dr. Gesine Löttsch

Alexander Bonde

Hierzu liegen ein Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, zwei Entschließungsanträge der Fraktion Die Linke sowie ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Über den Gesetzentwurf, die zwei Änderungsanträge und die fünf Entschließungsanträge werden wir später jeweils namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache zwei Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

(B) Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst der Kollege Norbert Barthle für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eine anstrengende Woche mit sehr intensiven parlamentarischen Beratungen hinter uns. Dieser Gesetzentwurf, der formal betrachtet lediglich aus zwei schlanken Paragraphen besteht, ist außerordentlich intensiv, leidenschaftlich, teilweise auch kontrovers diskutiert worden. Diese zwei schlanken Paragraphen beinhalten allerdings inhaltlich grundlegende Richtungsentscheidungen für die Zukunft Europas und damit auch für die Zukunft Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger.

Wir haben es uns dabei nicht leicht gemacht. Wir haben unsere parlamentarische Verantwortung sehr ernst genommen und das hier zur Abstimmung anstehende Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz nach vielen tage- und fast nächtelangen Debatten in entscheidenden Punkten geschärft. Mit dem Ergebnis dieser Beratungen, das uns heute zur abschließenden Abstimmung vorliegt, können zumindest wir von der Regierungskoalition, so finde ich, sehr zufrieden sein. Wir können es auch – das ist das Wichtigste – gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern verantworten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Natürlich gab es während der Beratungen bei dem einen oder anderen Bedenken und Vorbehalte. Würden wir dieses Hilfspaket jetzt aber nicht verabschieden, müssten wir mit großer Sicherheit in wenigen Wochen an dieser Stelle über Rettungsmaßnahmen und Nothilfen in ganz anderen Dimensionen entscheiden; davon bin ich überzeugt. Denn die vorangegangenen Beratungen und die öffentliche Anhörung der Sachverständigen im Haushaltsausschuss am Mittwoch dieser Woche haben ganz klar gezeigt: Zu diesem Hilfspaket gibt es – das betone ich ausdrücklich – keine bessere Alternative.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Alle Experten haben uns deutlich gemacht, dass jede andere denkbare Lösung nicht nur teuer, sondern vor allem in ihren Konsequenzen nicht kontrollierbar und mit unabsehbaren Ansteckungsgefahren für andere Euro-Länder und damit mit der Gefahr einer Erosion des gesamten Euro-Systems verbunden wäre. Die Sachverständigen haben auch deutlich gemacht: Mit den vereinbarten strengen **Sicherheitsauflagen** hat das Hilfsprogramm Aussicht auf Erfolg. Mit dem drastischen Sparkurs und den durchgreifenden Strukturreformen, zu denen sich Griechenland verpflichtet hat, kann Griechenland wieder wettbewerbsfähig werden und sich damit mit besseren Konditionen an den Kapitalmärkten refinanzieren.

Zum anderen ist mit den eingezogenen Leitplanken alles getan worden, damit das Rettungspaket nicht aus dem Ruder läuft. Es ist – das muss man betonen – das strengste und schärfste **Kontrollsystem**, das es jemals im Euro-Raum gegeben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben ein engmaschiges Überwachungssystem, auf Neudeutsch Monitoringsystem genannt. Die Auszahlung der Kreditmittel erfolgt nur in Tranchen. Jede Auszahlung ist an die Erfüllung strenger Qualitäts-Zielvorgaben gebunden. Es gibt ein gebündeltes Schiedsrichterverfahren, das von IWF, EZB und Europäischem Rat begleitet wird. Die Euro-Staaten beurteilen die Erfüllung der Zielvorgaben einstimmig und entscheiden einstimmig über die Auszahlung der nächsten Tranche. – Die beiden letztgenannten Bedingungen haben Eingang in unseren Gesetzestext gefunden. Sie sind damit Bestandteil unseres Gesetzes. – Das heißt konkret: Die bilateralen Kredite und die Kredite des IWF werden nur im Rahmen eines gemeinsamen Vorgehens aller europäischen Euro-Mitgliedstaaten und auf der Grundlage der unter Mitwirkung der EZB vereinbarten Maßnahmen ausgereicht. Das ist ein starker Pakt – für Griechenland, für Deutschland und für Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Für uns bedeutet das: Die in diesem Hilfsprogramm wirkenden Kontrollen stehen dafür – so ist meine Schlussfolgerung –, dass das **Ausfallrisiko** für den deutschen Steuerzahler so gering wie irgend möglich gehalten wird. Natürlich bleiben Restrisiken. Wer wollte das bestreiten? Natürlich gibt es niemals eine hundertprozentige Sicherheit für den Erfolg eines solchen Pakets.

Norbert Barthle

- (A) Natürlich hängt der Erfolg nicht unwesentlich davon ab, ob die griechische Bevölkerung diesen Weg mitgeht. Mit unserem Rettungspaket aber stärken wir der griechischen Regierung und der griechischen Bevölkerung den Rücken. Wir begleiten sie in solidarischer Gemeinschaft auf ihrem Weg.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg
[CDU/CSU])

Bildlich gesprochen: Wir werfen Griechenland einen Rettungsring zu. Ans rettende Ufer schwimmen muss es selbst. Schwimmt es in die falsche Richtung, landet es auf dem offenen Meer oder gar in der Türkei.

(Zurufe von Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Oh! Oh!)

Um es zu verdeutlichen: Im Kern geht es darum, verlorenes Vertrauen wiederherzustellen. Wenn dies nicht gelingt, dann kann und wird dieses ambitionierte Maßnahmenpaket nur Erfolg auf Raten haben. Wir brauchen ein einheitliches, klares Vertrauensszenario, um diese Krise bekämpfen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich bin überzeugt: Mit diesem Pakt wird eine positive Wirkung auf unsere europäischen Partnerländer erzielt. Dieser Pakt wird auch uns robuster und zukunftsfähiger machen und für zukünftige Krisen gefestigter. Der vertrauensbildende Effekt allerdings – davon bin ich überzeugt – wäre stärker, wenn es einen **gemeinsamen Beschluss** des Deutschen Bundestages gäbe.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie ohne Zweifel recht!)

An die Adresse der SPD gerichtet, sage ich: Es ist schon traurig – ich finde, fast schon blamabel –, welches Bild Sie hier abgegeben haben.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Ach!)

Zuerst versagen Sie die Zustimmung zu einem beschleunigten Gesetzgebungsverfahren und fordern das normale.

(Christel Humme [SPD]: Immer bei der Wahrheit bleiben!)

Dann stimmen Sie dem Eilverfahren zu, aber nur unter der Voraussetzung, dass die Banken an dem Paket beteiligt werden.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Richtig! – Michael Groschek [SPD]: Bravo!)

Nachdem Sie dann erkannt haben, dass dies in der aktuellen Lage kontraproduktiv wäre, haben Sie sich davon wieder verabschiedet und sagen nun: Wir brauchen eine europäische **Transaktionsteuer**. – Über ein solches Instrument kann man trefflich nachdenken. Aber ich warne

davor, dies innerhalb einer Woche in großer Hektik zu entscheiden. Das muss reiflich überlegt sein; (C)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist reiflich überlegt!)

denn es geht darum, die internationalen Spekulanten zu bekämpfen. Wir müssen das Übel an der Wurzel packen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist das Problem. Deshalb macht es wenig Sinn, vor-schnell eine Maßnahme zu entscheiden,

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Vor-schnell? Schlaf weiter!)

an der man zwar mitverdient, mit der man aber das Übel nicht an der Wurzel bekämpft. Alle Experten sagen, eine Transaktionsteuer habe keinerlei Lenkungswirkung. Damit wird das Spekulantentum nicht bekämpft. Wir müssen an die Wurzel herangehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dazu braucht unsere Bundeskanzlerin einen möglichst großen Rückhalt. Deshalb finde ich es blamabel, dass sich die SPD hier vom Acker macht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Na, na, na!)

Ich darf abschließend eindringlich dafür werben, dem Gesetzentwurf und den Änderungsanträgen der Regierungskoalition zuzustimmen. Das ist das Beste, was wir derzeit machen können. In der gegenwärtigen Lage stellen diese Vorschläge die bestmöglichen Lösungen dar.

Herzlichen Dank. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Joachim Poß für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Barthle, ich kann nur hoffen, dass Ihr peinlicher Ausrutscher in Sachen Türkei

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

keine weitere Beachtung findet. Ich dachte, wir wären in unserem demokratischen Land im Bewusstsein etwas weiter. Für mich ist das, was Sie hier gesagt haben, erschreckend.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erschreckend waren aber auch Ihre Ausführungen an sich; denn für die Sozialdemokratie geht es doch nicht um die Notwendigkeit der Griechenland-Hilfe, sondern darum, für diese Hilfe die Unterstützung unserer ganzen Bevölkerung zu bekommen, damit wir – auch in Zukunft – in Europa wirklich helfen können.

(Beifall bei der SPD)

Joachim Poß

- (A) In unserem Entschließungsantrag sind wir hier eindeutig. Anders als die Linkspartei werden wir den Gesetzentwurf natürlich nicht ablehnen. – Frau Merkel ist im Moment nicht hier. Herr Kauder geht gerade. Ich nehme an, dass sie noch Kriege rat halten müssen.

Herr Kauder, ich möchte Ihnen noch Folgendes mit auf den Weg geben: Es ist schäbig, der SPD oder der SPD-Bundestagsfraktion etwas anderes zu unterstellen. Das dürfte nicht Ihr Niveau sein. Der SPD einen mangelnden Einsatz für Europa und mangelnde Solidarität mit den europäischen Partnern zu unterstellen,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

das ist ärmlich und erbärmlich, Herr Kauder.

(Beifall bei der SPD)

Eine reine Kreditermächtigung, ohne dass sie in die notwendigen Maßnahmen, die sich mit derselben Präzision und mit Verbindlichkeit in einem Entschließungsantrag wiederfinden müssen, eingebunden ist, bedeutet, zu kurz zu springen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Die sind doch eingebunden!)

Das entspricht aber dem Bild, das Sie in den letzten sechs Monaten abgegeben haben. Sie bekommen nichts hin. Kein Werkstück gelingt Ihnen. Schwarz-Gelb kann es nicht. Das zeigen Sie auch an dieser Stelle eindeutig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B)

In unserem Land ist unbestritten: So unabdingbar – entgegen dem schlimmen Populismus Ihrer Verbündeten in den Medien – die Griechenland-Hilfe ist, brauchen wir jetzt schnelle und gute Fortschritte bei der **Finanzmarktregulierung** und im Kampf gegen die Devisenspekulation, damit Griechenland in der Euro-Zone und darüber hinaus nicht zu einem Flächenbrand wird. Darum geht es jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Auf diesem Feld hat die Koalition bisher jämmerlich versagt. Warum hat sie versagt? Weil sie uneins ist, genauso wie in zig anderen Fragen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das zeigt die Vorgeschichte in den letzten Wochen, als Frau Merkel immer auf den Wahltermin in NRW geschickt hat. Da hat sich herausgestellt: Sie handeln nicht dann, wenn es sein müsste. Vielleicht wäre es für uns in der Belastung auch etwas günstiger geworden, wenn Sie gehandelt hätten, wie es Ihnen ohne Weiteres möglich war.

(Beifall bei der SPD)

Es ist für die größte Wirtschaftsnation Europas unwürdig, dass sich die Kanzlerin und der Finanzminister zum entscheidenden Zeitpunkt, wenn es um die Lösung dieser wichtigen Aufgabe geht, diametral widersprechen.

Was ist das denn für eine Regierung, meine Damen und Herren? (C)

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das verstehen die Menschen nicht. Die Menschen in unserem Lande verstehen auch nicht, dass die Banken und die anderen Profiteure des Finanzkasinos nicht stärker als bisher an den Krisenkosten beteiligt werden. Dazu brauchen wir eindeutige Aussagen und Ansagen, über das Bisherige hinaus.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Merkel, Herr Westerwelle, Herr Schäuble, es kann nicht sein, dass die offenkundige Führungsschwäche an der Spitze der Bundesregierung dazu führt, dass die Ignoranz und soziale Blindheit der FDP das gemeinsame Handeln für Deutschland in diesem Hause verhindert. Das ist der Kern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau jetzt ist der passende Zeitpunkt, die Weichen richtig zu stellen. Unser Vorschlag zur Besteuerung des Finanzmarktes auf europäischer Ebene ist ein realistischer und, wenn man mit gutem Willen an die Sache herangeht, schnell umsetzbarer Weg. Den hätten Sie beschreiben sollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (D)

Dazu steht nicht im Widerspruch, dass wir auch Studien des Internationalen Währungsfonds prüfen, auf denen „Confidential“ steht, die aber noch durch die Gremien müssen. Die Finanzierung des Gemeinwesens kann aber nicht länger allein Angelegenheit der Arbeitnehmer und der sogenannten Realwirtschaft sein. Die Schulden explodieren in allen Ländern. Dieses Problem müssen wir in Europa jetzt gemeinsam anpacken.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer, wie Sie es tun, jetzt fordert, dass die **Maastricht-Kriterien** in Zukunft wieder streng eingehalten werden,

(Zurufe von der FDP)

der kann doch für die überall nötige Konsolidierung nicht allein die Steuerzahler und die Empfänger staatlicher Leistungen in Haftung nehmen, wie Sie es nach dem Wahltermin in NRW vorhaben,

(Beifall bei der SPD)

zumal nicht wenige von denen selbst Opfer der Krise geworden sind, während die Verantwortlichen an den Finanzmärkten verschont bleiben.

Herr Schäuble, die von Ackermann & Co. eilfertig und mit durchsichtigem Ziel angebotenen Almosen reichen nicht. Ihr Handschlag mit Herrn Ackermann war

Joachim Poß

- (A) mir, als ich ihn im Fernsehen gesehen habe – entschuldigen Sie –, tief peinlich.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nein, in den kommenden Jahren braucht es einen spürbaren Beitrag der Finanzindustrie zu den Einnahmen des Staates, einen Beitrag, den die **Finanztransaktionssteuer** leisten könnte. Wer, wie die SPD, heute darauf besteht, neben der unumstrittenen Hilfe für Griechenland zusätzlich verbindliche Maßnahmen zur Bändigung der Finanzmärkte zu beschließen, der ist nicht gegen europäische Solidarität oder gegen Europa.

(Zurufe von der FDP: Sind Sie da sicher? – Haha!)

Nein, im Gegenteil: Wer das tut, ist für Europa, für ein starkes Europa,

(Beifall bei der SPD)

für ein Europa, das sich selbst stark macht und sich die notwendigen Mittel an die Hand gibt, um sicherzustellen, dass es künftig nicht mehr von wild spekulierenden Finanzakteuren vor sich hergetrieben wird. Dieses Europa wollen wir, meine Damen und Herren. Nur ein solches Europa ist gerüstet, künftigen Herausforderungen und Belastungen durch Spekulanten und andere zu begegnen und die große Konsolidierungsaufgabe zu schultern. Hier haben Sie versagt. Unser Weg ist der bessere. Ich denke, wir können die Menschen davon überzeugen.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Otto Fricke für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Otto Fricke (FDP):

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist heute kein einfacher Tag. Es ist für die Bürger, die uns zuschauen, kein einfacher Tag. Es ist für uns Abgeordnete, die wir zu entscheiden haben, kein einfacher Tag.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Für die FDP schon gar nicht!)

– Wie ich an Ihnen, Herr Trittin, gerade merke: Für Sie ist es, wie immer, ein verantwortungsloser Tag. Machen Sie nur so weiter. Das ist schon in Ordnung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Verantwortungslos ist Herr Pinkwart!)

Meine Damen und Herren, Deutschland und Griechenland sind Freunde in Europa; ich glaube, darüber sind wir uns einig. Es gibt einen Satz, eine Weisheit, die lautet: Beim Geld hört die Freundschaft auf.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, beim Geld fängt die Freundschaft

erst an! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer möchte denn dann mit der FDP befreundet sein?) (C)

Das ist nicht der Fall. Aber beim Geld – das sage ich gerade in Richtung der Schreihäse – hört die Verantwortung nicht auf. Verantwortungsloses Verhalten, wenn es um wesentliche finanzielle Entscheidungen geht, kann man sich nur erlauben, wenn man gar keine Verantwortung hat und am besten auch gar keine bekommt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Warum machen wir das alles trotz großer Bauchschmerzen? Machen wir das, um den Griechen eine weitere Hilfe zu geben? Nein, wir machen es erstens, um den Griechen den richtigen Weg aufzuzeigen.

(Zurufe von Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN: Oh! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine pädagogische Herausforderung! Die FDP als Lehrmeister!)

Das hat der IWF auch geschafft. Wir können froh sein, dass der IWF dabei ist.

Zweitens – das sage ich vor allem den Bürgern draußen, weil wir alle immer wieder gefragt werden: Warum müssen wir das jetzt schon wieder machen? – Ich bitte jeden Bürger, der das hört, einmal zu überlegen, was wäre, wenn er Grieche oder Portugiese wäre,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oder in der FDP!) (D)

wenn er darauf angewiesen wäre, dass wir Bundestagsabgeordnete unserer Verantwortung gerecht werden. Dann wird jeder sagen: Ich möchte nicht, dass ich zur Bank rennen und versuchen muss, mein Geld noch abzuheben, wie es in anderen Ländern der Fall ist. Ich möchte nicht, dass es am Ende wie bei einem Flächenbrand auch uns trifft. – Das war schon bei der Finanzmarktstabilisierung das Argument, als es um die Rettung der deutschen Banken ging. Das ist das, was Sie gesagt haben – davon wollen Sie heute gar nichts mehr wissen –, als wir die Finanzen der Banken, der Versicherungen und anderer gerettet haben.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Ihr Kollege Schäffler hat doch vorgeschlagen, Inseln zu verkaufen! Sie sind doch verantwortungslos! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sagt denn das Brüderle dazu?)

– An den Zwischenrufen, die ich höre – es ist schade, dass man sie am Fernseher und am Radio nicht hört –, merkt man genau, wie getroffen Sie an vielen Stellen sind.

(Beifall bei der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist es denn mit Ihrem Verantwortungsbewusstsein? Wie steht es insbesondere um das **Verantwortungsbewusstsein** der ehemals so stolzen SPD? Noch gestern behauptete Herr Schneider bewusst Falsches und

Otto Fricke

- (A) meint auch noch, damit Politik machen zu können. Auf Fragen nach der Beteiligung der Finanzinstitute behaupten Sie, wir, die FDP, wollten das nicht. – Schauen Sie sich den Entschließungsantrag genau an. Dann werden Sie feststellen, dass das nicht so ist. Kommen Sie meinetwegen jeden Tag mit neuen Vorurteilen, aber bleiben Sie bitte – anders als der Kollege Schneider – bei der Wahrheit und bei den Tatsachen.

(Beifall bei der FDP – Petra Merkel [Berlin]
[SPD]: Was soll das denn?)

Dann kommen wir zur nächsten Frage nach der Verantwortung: Wer trägt denn die Verantwortung dafür, dass wir es noch immer nicht geschafft haben, uns von einer gewissen nationalen Lebenslüge in Bezug auf Europa zu trennen? Es kann doch nicht sein, dass die Politik sagt, wie die Zahlen sind, sondern die Zahlen sind so, wie sie sind.

(Thomas Oppermann [SPD]: Sie haben doch einen Haushalt mit 80 Milliarden Nettokreditaufnahme beschlossen! – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann sollte sich die FDP einmal die Zahlen anschauen!)

Wer war es denn, der den **Stabilitätspakt** aufgeweicht hat? Das waren Sie von Rot-Grün. Jetzt reden Sie doch nicht so, als hätte das mit Ihnen nichts zu tun. Sie tragen eine ganz wesentliche Verantwortung dafür, dass die Kriterien für ein Land aufgeweicht wurden.

- (B) (Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So spricht der wahre Freund Griechenlands!)

Das ist Ihre Verantwortung, der Sie sich eigentlich stellen müssten. Sie stellen sich ihr aber nicht, sondern treten zurück.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie versuchen es mit billigen Tricks: Ja, wir machen mit! Nein, wir machen nicht mit! – Und dann sagt Herr Gabriel: Oh Gott, oh Gott, es ist Donnerstagmorgen; ich glaube, ich schreibe der Bundeskanzlerin mal eine kleine SMS. – Hallo? Was ist das denn für ein Verantwortungsbewusstsein einer Oppositionspartei, wenn man nur sagt: „Ich will da mitmachen“?

Herr Gabriel, da Sie gerade den Scheibenwischer andeuten:

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat er zu mir gemacht!)

Bei Ihnen geht das sogar noch weiter. Das haben wir gerade bei der Frage der Rednerfolge gemerkt. Sie haben gesagt: Ich will auf jeden Fall mit meiner Rede hinter Westerwelle bleiben. Herr Gabriel, ich kann Ihnen eines sagen: Sie werden immer hinter Westerwelle bleiben. Das wollen Sie nur nicht wahrhaben.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die **Aufnahme Griechenlands in die Euro-Zone** (C) – nicht die Aufnahme Griechenlands in die EU – war ein Fehler.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Mein lieber Otto, du bist heute weit unter deinem Niveau!)

Wir haben das alle gewusst. Aber damals trug die rot-grüne Regierung die Verantwortung. Ich darf jemanden zitieren, der am 28. April 2000 im Deutschlandfunk gesagt hat:

Und jetzt Griechenland aufzunehmen bei den dort vorhandenen Zuständen, immer wirtschaftlich und ökonomisch gesehen, halte ich für einen kapitalen Fehler. Es wird die Situation weiter verschlechtern, und ich kann mich nur wundern, was man den Bürgern eigentlich alles zumutet, wenn man jetzt diesen Beschluss auch noch fassen will zur ungeeigneten Zeit und unter ungeeigneten Voraussetzungen.

Das hat er zu dem Beschluss von Rot-Grün, Griechenland aufzunehmen, gesagt. Wer war das? Otto Graf Lambsdorff, der sich auf die Zahlen berufen hat. Was haben Sie dazu gesagt? Das sei unverantwortlich. Ihr fehlendes Verantwortungsbewusstsein fällt uns heute auf die Füße, und wir müssen versuchen, das wieder hinzubekommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Zum Schluss:

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wird Zeit!)

Wenn es um die Frage nach Ursache und Wirkung geht, dann kann man, wie Herr Poß, immer sagen: Die bösen Spekulanten! – Ich sage Ihnen: Ja, Spekulanten waren an der Sache beteiligt. Die Koalition ist dabei, das abzuschöpfen, was von Spekulanten an Gewinnen gemacht wurde, sodass wir von diesem Auf und Ab an den Märkten wegkommen; wir sind dabei, das zu begradigen.

(Widerspruch bei der SPD)

Was aber machen Sie? Das will ich den Bürgern da draußen einmal klarmachen: Sie reden immer schön abstrakt von einer Finanztransaktionsteuer. Für den Bürger da draußen heißt das, dass zukünftig jeder Riester-Rentner von Ihnen besteuert wird.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei der SPD – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

– Ja, Sie hören das nicht gerne. Sie wollen das nicht wahrhaben.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Das ist unterirdisch!)

Eine Finanztransaktionsteuer nach Ihrer Maßgabe bezieht sich auf jede Finanztransaktion. Ein Riester-Rentner wird mit allem, was er angespart hat, von Ihrer Steuer bestraft. Das wollen wir nicht, und das ist der Unterschied zwischen sozialdemokratischer und christlich-liberaler Politik.

Otto Fricke

(A) Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Sie sagen bewusst die Unwahrheit! – Joachim Poß [SPD]: So ein Quatsch!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zu einer Kurzintervention erhält der Kollege Carsten Schneider das Wort.

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Sehr geehrter Herr Kollege Fricke, Sie haben mich in Ihrer Rede der Unwahrheit bezichtigt. Es geht sicherlich um die Frage, wie hoch die **Belastung Deutschlands** durch Kredite für Griechenland insgesamt ist und ob dieses Volumen ausreicht. Dazu halte ich fest: Alle Antworten, die wir in den vergangenen Wochen vom Bundesfinanzministerium bezüglich der Verabredungen zu Griechenland bekommen haben, waren substanzlos. Unsere Fragen wurden wie folgt beantwortet: Griechenland hat keinen Antrag gestellt. Es gibt nichts zu verhandeln.

So haben Sie die deutsche Öffentlichkeit seit drei Monaten an der Nase herumgeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Michael Groschek [SPD]: Hör! Hör! – Weiterer Zuruf von der SPD: Und das Parlament!)

– Und das Parlament!

(B) Am Mittwoch bekommen wir im Haushaltsausschuss erstmals den Kreditvertrag kursorisch zu Gesicht. Am Montag davor habe ich Staatssekretär Kampeter in der Ausschusssitzung gefragt: Ist es richtig, dass es einen Zinsausgleich gibt? Darauf er: Dem BMF, dem Bundesministerium der Finanzen, ist das nicht bekannt. – Am Mittwoch ist klar: Es gibt ihn, und es gibt nicht nur den Zinsausgleichsmechanismus, sondern sogar auch die Möglichkeit, dass ein Land, das höhere Zinsen zahlt, als Griechenland selbst in Rechnung gestellt bekommt, nicht mehr am Kredit beteiligt ist. Das hat zwei mögliche Konsequenzen, auf die ich schon hingewiesen habe: Entweder das IWF-Paket unter Beteiligung der EU-Staaten reicht im Volumen nicht aus – das bedeutet eine deutliche Marktverunsicherung; wir wollen aber genau das Gegenteil erreichen –, oder Deutschland muss einen größeren Gewährleistungsrahmen bereitstellen.

(Zuruf von der SPD: Hör! Hör!)

Das hat jetzt noch keine gesetzliche Grundlage, aber Sie müssen wissen, dass Sie, wenn Sie einmal Ja sagen, dann auch im nächsten Schritt dabei sind. Ich finde, darüber müssen der Bundestag und die deutsche Öffentlichkeit informiert sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man eine so wegweisende Entscheidung trifft, dann kann man nicht so tun, als koste das alles nichts, als gäbe es kein Risiko oder als wäre das Risiko damit be-

grenzt. Das ist nicht der Fall, und darauf habe ich hingewiesen. (C)

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zur Erwiderung Herr Kollege Fricke.

Otto Fricke (FDP):

Herr Kollege Schneider, das Ganze war jetzt wieder typisch: Sie bauschen das auf, und bei den Fakten bleiben Sie dann die Antwort schuldig. Das haben Sie in einem Nebensatz gesagt.

(Michael Groschek [SPD]: Zur Sache! – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Sie haben ihn der Unwahrheit bezichtigt!)

Ich wäre froh gewesen, wenn Sie hier, vor der Bevölkerung und den Zuhörern und Zuschauern, gesagt hätten: Es bleibt bei den 22,4 Milliarden Euro, die der Bundestag heute mit dem Gesetzentwurf beschließen wird. Es wird kein einziger Cent mehr. Auch wenn Sie sich hinter spekulativen Äußerungen und sonstigen Formulierungen verstecken:

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Das ist unwürdig, was Sie da treiben!)

Es bleibt bei den 22,4 Milliarden Euro. Das hätten Sie ehrlicher Weise sagen sollen, statt eine höhere Zahl ins Gespräch zu bringen.

Wenn Sie irgendwann wieder auf den Pfad der Tugend und der Wahrheit zurückkehren, dann werden Sie das auch einsehen. (D)

(Beifall bei der FDP – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt reicht es aber langsam! – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Oberpeinlich!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun die Kollegin Gesine Löttsch für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erinnern uns: Als am Mittwoch die Kanzlerin hier am Pult stand, da war die gefühlte Temperatur im Plenarsaal weit unter null Grad.

(Ulla Burchardt [SPD]: Wo ist die eigentlich?)

Frau Merkel sprach von Schonungslosigkeit im Umgang mit Staaten, die über ihre Verhältnisse leben.

(Ulla Burchardt [SPD]: Wo ist die Kanzlerin?)

Jeder Wähler und jede Wählerin in Nordrhein-Westfalen sollte sich diese Rede noch einmal anschauen, um ein schauriges Gefühl dafür zu bekommen, wie es nach der Wahl in unserem Land weitergehen soll. Wir sagen: Mit uns nicht so. –

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gesine Löttsch

- (A) In Griechenland werden die Löhne und Pensionen drastisch gekürzt. Der IWF und die Europäische Union fordern von den Griechen die Umsetzung des ganzen neoliberalen Unfugs, der nicht nur in unserem Land schon so viel Schaden angerichtet hat.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Sie wollen Griechenland noch weiter in die Krise treiben, damit die griechischen und deutschen Ackermänner ihre Rendite einstreichen können.

(Beifall bei der LINKEN – Bundesminister Dr. Guido Westerwelle verlässt den Plenarsaal – Ulla Burchardt [SPD]: Jetzt geht auch noch der Außenminister!)

Das ist der Beginn eines weiteren Angriffs auf die Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslosen und Familien in ganz Europa, nicht nur in Griechenland, sondern auch hier bei uns in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bin davon überzeugt: Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich Frau Merkel und Herr Westerwelle hier hinstellen

(Ulla Burchardt [SPD]: Wo sind die eigentlich?)

und an die Menschen in **Deutschland** appellieren werden, dem griechischen Beispiel zu folgen und Opfer zu bringen. Die Menschen sollen wieder die Krise bezahlen. Wir als Linke stellen uns dem entgegen.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Wer sich an die Reden der Finanzminister der SPD und der CDU der letzten 20 Jahre erinnert, der hat vielleicht noch im Ohr, was die Grundaussage war. Es war immer die gleiche: Wir leben über unsere Verhältnisse. – Aber kein Finanzminister meinte den Chef der Deutschen Bank, Herrn Ackermann, oder den ehemaligen Chef der Deutschen Post und Steuerhinterzieher Herrn Zumwinkel. Es ging immer nur um die Arbeitnehmer, Rentner, Familien und die Arbeitslosen, die angeblich über ihre Verhältnisse leben und denen mit Hungerlöhnen, Kürzung des Arbeitslosengeldes und Rentenkürzungen das Leben schwermgemacht wird. Das muss endlich ein Ende hier in Deutschland haben.

(Beifall bei der LINKEN)

In **Griechenland** ist es nicht anders als hier. Es gibt Menschen, die dort über ihre Verhältnisse leben, wie hier Herr Ackermann und Herr Zumwinkel, und es gibt Menschen, denen es genauso ergeht wie vielen deutschen Arbeitnehmern, Rentnern und Arbeitslosen. Wir als Linke vertreten die Interessen der Arbeitnehmer, der Rentner und der Arbeitslosen. Sie vertreten die Interessen der Renditemacher und der Spekulanten, und dem stellen wir uns entgegen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der LINKEN: Bravo!)

In Griechenland hat sich eine konservative Regierung, deren politische Ausrichtung der Regierung vergleichbar

ist, die hier auf der Bank sitzt, in die Euro-Zone geschummelt. Die griechische Regierung und eine Oberschicht haben über ihre Verhältnisse gelebt, und jetzt müssen Arbeitnehmer und Rentner mit Einnahmeeinbrüchen von bis zu 30 Prozent die Suppe auslöffeln, die sie sich nicht eingebrockt haben. Das ist ungerecht. Das sage ich in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Merkel sprach in ihrer Rede von einem ehrgeizigen Programm. Ich sage Ihnen: Dieses Programm ist nicht ehrgeizig, es ist brutal, unsozial und erbarmungslos.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wer jetzt Solidarität mit Griechenland einklagt, der spielt ein falsches Spiel. Es ist nicht solidarisch, wenn in Griechenland Tausende Lehrer entlassen werden, wenn ausgebildete Finanzbeamte gar nicht erst eingestellt werden und wenn Rentnern, deren Renten weit unter dem deutschen Niveau liegen, die Renten gekürzt werden. Das ist nicht solidarisch. Wer diesem Gesetz zustimmt, ist ausschließlich solidarisch mit den Banken, die griechische Staatsanleihen gekauft haben; er ist nicht solidarisch mit dem griechischen Volk und auch nicht solidarisch mit den anderen Völkern Europas.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn die Grünen heute diesem Gesetz zustimmen, um sich bei der Kanzlerin und der CDU in Nordrhein-Westfalen lieb Kind zu machen, dann ist das ein Verrat an den ursprünglichen Ideen der Grünen von Solidarität und Internationalismus.

(D)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hoch die internationale Solidarität! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer verweigert denn die internationale Solidarität?)

Ich kann mich noch gut erinnern, wie Sie von den Grünen hier in Berlin gegen den Weltwährungsfonds demonstriert haben. Aber das waren augenscheinlich Ihre Vorgänger, mit denen Sie nicht mehr viel zu tun haben.

(Beifall bei der LINKEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Langeweile hat gesprochen!)

Der **IWF** ist dafür bekannt, dass er immer erst das Geld der Gläubiger rettet und dafür bereit ist, soziale Unruhen, Verletzte und sogar Tote in Kauf zu nehmen. Die Kanzlerin hat den Griechen diese Rosskur verordnet, damit die Märkte wieder Vertrauen gewinnen. Auch der Finanzminister sprach unentwegt davon, dass wir nicht das Vertrauen der Märkte verlieren dürfen. Die Bundesregierung ist bereit, für das Vertrauen der Märkte das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu opfern.

Für wen machen Sie eigentlich Politik, Frau Merkel, für die Märkte oder für die Menschen? Das frage ich Sie.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie lassen sich ständig von den Spekulanten hinters Licht führen und auf der Nase herumtanzen. Unterwür-

Dr. Gesine Löttsch

- (A) fig buhlen Sie um das Vertrauen der Märkte. Das ist doch völlig absurd.

Wenn Sie am Mittwoch von dem Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten gesprochen haben, Frau Merkel, dann war das doch nichts als eine aufgeblasene Worthülse, wenn man sieht, wie diese Regierung den Banken und Spekulanten immer wieder das Leben erleichtert und ihnen das Geld hinterherwirft. Das ist eine verkehrte Welt.

(Beifall bei der LINKEN)

Der **globale Finanzmarkt** ist doch in Wirklichkeit ein globaler Schwarzmarkt. Die Bundesregierung tut nichts, aber auch gar nichts, außer schönen Worten, um diesen globalen Schwarzmarkt zu bekämpfen. Die Spekulanten, meine Damen und Herren, sind Taliban im Nadelstreifen,

(Zurufe von der FDP: Oh, oh!)

und vor diesen Taliban müssen die Menschen in unserem Land geschützt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist doch eine Sauerei! – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Jetzt wird es lächerlich!)

Die Kanzlerin hat erklärt, der Schlüssel des Problems zur Lösung der Krise

- (B) (Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Herr Präsident! Das sind doch Terroristen!)

liege in Griechenland. Ist das wirklich so? – Die Griechen sollen 13 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in drei Jahren verkürzen. Rechnen wir das einmal auf Deutschland um: Das würde bedeuten, dass wir in Deutschland innerhalb von drei Jahren 313 Milliarden Euro streichen müssten. Das entspricht fast dem gesamten Etat für ein ganzes Jahr. Das wäre auch für das wirtschaftlich viel stärkere Deutschland auf keinen Fall zu schaffen.

Wie sollen die Griechen bei sinkender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ihre Investitionen, ihre Löhne, ihre Pensionen kürzen und gleichzeitig die Mehrwertsteuer erhöhen und dann die Schulden zurückzahlen? Wie wollen Sie das machen? Erklären Sie das doch mal. Oder wollen Sie nichts anderes, als immer weiter die **sozialen Standards in Europa** senken? Das ist doch der eigentliche Plan hinter diesem sogenannten Rettungsfonds.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir, die Linke, lehnen das Gesetz aus zwei entscheidenden Gründen ab. Erstens ist das Gesetz und das damit verbundene Kürzungspaket nicht geeignet, die Probleme Griechenlands und die Probleme der Euro-Zone zu lösen. Die sozialen und ökonomischen Probleme Griechenlands werden nicht gelöst, sondern weiter verschärft.

Zweitens lehnen wir das Gesetz ab, weil die Bundesregierung nichts gelernt hat aus der Krise von 2008 und nicht bereit ist, die Banken an der Finanzierung der Krise zu beteiligen, und nichts unternimmt, um die Finanzmärkte zu kontrollieren. (C)

Wir fordern den Zweiklang von Retten und Regulieren. Die Bundesregierung rettet jedoch die Falschen und verweigert jegliche Regulierung der Finanzmärkte. Das können wir als Linke nicht hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vorgestern hat Frau Merkel hier im Bundestag von einer Bankenabgabe gesprochen und davon gesprochen, dass sie sogar die Gewinne und Boni der Banker einbeziehen wolle. Da war es doch umso erstaunlicher, meine Damen und Herren von CDU/CSU und FDP, dass die Regierungsfractionen unseren Antrag zur Bankenabgabe nach dem Obama-Modell gestern von der Tagesordnung genommen haben, weil Sie eine namentliche Abstimmung vor der NRW-Wahl dazu verhindern wollten.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Unglaublich!)

Wir bzw. unser Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi haben am Mittwoch offen und ehrlich angekündigt, dass wir die namentliche Abstimmung wollen, und Sie haben mit Trickereien geantwortet, weil Sie nicht wollen, dass die Menschen erfahren, wer die Banken wirklich in Verantwortung nehmen will und wer nicht. Sie wollen das nämlich nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber da haben Sie sich geirrt. Wir als Linke lassen uns nicht austricksen, und darum geben wir Ihnen heute die Gelegenheit zur namentlichen Abstimmung über unseren zweiten Entschließungsantrag zur Bankenabgabe. Da können Sie ja gern Farbe bekennen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, mein Fraktionsvorsitzender Gregor Gysi hat am Mittwoch unsere Forderung zur **Regulierung der Finanzmärkte** aufgestellt. Ich will sie noch einmal kurz zusammenfassen: Verbot von Spekulationsinstrumenten, Verbot von Hedgefonds, stärkere Kontrolle von Zweckgesellschaften, eine europäische Ratingagentur. Griechenland muss auf Waffenimporte verzichten, und Deutschland muss darauf verzichten, Griechenland zu zwingen, deutsche Waffen zu importieren. Das ist nämlich die Wahrheit.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen in Griechenland und in ganz Europa Vermögen mehr besteuern, und wir brauchen endlich die Bankenabgabe.

Setzen Sie unsere Forderungen um! Wenn Sie das nicht tun, dann werden Sie am Sonntag in NRW eine deutliche Quittung erhalten. Dazu kann ich allen Menschen dort nur raten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

(A) Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Löttsch, Sie haben vorhin in Ihren Ausführungen mit Blick auf internationale Finanztransaktionen zu einem Vergleich mit Terroristen gegriffen, den ich für maßlos halte und deswegen rüge.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte das gerne mit dem allgemeinen Hinweis verbinden, auch mit Blick auf die schon gehaltenen Reden und auf die Wortmeldungen, die noch erfolgen: Ein Schuss Polemik würzt jede Debatte. Aber ich glaube, wir täten uns alle gerade bei diesem Thema und der großen Verunsicherung, die dazu in der deutschen Bevölkerung besteht, einen großen Gefallen,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Sehr richtig, Herr Präsident!)

wenn wir uns darauf konzentrierten, zu erläutern, worum es eigentlich geht und warum sich bei der schwierigen Abwägung von jeweils wichtigen Gesichtspunkten die einen am Ende so und die anderen möglicherweise anders entscheiden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nächste Rednerin ist die Kollegin Renate Künast für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(B) Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jetzt und hier geht es um **Europa**.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der LINKEN: Oh!)

– Ja. – Es geht um Europa und damit automatisch um herausragende deutsche Interessen. Es geht bei der Abstimmung am Ende auch um Griechenland.

Jetzt geht es darum, Europa gegen Abzockerei und gegen Spekulationen zu verteidigen. Das ist die Frage, die uns hier gestellt wird. Ich sage für meine Fraktion: Wenn wir hier gleich mit Ja stimmen, ist es ein Bekenntnis zu Europa,

(Beifall des Abg. Dr. Michael Meister [CDU/CSU])

eine Abwehr nach außen. Es beinhaltet gleichzeitig das Entsetzen und das klare Nein zur Politik der Regierung Merkel/Westerwelle. Auch das ist enthalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich will noch kurz etwas zu Gesine Löttsch sagen, die ein bisschen etwas über die grüne Geschichte erzählt hat. Ich sage Ihnen eines ganz klar: Wie können Sie, Frau Löttsch, sich an die Demo 1987 gegen den IWF erinnern, an der ich in Berlin teilgenommen habe.

(Zurufe von der LINKEN)

Da war ich in Berlin West, und Sie waren in Berlin Ost, Mitglied der SED, ordentlich eingemauert. Wo haben Sie gegen wen demonstriert? **(C)**

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich schicke noch eines voraus: Wir haben als grüne Partei seit Jahren, von Beginn an, über die Europäische Union immer sehr engagierte Debatten geführt, auch diese Woche auf drei Fraktionssitzungen. Am Ende steht für uns ein klarer grüner, europäischer Kurs. Um es mit Ihren Worten zu sagen: Hoch die internationale Solidarität!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das schaffen Sie nicht. Sie lassen die griechische Bevölkerung allein. Sie lassen Papandreou als Chef einer sozialistischen Regierung allein. Dieser Spruch soll Ihnen im Halse stecken bleiben. So viel dazu.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt muss ich ein paar Worte zum Begründungszusammenhang sagen, den die Regierungskoalition und auch Frau Merkel gebracht haben. Frau Merkel, meine Fraktion war vorgestern über Ihre Rede hier rechtschaffen entgeistert:

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) **(D)**

technokratisch, blutleer und europäisch armselig. Sie war nur national nach innen gerichtet und nicht offensiv für Europa werbend. Es hat mir die Sprache verschlagen, was selten geschieht,

(Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister: Das ist wahr!)

als Sie sagten: Diese Regierung steht in Kontinuität zu den Regierungen seit Konrad Adenauer. Konrad Adenauer hätte hier gestanden wie ein Mann

(Heiterkeit bei der SPD)

und hätte klar gesagt, wo er hinwill. Das haben Sie, Frau Merkel, an keiner Stelle getan.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

„Gegendert“ sage ich Ihnen: Man kann hier auch wie eine Frau stehen und trotzdem Position beziehen, falls der Lacher sich darauf bezogen hat.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wo, Frau Merkel, war die Bundeskanzlerin, als die Pinkwärts und Brüderles dieser Welt, als die *Bild*-Zeitung ihre Einsätze im Luftraum über den Stammtischen

Renate Künast

- (A) geflogen sind? Warum haben Sie an dieser Stelle nicht gesagt: „So nicht!“?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben sich das erste Mal geäußert, als der in Brasilien irrlichternde Brüderle die Wahrheit aussprach und die Summe von 130 Milliarden Euro nannte. Diese Zahl mag nicht ganz stimmen, aber es ging um eine dreistellige Summe. Da haben Sie erklären lassen: I'm not amused. – Ich hätte mir gewünscht, dass Sie das zu Pinkwart, Brüderle und der *Bild*-Zeitung wegen ihrer antidemokratischen Äußerungen gesagt hätten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich würde mir wünschen, dass Sie das zu Herrn Barthle, der gerade erklärt hat, nach Griechenland komme die Türkei, sagen würden. Wissen Sie: Sie können die Türkei nicht für uns zum Pipelineland machen und davon profitieren und sie auf der anderen Seite mit Füßen treten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich angesichts der Probleme, die vor uns stehen, einmal äußern, dass Sie sagen: Was sind die deutschen Interessen? Was sind die Prioritäten? Was ist deutsches Interesse? Das ist eben auch die Rettung von Griechenland, weil es den Euro und die EU vor Spekulationen rettet. Auch die Märkte brauchen klare politische Aussagen von einer Bundeskanzlerin. Auch die Märkte brauchen Führung. Ich sage an dieser Stelle: Die Partei von Ludwig Erhard kann es heute offensichtlich nicht mehr.

(B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD – Thomas Oppermann [SPD]: Die gibt es gar nicht mehr!)

Ich will erklären, warum auch wir hierüber viel diskutiert haben. Wir haben uns überlegt: Was ist die Bedeutung des Euro und der Europäischen Union? Wir profitieren vom europäischen Binnenmarkt. Wir als Deutsche und alle miteinander profitieren vom Euro. Wir sind fest davon überzeugt, dass die **Europäische Union** quasi Gestalt gewordenes elementares Interesse Deutschlands ist. Warum? Weil wir all unsere Ziele nur erreichen können, wenn wir sie gemeinsam mit der Europäischen Union verfolgen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Schutz des Klimas schafft nicht das kleine Deutschland, sondern die 27 Staaten der EU mit fast 500 Millionen Menschen. Das ist eine ganz andere gestaltende Kraft. Für unsere Aufgabe, wertegeleitet für eine soziale Gestaltung der Globalisierung einzutreten, brauchen wir die EU, weil sie eine größere und stärkere Kraft ist. Wir brauchen sie auch für die Zähmung der Finanzmärkte. Deshalb sagen wir heute Ja zu Europa. Wir lassen es uns nicht kaputt zocken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD) (C)

Große Außenpolitiker sagen: Viele unserer ureigenen Interessen und unserer außenpolitischen Ziele materialisieren sich immer nur durch die Europäische Union. Wo, Frau Merkel, haben Sie für diese elementaren Interessen gekämpft? Wir haben Sie nicht kämpfen sehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zwei Dinge müssen wir Ihnen entgegenhalten: Erstens. Ihre Zauderei hat die Kosten für das Hilfspaket in die Höhe getrieben: für uns und für die Griechen.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Das ist doch Quatsch!)

Befragt dazu, hat das auch Strauss-Kahn, der IWF-Chef, in internen und anderen Sitzungen gesagt. Das Risiko ist jetzt höher geworden.

Zweitens. Frau Merkel, Sie haben in Ihrer Rede gesagt: Wir brauchen wieder das **Primat der Politik**. Das wollen wir wiederherstellen. – Da hat es bei mir geklingelt, weil ich das im Zusammenhang mit dem Bankenrettungspaket schon einmal gehört habe. Ich sage Ihnen ganz klar: Wer das Primat der Politik durchsetzen will, muss nicht nur ein Gesetz machen, sondern im Gesetz muss auch das enthalten sein, was darauf steht, nämlich das Primat der Politik gegenüber den Finanzmärkten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Das heißt, eine **Finanztransaktionsteuer** einführen. Ich sage in Richtung FDP und der anderen, die sagen, es gebe auch andere Varianten: Alle Varianten, auch die des IWF, zum Beispiel die Gewinne, die Gehälter oder die Boni besteuern, greifen immer erst am Ende der Kette. Wir wollen nicht alle Banken gleichermaßen belasten, sondern wir wollen von Anfang an – das sieht auch der IWF in seinem Vorschlag vor – die Zockereien, die Spekulationen, die Hin- und Verkäufe zielgenau besteuern. Wenn man die Interessen dieser Zocker zurückweisen will, dann muss man für die Einführung einer Finanztransaktionsteuer kämpfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Man muss den Weg in Richtung einer EU-Wirtschaftsregierung gehen, weil man den Euro nicht haben kann, ohne gemeinsam die dafür notwendigen Strukturen zu gestalten. Man muss eine unabhängige, das heißt öffentlich-rechtliche, Ratingagentur installieren. Nur mit diesen drei Mechanismen kann man es schaffen, die Finanzmärkte an die Leine zu legen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stimmen heute für Europa.

(Zuruf von der LINKEN)

– Dass wir nicht weitergekommen sind, ist an der CDU/CSU und der FDP gescheitert. – Luther hat gesagt: Wenn morgen die Welt unterginge, würde ich noch ein

Renate Künast

- (A) Apfelbäumchen pflanzen. – Ich habe langsam den Eindruck, dass für die FDP und Teile der CDU/CSU gilt: Wenn morgen die Welt unterginge, würden sie als Letztes die Koalitionsvereinbarung mit der Seite „Steuersenkungen“ hochhalten und sagen: Könnte ich doch noch eine Steuersenkung haben!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

An dieser Stelle merken wir: Sie können es nicht, weder in Bezug auf das Große noch in Bezug auf die Kommunal Finanzen, die die Basis der Menschen darstellen.

Ich sage Ihnen heute trotz alledem: Wir wollen den „Angriffskrieg“, wie das *Handelsblatt* geschrieben hat, der Finanzmärkte auf die EU abwehren, weil wir alle gemeinsam die EU brauchen; denn die EU hilft uns, zentrale Zukunftsprobleme zu lösen.

(Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das steht aber im Gesetz nicht drin!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Frau Kollegin.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Das heißt, wir stimmen heute über die Zukunft der Europäischen Union ab. Über die Regierung Merkel/Westerwelle wird an einem anderen Tag abgestimmt – dieser Tag wird kommen.

- (B) (Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Am Sonntag!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Zu einer Kurzintervention erhält die Kollegin Löttsch das Wort.

Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE):
Vielen Dank, Herr Präsident. – Sehr verehrte Frau Kollegin Künast, es stimmt, dass Sie 1987 in Westberlin waren und ich in Ostberlin. Aber ich darf Ihnen, falls Ihnen das noch nicht bekannt war, mitteilen: 1987 waren bereits Radio und Fernsehen erfunden, und man hatte auch in Ostberlin Empfang.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Aha, Westfernsehen! – Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Umso schlimmer, dass Sie Kommunistin geblieben sind! – Weitere Zurufe)

– Das ist augenscheinlich neu für Sie.

Weiterhin stimmt, liebe Renate Künast, dass ich 1987 Mitglied der SED war; das habe ich nie verheimlicht. Das verbindet mich übrigens mit der langjährigen Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus Sibyll Klotz; auch sie war damals Mitglied der SED.

(Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Nicht ablenken! – Thomas Oppermann [SPD]: Aber sie hat dazugelernt!)

Ebenso stimmt, dass Sie – das haben Sie eben in Ihrer Rede noch einmal betont, Frau Künast – das, wogegen Sie 1987 protestiert haben, heute unterstützen, nämlich die Durchführung der Maßnahmen des IWF auf dem Rücken der kleinen Leute: Lohnkürzung, Rentenkürzung, Entlassungen, wie das jetzt in Griechenland geschieht. Ich glaube, Sie haben die Aussagen in meiner Rede sehr gut bestätigt. Vielen Dank dafür!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Zur Erwiderung Frau Kollegin Künast.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Liebe Frau Löttsch, was wäre, wenn wir diesen Kredit nicht geben würden, wenn wir den IWF jetzt nicht genutzt hätten, um die Verhandlungen mit Griechenland zu führen? Darum geht es,

(Zuruf von der LINKEN: Nein!)

nicht nur um die Auseinandersetzung, ob der IWF gut oder schlecht ist. Ich behalte mir auch vor, gegen ihn wieder zu demonstrieren, weil das eine der Ausdrucksmöglichkeiten ist. Warum eigentlich nicht?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Jetzt stimmt ihr zu, und dann demonstriert ihr dagegen!)

Aber ich meine es wirklich ganz ernst: Was wäre, wenn man dem Wunsch der sozialistischen griechischen Regierung, Griechenland mit Krediten und einer Bürgerschaft zu helfen und den Griechen etwas Zeit zu geben, nicht nachkäme? Das würde dazu führen, dass das griechische System quasi implodiert. Es könnte dazu führen, dass die Drachme wieder eingeführt wird. Was würde das für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Griechenland bedeuten? Für die kleinen Leute würde es heißen, dass es noch sehr viel schlimmer kommt, als jetzt in dem griechischen Memorandum dargestellt. Deshalb sagen wir Ja.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es geht im Leben immer um Visionen und langfristige Ziele. Aber nie sollte man so dumm sein, darüber zu vergessen, wie man dahin kommt. Lassen wir Griechenland vorher fallen, oder geben wir dem Land die Möglichkeit, dahin zu kommen? Wir und auch Europa wollen ihm diese Möglichkeit geben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Das Wort erhält nun der Bundesminister der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(A) **Dr. Wolfgang Schäuble**, Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute eine schwere Entscheidung zu treffen, in einer Zeit, die viele Menschen mit großer Sorge erfüllt, in Deutschland, in Griechenland, in Europa und weit darüber hinaus. Ich finde, wir sollten in der Tat diesen Sorgen und dieser Verunsicherung in der Art, wie wir uns in dieser Entscheidung auseinandersetzen und wie wir entscheiden, Rechnung tragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Bundestagspräsident hat zu Beginn der Sitzung daran erinnert, dass morgen vor 65 Jahren, am 8. Mai 1945, der Zweite Weltkrieg – das finsterste Kapitel unserer Geschichte – zu Ende ging. Das **Grundgesetz** hat in seiner Präambel daraus die Konsequenz gezogen – daran muss man in dieser Debatte erinnern –:

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, ...

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

So beginnt die Präambel des Grundgesetzes. Diesen Weg sind wir über Jahrzehnte gegangen, in vielen Auseinandersetzungen, mit vielen Irrungen und vielen Schwierigkeiten, aber mit großen Erfolgen und Fortschritten. Die Bundeskanzlerin hat vorgestern gesagt: Europa ist zu seinem Glück vereint.

(B) Meine Damen und Herren, die gemeinsame europäische Währung, der gemeinsame europäische Wirtschaftsraum, der gemeinsame Binnenmarkt waren richtig, um auf diesem Weg voranzugehen. Sie sind richtig wie die europäische Einigung, nicht nur in Zeiten der deutschen Teilung und des Ost-West-Konflikts: Sie sind – das hat selbst Frau Künast eben gesagt – im 21. Jahrhundert, im Zeitalter der Globalisierung, ohne vergleichbare Alternative die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deswegen müssen wir diese gemeinsame europäische Währung als Ganzes verteidigen; darum geht es. Mit ihr verteidigen wir zugleich das europäische Projekt. Das ist die Entscheidung, die wir heute, in einer Zeit großer Verunsicherung bei den Menschen, auch auf den Märkten – übrigens nicht nur in Europa –, zu treffen haben.

Heute haben wir eine **Verflechtung der internationalen Finanzmärkte** in einem Maße, das man sich bei der Gründung der europäischen Währungsunion noch gar nicht vorstellen konnte. Das haben wir in der Finanz- und Bankenkrise der letzten Jahre gesehen. Natürlich ist man in einer solchen Situation auch ein Stück weit getrieben worden. Warum sollte man das bestreiten, oder warum sollte man sich das gegenseitig zum Vorwurf machen? Das bringt doch nichts. Es ist so: Es gibt diese Verflechtung, die in atemberaubender Geschwindigkeit Dinge verändert. Deswegen ist es so wichtig, dass wir erklären, worum es geht, welche Handlungsmöglichkeiten wir haben und was wir tun.

(C) Natürlich ist es wahr, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt für uns die Voraussetzung dafür war, dass wir uns auf eine gemeinsame europäische Währung einlassen konnten; denn für die Deutschen mit ihren ganz eigenen Erfahrungen im 20. Jahrhundert ist die **Stabilität der Währung** nicht irgendetwas, sondern etwas Wichtiges. Es war ein Versprechen, das wir alle gegeben und das wir übrigens eingehalten haben: Die europäische Währung ist, seit es sie gibt, stabil geblieben, im äußeren wie im inneren Wert. Dieses Versprechen muss weiter eingehalten werden. Auch darum geht es heute.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mit dem bisherigen Instrumentarium ist es nicht gelungen, etwas zu verhindern, was man sich bei der Schaffung der gemeinsamen europäischen Währung und des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht vorstellen konnte. Auch das ist wahr. Deswegen müssen daraus die Konsequenzen gezogen werden. Das hat die Bundesregierung gefordert, und das wird die Bundeskanzlerin heute wieder bei dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone vertreten.

Wir alle bringen in unterschiedlichen Formulierungen – aber im Kern sind wir ja alle in diesem Haus weitgehend einig – auch in den verschiedenen Entschließungsanträgen zum Ausdruck, dass wir natürlich aus dieser Krise Lehren und Konsequenzen ziehen müssen, dass wir ein geordnetes **Verfahren** schaffen müssen, das wir jetzt nicht haben und das wir in der Bankenkrise nicht hatten; deswegen mussten wir damals so handeln, wie wir gehandelt haben. Das haben wir aber mit den Beschlüssen des Bundeskabinetts vor der Osterpause auf den Weg gebracht. Wir werden den Gesetzentwurf für ein solches Verfahren, was die Banken anbetrifft, vor der Sommerpause vorlegen.

(D) Ein vergleichbares Verfahren brauchen wir auch für die Mitgliedstaaten der **Währungsunion**; denn die Wahrheit ist: Mit einer solchen Situation in einem Land, das Mitglied einer gemeinsamen Währungsunion ist, gibt es keine Erfahrungen in der Welt. Auch der IWF hat sie nicht. Deswegen müssen wir diese Krise mit den jetzigen unvollkommenen Instrumentarien und Verträgen bewältigen. Wir haben keine andere, bessere, verantwortbarere Alternative.

Alle sagen uns – der Bundesbankpräsident mit beschwörenden Worten, der Präsident der Europäischen Zentralbank, der geschäftsführende Direktor des IWF und viele andere –: Es wäre verheerend, zu riskieren, in Kauf zu nehmen, dass ein Mitgliedsland der europäischen Währungsunion, Griechenland, jetzt in die Zahlungsunfähigkeit geraten würde. Alles, was mit Umstrukturierung oder Ähnlichem zu tun hat, ist in den Folgewirkungen für die Stabilität des Euro als Ganzes nicht zu verantworten, und deswegen muss es vermieden werden, in unserem eigenen Interesse.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Joachim Poß [SPD])

Darum geht es, das steht auf der Tagesordnung, und deswegen muss es in unserem eigenen Interesse vermieden werden. Daher müssen wir diese Entscheidung treffen und haben keine bessere Alternative. Jede andere Alter-

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) native würde viel teurer für den deutschen Staat, würde viel gefährlicher, würde viel größere Risiken bergen. Das muss man wissen, das muss man sagen, und nur deswegen können wir diese Entscheidung, so wie wir sie treffen, auch miteinander und gemeinsam verantworten.

Wenn wir dies tun, so will ich daran erinnern – das spielt ja nun auch eine Rolle –, dass wir die Konsequenzen daraus ziehen müssen. Daran müssen wir arbeiten. Sie können wir nur gemeinsam ziehen, so wie wir gemeinsam aus der Finanz- und Bankenkrise die Konsequenzen ziehen müssen.

Wir sind uns auch alle einig, und ich bin nicht derjenige, der es am leisesten sagt: Ich bin völlig ungeduldig bei der Art, wie die internationale Gemeinschaft aus der Finanz- und Bankenkrise ihre Konsequenzen zieht oder nicht zieht.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]:
Führungsrolle!)

Da ist manches schneller auf den Weg gekommen, als man sich zuvor hätte vorstellen können, aber es geht noch immer zu langsam; manchmal hat man das Gefühl, dass das Momentum schon ein wenig verloren geht.

- (B) Aber, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Wahrheit zuliebe müssen wir doch unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern auch sagen: In dieser so eng verflochtenen Welt der **Globalisierung** können wir viele dieser Fragen nicht mehr national lösen. Deswegen brauchen wir die europäische Einigung, deswegen brauchen wir globale Lösungen, und deswegen ist der G-20-Prozess so wichtig. Deswegen brauchen wir auch den Internationalen Währungsfonds. Wenn und weil dies so ist, hilft es auch nichts, dann müssen wir uns dafür einsetzen, zu Lösungen zu kommen, die international vereinbar sind. Dann hat es keinen Sinn, im Deutschen Bundestag zu sagen: Egal was die anderen in der Welt sagen, wir beschließen jetzt irgendetwas, und dann sehen wir bei den nächsten Landtagswahlen gut aus, und der Rest kümmert uns nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn ich mir den gestrigen Versuch, mehr Gemeinsamkeit in diesem Haus auch bei der Beschlussfassung über dieses Gesetz, mit dem das Bundesfinanzministerium ermächtigt wird, der Kreditanstalt für Wiederaufbau eine Garantie für den zu übernehmenden Kredit abzugeben, den Versuch, eine größere Gemeinsamkeit herzustellen, vor Augen führe, so habe ich nicht mehr verstanden, woran es eigentlich gescheitert ist.

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: An der FDP!)

– Na ja, Frau Hendricks.

Ich wollte auf Folgendes aufmerksam machen: Im vergangenen Jahr, noch in der letzten Legislaturperiode, gingen die Meinungen innerhalb der Koalition – das ist auch in Ordnung – auseinander; aber sowohl die Bundeskanzlerin als auch der Bundesfinanzminister – der damalige; das war nicht ich – haben gesagt: Wenn eine **Finanztransaktionsteuer** global vereinbar ist, dann ist das eine Möglichkeit, um die Probleme zu lösen.

- (C) Beim G-7-Finanzministertreffen Anfang Februar in Kanada haben wir diese Frage wieder erörtert. Es gibt ja eine Aufforderung des Rats der Regierungschefs der G-20-Runde von Pittsburgh, auch an den IWF, bis zum G-20-Gipfel im Juni in Kanada Empfehlungen zu machen und zu sagen: Ist das global vereinbar oder nicht? Beim G-7-Finanzministertreffen habe ich meine Kollegen gefragt: Gibt es eine Chance, zu einer solchen Vereinbarung zu kommen? Die Antwort war: realistischere Weise Nein.

Daraus haben wir in Europa – Frankreich, Großbritannien, andere – die Konsequenz gezogen: Dann machen wir die Bankenabgabe, damit wir nicht noch drei Jahre diskutieren, ob wir es global vereinbaren können – machen wir dieses oder jenes? –, und es geschieht nichts im Ergebnis.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch dieser Weg ist umstritten; aber wir gehen ihn konsequent, und wir gehen ihn in Europa gemeinsam.

Jetzt haben wir den **Bericht des IWF** bekommen, den die Staats- und Regierungschefs angefordert haben. In diesem Bericht steht erstens: Es gibt keine Chance – Herr Gabriel, da können Sie reden, so viel Sie wollen –, eine solche Steuer global zu vereinbaren. Zweitens sagt der IWF: Das wäre auch nicht zielführend. Frau Künast, Sie haben gerade gesagt: Es muss zielgenau sein, was wir machen. – Der IWF sagt: Eine Finanztransaktionsteuer ist nicht zielführend.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er will sie nicht, aber sie ist zielführend!)

(D)

– Man kann ja vieles bestreiten. Aber dass der IWF in seinem Bericht schreibt, eine Finanztransaktionsteuer wäre nicht zielführend, das kann man für falsch halten; aber Sie können nicht bestreiten, dass er das sagt.

Wenn Sie nun argumentieren: „Wir wollen globale Lösungen“, dann müssen wir uns auch ein Stück weit dafür einsetzen, dass wir globale Lösungen zustande bringen. Wir können aber nicht gegen die Empfehlungen der internationalen Institutionen sagen: Wir bekommen eine globale Lösung hin. – Das macht keinen Sinn.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir dürfen daran die Verteidigung der Stabilität des Euro als Ganzes, auch die Solidarität mit Griechenland in dieser schwierigen Zeit nicht scheitern lassen. Das ist der Punkt, und das müssen Sie sich sagen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auch mit einer Enthaltung tun Sie sich keinen rechten Gefallen. Es gibt Dinge, da muss man –

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Sich entscheiden! Da haben Sie völlig recht!)

Sie haben Luther zitiert. Ich füge hinzu:

Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel.

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

(A) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch einmal in allem Ernst und mit allem Nachdruck: Die Nervosität – auch über Europa hinaus – ist ungewöhnlich groß. Die Verunsicherung bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ist groß. Wenn wir nicht erklären, warum wir diese **Entscheidung**, die keinem von uns leichtfällt, treffen müssen, nämlich im Interesse unserer Chancen und für eine Zukunft in Frieden, sozialer Sicherheit und stabilen, nachhaltigen Verhältnissen, wenn wir das nicht erklären, dann haben die Bürgerinnen und Bürger keine Chance, zu verstehen, was eigentlich vor sich geht, und sie können auch nicht folgen.

Kurzfristige, kleinmütige Rücksichtnahmen auf dieses oder jenes – wirkt sich das alles am Sonntag bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen aus oder nicht? – helfen uns in dieser Frage nicht weiter. Hier steht die Entscheidung an: Sind wir bereit, die Stabilität der europäischen Einigung und des Euro, unserer gemeinsamen Währung, zu verteidigen, ja oder nein?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn wir wissen, es gibt dazu keine bessere Alternative, dann werbe ich bei den Sozialdemokraten dafür: Lassen Sie uns streiten über die Finanztransaktionsteuer. Wenn Sie meinen, Sie können das global durchsetzen, nun ja.

(Joachim Poß [SPD]: Europäisch!)

(B) Aber lassen Sie es bei der gemeinsamen Verantwortung für die Verteidigung unserer europäischen Währung und bei der Überzeugung für die Übernahme von Verantwortung gegenüber verunsicherten Bürgern in Deutschland, in Griechenland und in Europa nicht scheitern.

Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der LINKEN: Abschiedsrede!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der SPD-Vorsitzende, Sigmar Gabriel.

(Beifall bei der SPD)

Sigmar Gabriel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Schäuble, ich gehöre nicht zu denen, die nicht erkennen, wenn jemand, der einer anderen politischen Partei angehört, eine engagierte und, wie ich finde, kluge und gute Rede hält. Ich habe kein Problem, das zuzugestehen. Ich habe nur eine Frage an Sie: Warum sagen Sie dann vorher, zu Beginn der Griechenland-Krise, in der *Börsen-Zeitung* – ich zitiere –:

Es wäre falsch verstandene Solidarität, wenn wir den Griechen ... unter die Arme greifen würden.

Herr Kollege Schäuble, Vorsicht mit Luther-Zitaten. Bei Ihnen hat Ja und Nein zu dieser Frage in den letzten Wochen mehrfach gewechselt.

(C) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Wann war das denn? – Zurufe von der CDU/CSU: Datum!)

Ich hätte mir, Herr Kollege Schäuble, diese Rede und diese Begründung zu Beginn der Debatte über die Griechenland-Krise gewünscht; dann wäre manches anders gelaufen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Sozialdemokratische Partei und die SPD-Bundestagsfraktion sind sich natürlich darüber im Klaren, dass die Entscheidungen, die wir heute treffen, von großer Bedeutung für die **Zukunft** der gemeinsamen Währung und der Europäischen Union sind.

(Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Deswegen enthalten Sie sich? Das ist ja lächerlich!)

Das ist auch der Grund dafür, dass wir die Hilfsmaßnahmen für Griechenland nicht ablehnen und nicht gegen Ihren Gesetzentwurf stimmen.

(Dr. h. c. Jürgen Koppelin [FDP]: Ein kräftiges Jein!)

(D) Allerdings, Ihren Weg einer reinen Kreditermächtigung können und werden wir nicht mitgehen, weil damit nichts anderes eingeleitet wird als die Überwälzung der finanziellen Risiken auf diejenigen, die am wenigsten für die aktuelle Krise können: auf die deutschen und europäischen Steuerzahler, auf mittelständische Unternehmer ebenso wie auf Arbeitnehmer, Familien, Rentner, Schüler und Studenten. Sie alle sollen in Haft genommen werden für unverantwortliches Handeln auch und gerade an den **Finanzmärkten**.

(Beifall bei der SPD – Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Sie haben die Griechen in den Euro geholt! Sie waren das!)

Es sind ja bei weitem nicht nur die gefälschten Zahlen, die Korruption und die Steuerhinterziehung in Griechenland, die diese Krise hervorgerufen haben, sondern Banken haben riskante Kredite vergeben, obwohl sie wussten, dass Griechenland nicht mehr zahlungsfähig ist. Spekulanten und Zocker haben anschließend auf die Pleite ganzer Staaten gewettet, immer wieder mit den gleichen gemeingefährlichen Finanzaktionen, die 2008 die ganze Welt an den Rand des Abgrunds geführt haben.

Deutschland, meine Damen und Herren, hat jetzt in der Tat eine **Schlüsselstellung**. Ohne uns ist diese Währungskrise nicht zu bewältigen. Aber wir müssen diese Schlüsselstellung auch endlich dazu nutzen, denen das Handwerk zu legen, die sich Europa zur Beute machen wollen. Darum geht es heute.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sigmar Gabriel

- (A) Frau Bundeskanzlerin, Sie und Ihre Regierung haben seit dem Regierungswechsel keinen Handschlag dafür getan: keine kraftvolle deutsche Initiative zur Regulierung der Finanzmärkte, kein deutsch-französischer Vorschlag zum Verbot gemeingefährlicher Finanzprodukte, keine EU-Ratsbeschlüsse, um die neuerlichen Milliardengewinne aus Finanzspekulationen wirklich abzuschöpfen und die gewaltige Schuldenlast damit abzubauen. – Getan haben Sie mehr als sechs Monate nach dem Regierungswechsel nichts, aber jetzt, kurz vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, entfalten Sie scheinbar eine hektische Aktivität – zumindest auf dem Papier.

(Beifall bei der SPD)

Auf einmal wollen Sie die Finanzmärkte regulieren. Auf einmal, Frau Bundeskanzlerin, wollen Sie die Spekulation über Leerverkäufe verbieten. Frau Bundeskanzlerin, sagen Sie einmal: Warum haben Sie diese Leerverkäufe nach der Bundestagswahl eigentlich wieder erlaubt? Die waren doch schon von Peer Steinbrück verboten worden. Warum eigentlich?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Martin Lindner [Berlin] [FDP]: Was war denn mit dem Finanzminister? – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die FDP ist ein einziger Leerverkauf!)

- (B) Wenn es wirklich zum Schwur kommt, wenn es darum geht, wer die Zeche der Finanzjongleure bezahlen soll, dann kneifen Sie. Wie heißt es noch im Beschluss des CDU-Bundesvorstands vom 15. Januar 2010, also deutlich nach dem Regierungswechsel, als Sie wussten, mit wem Sie sich eingelassen haben? Ich zitiere:

Wir

– also die CDU –

setzen uns für eine internationale Finanztransaktionssteuer ein. Eine solche ... Steuer kann überbordende Spekulationen dämpfen und einen Beitrag leisten, die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung in fairer Weise zu tragen.

Recht hatten Sie. Nichts anders wollen wir.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

Herr Kollege Schäuble, auch wenn Sie es noch ein paar Mal behaupten: Der IWF hat nicht erklärt, dass das alles nicht geht,

(Andrea Nahles [SPD]: Ja!)

sondern er hat erklärt, dass eine Reihe von Bedingungen, die die G 20 an die **Finanztransaktionsteuer** stellt, nicht zu erfüllen ist. Er hat aber gleichzeitig gesagt, dass diese Finanztransaktionsteuer sehr einfach und unbürokratisch einzuführen wäre. Nehmen Sie nichts für sich

als Begründung in Anspruch, was sich aus den Beschlüssen des IWF und der Vorschläge nicht ergibt. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Nicht zielgenau einzusetzen, Herr Kollege! Viel zu breite Streuung!)

Meine Damen und Herren, wir waren trotzdem bereit, Sie ernst zu nehmen; denn nachdem Sie Ihre alte Forderung nach der Finanzmarktsteuer aufgegeben hatten, wollten Sie jetzt ja angeblich die vom IWF vorgeschlagene Sonderabgabe auf Bankgewinne und Managergehälter. Einmal abgesehen davon, dass ich erhebliche Zweifel habe, ob Herr Ackermann und seine Berufskollegen ihre Milliardenquartalsgewinne durch Sondersteuern verringern werden: Die Wahrheit ist doch, dass sie sich das durch die Erhöhung der Zinsen für ihre Kunden und für die Mittelständler schnell zurückholen werden.

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Das, was Sie hier machen, ist ganz billig!)

– Nein, bei der Transaktionsteuer geht es darum, dass Sie die Spekulation selbst besteuern. Da trifft es im Zweifel übrigens auch die Richtigen, wenn es teurer wird. Das ist der Unterschied zwischen den beiden Steuern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Fricke – weil Sie selbst darauf verwiesen haben – und Frau Bundeskanzlerin, wie sollen wir Ihnen eigentlich glauben, wenn Sie diesen IWF-Vorschlag gar nicht ernsthaft erwähnen? Sie behaupten in den Reden zwar, Sie seien jetzt für diese Sonderabgabe, aber, Herr Fricke, nicht einmal diese weichgespülte Bankenbeteiligung haben Sie in Ihren Entschließungstext aufgenommen. (D)

Die von Ihnen angeblich so favorisierte **Financial Activities Tax**, also die Sondersteuer auf Bankgewinne, findet sich in Ihrem heute vorgelegten Entschließungsantrag nämlich nicht. Es muss doch die Frage erlaubt sein, warum Sie die eigentlich nicht ausdrücklich erwähnen. Die Antwort ist doch klar: Ihnen geht es um Symbolpolitik. Sie wollen nicht wirklich eine Kostenbeteiligung derjenigen, die die Krise ausgelöst haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Bundeskanzlerin, ich weiß, dass viele in der CDU/CSU unserem Vorschlag gerne folgen würden, aber Sie setzen sich in Ihrer Koalition mit den Finanzmarktjunkies Ihres Koalitionspartners FDP nicht mehr durch. Das ist die eigentliche Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Gabriel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fricke, den Sie gerade angesprochen haben?

(A) **Sigmar Gabriel** (SPD):
Nein, jetzt nicht. Wenn am Ende meiner Rede noch Zeit ist, dann gerne.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Das wird nicht von Ihrer Redezeit abgezogen.

Sigmar Gabriel (SPD):
Dann gerne.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das sollte man wissen! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:
Ich habe jetzt die Uhr gestoppt, dann sehen Sie es. – Bitte.

Otto Fricke (FDP):
Jeder muss selber wissen, wie groß sein Karo ist, das er trägt.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dieser Schnösel! – Ulla Burchard [SPD]: Der Mann hat schlechte Manieren! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Pepita-Fricke!)

(B) Herr Gabriel, wenn ich das richtig sehe, haben Sie uns jetzt breit erklärt, wie die Vorschläge des IWF lauten und dass Sie diese so langsam kapiert haben. Der Minister hat klar und deutlich erklärt, dass es ein Unterschied ist, ob ich einfach nur abkassieren will oder ob ich mit einer Steuer lenken will. Ich möchte Ihnen einen Satz aus unserem Entschließungsantrag vorlesen:

Deutschland wird sich in Europa und in der G 20 Gruppe für die Umsetzung der jetzt vom Internationalen Währungsfonds vorgelegten Vorschläge hinsichtlich eines abgestimmten Vorgehens zur Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise einsetzen.

Wie können Sie vor diesem Hintergrund wahrheitswidrig behaupten, dass wir diesen Vorschlag nicht in unserem Antrag hätten? So etwas macht man nicht, Herr Gabriel.

(Beifall bei der FDP)

Sigmar Gabriel (SPD):
Vielen Dank dafür, dass Sie wieder nur auf eine Liste von Vorschlägen verweisen und sich nicht trauen, die von Ihnen vorgeschlagene Sonderabgabe zu erwähnen. Schreiben Sie es doch in Ihren Text rein! Dann wird es etwas glaubwürdiger.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen, worum es bei Ihrer Liste geht. Es geht darum, kurz vor der Wahl

das alte Motto gelten zu lassen, Herr Fricke: Am Abend werden die Faulen fleißig. – Um mehr geht es nicht. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Otto Fricke [FDP]: Ist das Ihre Erfahrung?)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben am Mittwoch in Ihrer Regierungserklärung zu den Maßnahmen zum Erhalt der Währungsunion viele große Worte bemüht. Nicht geliefert haben Sie eine Erklärung dafür, warum Sie und Ihre Regierung in den vergangenen Wochen und Monaten die **Krise** unserer gemeinsamen Währung so miserabel gemanagt haben. Sie berufen sich ja gerne, wenn es eng wird, auf Ihre Vorgänger Helmut Kohl und Helmut Schmidt. Aber seien Sie gewiss: Die beiden hatten deutlich mehr Mut. Die hätten den Deutschen vor dem Wahltag die Wahrheit gesagt, schlicht und ergreifend.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP)

– Sie sagen den Deutschen doch deshalb jetzt die Wahrheit, weil die Spekulanten schneller waren als Sie und weil Sie nicht mehr bis nach dem 9. Mai warten konnten. Sie sind zur Wahrheit gezwungen worden, Sie wollten sie doch nicht selber herbeiführen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Wahrheit ist einfach: Wir als Deutsche haben das größte Interesse an einem stabilen Euro. Bei uns verschwinden Hunderttausende von Arbeitsplätzen, wenn der Euro instabil wird, da zwei Drittel unserer Exporte in den Euro-Raum gehen. (D)

(Paul K. Friedhoff [FDP]: Deshalb enthalten Sie sich!)

Europa steht in der Tat am **Scheideweg**, aber nicht weil wir eine Finanzkrise zu bewältigen haben, nicht weil es so schwer wäre, diese Krise zu bewältigen oder zu begründen, warum wir helfen müssen. Nein, bei der heutigen Debatte und Abstimmung über die Maßnahmen zur Stabilisierung der Euro-Zone geht es längst nicht mehr nur um Griechenland. In Wirklichkeit geht es darum, welchen Weg Europa im nächsten Jahrzehnt einschlägt. Wollen wir Europa weiter zu einem Reparaturbetrieb für die Krisen entfesselter Märkte degradieren? Soll Europa nicht mehr sein als ein Markt, auf dem die Gewinne einiger privatisiert und die gigantischen Verluste vieler sozialisiert werden? Herr Kollege Schäuble, ich fand das Zitat des Grundgesetzes richtig und gut. Aber in Wahrheit geht es doch darum, ob wir das Grundgesetz nur noch zitieren oder ob wir es endlich wieder real in der Politik einlösen. Darum geht es bei der heutigen Debatte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle wissen doch, wie gering das **Vertrauen** vieler Menschen in die Politik, gerade in die Europapolitik ist. Die Antwort, warum das so ist, ist so eindeutig wie erschreckend: Unsere Bürgerinnen und Bürger haben nicht mehr den Eindruck, dass unser Handeln ihre Lebensumstände hinreichend berücksichtigt. Sie können

Sigmar Gabriel

- (A) unsere Entscheidungen nicht mehr nachvollziehen, und sie haben den Eindruck, dass wir sie gegen die ungebändigten und unregulierten Marktkräfte nicht mehr hinreichend schützen. Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in vielen europäischen Ländern fühlen sich zunehmend eher als Opfer denn als Gewinner der Europäischen Union. Deshalb hatte Frank-Walter Steinmeier am Mittwoch völlig recht, als er sagte: Es geht im Kern um das Vertrauen der Menschen in die Gestaltungskraft von Politik gegen die Einzelinteressen der Marktakteure.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass Europa mehr ist als ein Wirtschaftsraum mit einer gemeinsamen Währung. Wir wollen, dass der Gründungsidee eines friedlichen Europas mit fortschreitendem Wohlstand eine dritte Idee zugefügt wird: ein **soziales und demokratisches Europa**, das seinen Namen wirklich verdient.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Doch das werden wir nur verwirklichen, wenn die Entscheidungen über das Zusammenleben und Fortkommen der Menschen in Europa in den Demokratien, Parlamenten und den gewählten Regierungen gefällt werden und nicht in anonymen Märkten oder in den Vorstandsetagen einiger Banken oder Investmentaktivisten.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Rückeroberung der demokratischen Kontrolle über die Bedingungen unseres Zusammenlebens und um die Orientierung der Märkte am Gemeinwohl, statt um die Unterwerfung des Gemeinwohls unter die Märkte.

(Beifall bei der SPD)

Frau Bundeskanzlerin, zu dieser Herausforderung haben Sie in Ihrer Regierungserklärung kein einziges Wort gesagt. Das ist das politische Versagen, das wir Ihnen vorwerfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stattdessen haben Sie ein Schauspiel abgeliefert. Ich zitiere: „Nie wieder Zahlmeister Europas! An unserer Kanzlerin beißt sich Europa die Zähne aus.“ – so die *Bild*-Zeitung am 25. März 2010. Die „eiserne Kanzlerin“ gegen Europa. Das war Ihre mediale Versuchsanordnung für den Boulevard,

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

die Sie billigend in Kauf genommen haben. Die Folgen der Inszenierung waren sofort spürbar. Heute wissen wir, dass wir 1 Milliarde Euro mehr bezahlen müssen, weil Ihr **Taktieren** die Spekulanten erst richtig eingeladen hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt müssen Sie den Scherbenhaufen, den Sie angerichtet haben, zusammenkehren. Keiner hat das so treffend

formuliert wie die *Financial Times Deutschland* am 5. Mai: (C)

Merkels Strategie ist deswegen fehlgeschlagen, weil man in ... Europa ... dem Europäischen Rat und den Lesern der *Bild* über lange Zeit entgegengesetzte Information zukommen lässt.

Genau das haben Sie versucht, und Sie sind katastrophal gescheitert. Nun werden Sie die Geister, die Sie gerufen haben, nicht mehr los.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich an, was in der Boulevardpresse seit Wochen an **Ressentiments** geschürt wird. Als ob Verschwendungssucht und Korruption zum griechischen Volkscharakter gehören würden. Auch ich bin dafür, dass korrupte Regierungen und Beamte sowie Steuerhinterzieher und Cliquenwirtschaft bekämpft werden, aber ich schäme mich inzwischen für das Bild, das seit Wochen über die Menschen in Griechenland gezeichnet wird.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sind nicht die normalen Arbeitnehmer, Rentner, Jugendlichen und Familien in Griechenland, die diese Krise zu verantworten haben. Hören Sie deshalb mit Sprüchen wie „schwimmt in die falsche Richtung“ auf, wie sie ihr erster Redner gemacht hat. Kämpfen Sie endlich gegen solche Ressentiments. Sie machen unsere Arbeit immer schwieriger, und die falschen Rattenfänger profitieren davon! (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich erspare Ihnen ein paar der wirren Zitate, die Sie in den letzten Wochen geliefert haben. Übrigens hat auch der Vizekanzler am 26. April erklärt:

Die Bundesregierung hat noch nicht entschieden. Und das heißt, dass eine Entscheidung auch in verschiedene Richtungen ausfallen kann.

Herr Westerwelle, eine deutlichere Einladung an die Spekulanten hat in der Bundesregierung keiner ausgesprochen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir sind von einer Laienschauspieltruppe durch die Krise geführt, oder besser gesagt: in die Krise hineingeführt worden. Frau Kanzlerin, ich habe kein Mitleid, dass Sie mit diesen Kollegen gemeinsam unser Land regieren müssen.

(Heiterkeit bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: Das sind Phantomschmerzen!)

Es ist der von Ihnen ersehnte Wunschpartner. Herr Fricke, seien Sie versichert: Ich beschäftige mich nicht mit der Frage, wer vor oder nach Herrn Westerwelle re-

Sigmar Gabriel

- (A) det. Lieber vor ihm reden, als unter ihm arbeiten. Das ist alles, was ich dazu sagen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN))

Die **Kommentare der deutschen Leitmedien** und Wirtschaftszeitungen sind so eindeutig wie nie zuvor. Ihre Regierung sei aus dem falschen Jahrhundert. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Schäuble erscheinen als Getriebene der Finanzmärkte. Das *Handelsblatt* meint: Angela Merkel hat so intensiv auf den Kalender geschielt, dass sie nicht gesehen hat, wie schnell sich die Spekulationswelle erst gegen Griechenland und nun gegen Portugal aufbaut.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Frau Bundeskanzlerin, ich könnte den Rest meiner Redezeit mit solchen Zitaten aus der Presse verbringen. Ich erspare mir das. Was ich Ihnen nicht ersparen kann, ist der Vorwurf, dass Sie auch das Vertrauen in die **Glaubwürdigkeit deutscher Europapolitik** nachhaltig zerstört haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) Das wiegt schwerer als Ihr orientierungsloses Tu-nix-Kabinett, mit dem Sie versuchen, sich durch die schlimmste Krise hindurchzuwursteln. Hören Sie bitte auf, anderen in Europa ständig weismachen zu wollen, dass Sie wüssten, wie man anständige Haushalte organisiert! Frau Merkel, angesichts der Berichterstattung darüber, dass wir 40 Milliarden Euro weniger Steuern einnehmen werden, frage ich Sie: Wie rechtfertigen Sie eigentlich Ihre schamlose Diskussion über weitere Steuererhöhungen für Leute, die es nicht nötig haben? Wie soll das eigentlich funktionieren?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Herrn Eichel mal fragen!)

Ich vermute: Auch dazu werden wir nach dem 9. Mai Genaueres erfahren. Wir wundern uns nicht darüber, dass Sie heute eine kleine Kopfpauschale fordern, morgen vermutlich höhere Müllgebühren und übermorgen steigende Sozialabgaben. Sie planen nichts anderes als eine Nettolüge. Die einen bekommen etwas, während die anderen, die schon wenig haben, höhere Steuern und Abgaben zahlen sollen. Das ist das, was Sie in Deutschland vorbereiten. Dem wollen wir am kommenden Sonntag in Nordrhein-Westfalen endlich ein Ende bereiten; darum geht es.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP – Volker Kauder [CDU/CSU]: Es geht nicht um Europa, es geht um NRW!)

– Tut es weh?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Arrogant!)

(C)

Ab und zu muss man Ihnen den Spiegel vorhalten.

(Lachen bei der CDU/CSU – Volker Kauder [CDU/CSU]: Schauen Sie selber hinein!)

Statt etwas zu tun, feiern Sie Erfolge, die nichts anderes als Selbstverständlichkeiten sind, zum Beispiel die Zusage der Banken – hören Sie genau zu! –, Kreditlinien offenzuhalten. Herr Schäuble sagt, das sei ein wunderbarer Vorschlag. Die deutschen Steuerzahler bürgen mit über 22 Milliarden Euro, und die Banken kommen angesichts dieser Staatsbürgschaft auf die glorreiche Idee, wenigstens Kreditlinien offenzuhalten. Ich sage Ihnen: Die Menschen erwarten zu Recht, dass die **Kosten der jetzigen Krise** nicht wie im Herbst 2008 schon wieder alleine von ihnen getragen werden müssen; darum geht es in Wahrheit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: 2008 habt ihr doch noch regiert!)

Wir stimmen nicht gegen die Hilfe für Griechenland. Aber wir werden Ihnen keinen Blankoscheck ausstellen. Sie kennen unsere Vorstellungen und Forderungen, weil wir sie Ihnen in den letzten Tagen in Gesprächen immer wieder dargelegt haben. Wir brauchen eine Finanztransaktionssteuer. Wir müssen die Finanzmärkte endlich wirksam regulieren. Wir brauchen aber auch eine Regulierung der Hedgefonds in Europa.

(Dr. Hans-Peter Friedrich [Hof] [CDU/CSU]: Die Sie eingeführt haben!)

(D)

Ich habe gelesen, was Sie vorschlagen. Der EU-Gesetzesentwurf, den Sie, Herr Friedrich, und andere unterstützen, sieht lediglich die Regulierung der Managerboni, aber nicht die der Fonds vor. Das ist doch völlig unzureichend. Sie müssen die Fonds selber endlich in den Griff bekommen und dürfen nicht nur versuchen, ein paar Boni anzutasten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Wer hat das denn verhindert?)

Sie wollen aus Europa eine GmbH machen, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung für Zocker und Spekulanten. Dem werden wir nicht zustimmen; darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Wer Europa verteidigen und eine Zukunft geben will, muss den Vorrang der Demokratie vor den Märkten endlich wieder schaffen. Wir Sozialdemokraten haben keine Angst vor dem Boulevard und dem unverantwortlichen Populismus.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Damit haben wir zu viel Erfahrung. Dazu können wir Ihnen gerne noch etwas erzählen. Für Sie gilt das Leit-

Sigmar Gabriel

- (A) motto des Chefredakteurs der *Bild*-Zeitung: Wen die im Aufstieg begleiten, den begleiten die auch im Abstieg. Das erleben Sie gerade bei der Debatte über die Griechenlandhilfe.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, für uns ist Europa mehr als ein Markt, und für uns sind die Bürgerinnen und Bürger Europas keine Objekte, die Finanzmarkt- oder Kapitalinteressen zu erdulden und zu ertragen haben. Die europäische Idee stellt das Gemeinwohl über wirtschaftliche Einzelinteressen, die kulturelle Vielfalt über Anpassung, Lebensqualität über die Anhäufung von Reichtum, nachhaltige Entwicklung über die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur, die universellen Menschenrechte und Demokratie über das Recht des Stärkeren und übrigens die Zusammenarbeit über einseitige Machtausübung. Darum geht es, wenn wir heute mehr wollen als eine Kreditermächtigung, und darum geht es, wenn wir Europa endlich seinen Bürgerinnen und Bürgern zurückgeben wollen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Bundesminister Dr. Guido Westerwelle.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B)

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir spüren, dass wir heute eine Entscheidung von einer gewaltigen Tragweite fällen. Ich gehe davon aus, dass diese Entscheidung heute keinem leichtfällt. Dennoch muss sich jeder Abgeordnete heute entscheiden, weil wir eine große Verantwortung tragen: für die Zukunft unseres Landes, unserer Währung und auch für die Zukunft Europas. Es geht bei dieser Debatte heute nicht um einen Wahlsonntag. Es geht darum, Schaden von unserem Volk abzuwenden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie der Fuchs, dem die Trauben zu sauer sind! – Thomas Oppermann [SPD]: Und um den Wahlsonntag ganz nebenbei auch!)

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir alle spüren, dass Europa vor einer sehr schweren Bewährungsprobe steht. Es ist bedauerlich, dass sehr viele in diesen Tagen am Nutzen Europas zweifeln. Viele, auch viele Bürgerinnen und Bürger, fragen sich in diesen Tagen, was uns Europa kostet. Am Anfang möchte ich aber unterstreichen: Wir wollen auch nie vergessen, **was uns Europa wert ist**.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Thomas Oppermann [SPD]: Weiß Herr Pinkwart das auch?)

An jeden gerichtet, den es betrifft, will ich hinzufügen – ich vermute, dass in diesem Punkt unverändert eine Gemeinsamkeit der Demokraten besteht –: Wenn Europa nicht mehr gebracht hätte, als dass wir auf diesem Kontinent seit Jahrzehnten in Frieden leben können, dann hätte sich Europa schon gelohnt. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Europa ist eine Schicksalsfrage, eine Friedensfrage, eine Wohlstandsversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger auf diesem Kontinent.

Herr Kollege Gabriel – ich will mit dem, was uns verbindet, beginnen –, ich unterstütze, was Sie zum Ausdruck gebracht haben: Manches, was über **Griechenland** gesagt worden ist, war geprägt von einer Abschätzigkeit gegenüber einem demokratischen Volk, einem Partner und Freund in Europa,

(Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Von wem denn? Das kommt doch nur von Ihrer Seite! Von uns hat keiner so etwas gesagt! Das kam nur von Ihrer Seite!)

die in keiner Weise akzeptabel ist.

Weil das griechische Parlament und die griechische Regierung gestern Nacht eine schwere Entscheidung zu treffen hatten, möchte ich ausdrücklich sagen: Ich habe großen Respekt

(Elke Ferner [SPD]: Ach! Jetzt auf einmal!)

vor dem griechischen Parlament und vor der griechischen Regierung, dass sie dieses harte Sparprogramm verabschiedet haben und es jetzt in der Praxis durchsetzen wollen. (D)

(Rolf Schwanitz [SPD]: Das gilt aber nicht für Ihre Parteikollegen!)

Ich stelle mir manchmal vor, wir in Deutschland würden Vergleichbares zu bewältigen haben. Ich betone nachdrücklich: Ich habe großen Respekt davor, wie sich Griechenland entschieden hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Ihre Leute wollen doch die Inseln verkaufen! Was haben Sie denn in NRW plakatiert?)

Die Lage ist sehr ernst, und niemand kann so tun, als wären wir mit der heutigen Entscheidung schon über den Berg. Worum es jetzt geht, ist, dass wir den Brand löschen müssen, damit sich in Europa kein Flächenbrand ausbreitet. Wir müssen gleichzeitig die Brandursache bekämpfen.

(Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

Zu beidem will ich etwas sagen:

Erstens. Wir sind bereit, Griechenland mit einer **Bürgerschaft** zu unterstützen, weil Griechenland bereit ist, ein einschneidendes, aber notwendiges Sparprogramm zu beschließen, und es jetzt auch gegen viele Widerstände durchsetzt. Das ist und bleibt die richtige Reihenfolge. Wer der Bundesregierung heute vorwirft, sie

Bundesminister Dr. Guido Westerwelle

- (A) hätte bereits vor Monaten einen Scheck ausstellen sollen, der verkennt, dass wir dieses ehrgeizige Sparprogramm in Griechenland dann niemals gesehen hätten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Es kann nicht derjenige der bessere Europäer sein, der einen Blankoscheck ausstellt. Der bessere Europäer ist derjenige, der nachhaltig auch die strukturellen Ursachen der Krise bekämpft.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Diejenigen, die an den Beratungen teilgenommen haben oder das nachgelesen haben, wissen, dass genau das vom Bundesbankpräsidenten erklärt wurde, zum Beispiel in der Anhörung des Haushaltsausschusses. Es geht nicht allein um Geld. Griechenland muss auf Dauer auch die **strukturellen Reformen** durchsetzen, damit das, worüber wir heute reden, kein Fass ohne Boden ist. Wir müssen dafür sorgen, dass das Programm nachhaltig ist. Deswegen ist es richtig, dass der mit dem IWF und der Europäischen Union vereinbarte, schmerzhaft Sanierungskurs jetzt eingeschlagen wird. Er ist die Chance zur Überwindung der Krise. Geld allein hätte hier nicht geholfen, sondern es müssen Strukturpakete in Griechenland und, was die Folgen der Krise angeht, in Europa beschlossen werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

- (B) Herr Kollege Westerwelle, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schlecht von den Linken?

(Zurufe von der CDU/CSU: Nein!)

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich würde meine Rede gerne fortführen, wenn Sie erlauben.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie immer!)

Wir ziehen die richtigen Lehren aus der Krise. Europa braucht Veränderungen. Das ist der zweite Punkt, über den ich sprechen möchte, weil wir die Brandursachen jetzt entschlossen zu bekämpfen haben.

(Zuruf von der LINKEN: Brandbeschleunigung!)

Dazu haben wir als Koalitionsfraktionen in unserem Antrag eine Fülle von Maßnahmen aufgeschrieben.

Ich möchte zunächst einiges zu den Einzelvorschlägen sagen, Herr Kollege Gabriel.

(Thomas Oppermann [SPD]: Koalitionsvereinbarung, Herr Westerwelle!)

Der Debatte konnte ich entnehmen, dass es Punkte gibt, bei denen wir uns einig sind. Gestern haben wir uns unterhalten, und wir waren in einigen Punkten sehr nahe beieinander, um es einmal offen zu formulieren.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? – Sigmar Gabriel [SPD]: Da stimme ich Ihnen zu!)

(C)

Unser Antrag enthält Punkte, die wir alle als richtig erkannt haben. Wir wissen doch, dass wir in Europa jetzt dafür sorgen müssen, dass sich das nicht wiederholt, dass wir zumindest die Chance minimieren müssen, dass sich so etwas wiederholt. Zum Beispiel ist es notwendig, dass wir in Europa eine unabhängige **Ratingagentur** schaffen. Ob sie öffentlich-rechtlich sein muss, lasse ich einmal dahingestellt. Ich glaube, dass das die Glaubwürdigkeit einer solchen Ratingagentur, die Staaten bewertet, eher relativieren könnte. Aber wir brauchen eine unabhängige Ratingagentur in Europa, weil es nicht akzeptabel ist, dass Ratingagenturen Finanzprodukte entwickeln und sie anschließend auch noch bewerten. Da besteht eine Interessenkollision. Dagegen muss man in diesem Hohen Hause gemeinsam vorgehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir sind uns auch bezüglich **Eurostat** einig. Wir sind uns doch einig, dass wir es nicht akzeptieren können, dass ein Land über längere Zeit falsche Zahlen nennt und damit durchkommt. Deswegen sind wir uns einig darüber, dass die europäische Statistikbehörde wirkliche Kontrollrechte und Eingriffsrechte bekommen muss, das heißt, dass sie wirklich in die Bücher schauen kann. Wir sind gemeinsam der Überzeugung, dass das notwendig ist. Also könnten wir uns darauf doch verständigen.

Zum Dritten sind wir auch der Überzeugung, dass es Konsequenzen haben muss, wenn ein Land über lange Zeit gegen den Konsolidierungskurs verstößt, wenn sich ein Land dauerhaft nicht an das **Prinzip der soliden Haushaltsführung**, die wir in Europa vereinbart haben, hält. Ich rede nicht über den Wirtschafts- und Stabilitätspakt und deren Aufweichung, sondern ich spreche vor allem davon, dass es schnelle Reaktionen geben muss. Auch darin sind wir uns in diesem Hause eigentlich einig, indem wir beispielsweise dafür sind, jemandem, der sich auf Dauer falsch verhält, die europäischen Finanzmittel entsprechend zu sperren. Ich denke, dass das sehr viel schneller und wirkungsvoller ist als das bisherige Verfahren mit blauen Briefen, langjährigen Reaktionen und am Ende Strafzahlungen. Es muss schnell gehandelt werden. Auch darin sind wir uns einig.

(D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In Wahrheit geht es um einen anderen Punkt – darin sind wir uns nicht einig, wie ich der Debatte eben noch einmal entnommen habe –, und zwar um die **Finanztransaktionssteuer**. Ich habe Ihre Antworten eben auf Herrn Fricke so verstanden, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es Ihnen im Wesentlichen darum geht, eine Finanzsteuer in den Entschließungsantrag aufzunehmen. Das können wir gerne tun.

Wenn es Ihnen damit leicht wird und Sie damit in der Lage sind, in dieser Stunde der Verantwortung auch dem Paket, dem Antrag und der Bürgschaft zuzustimmen, dann biete ich Ihnen an, dass wir das unter dem letzten Spiegelstrich aufnehmen. Dann nehmen wir nach den

Bundesminister Dr. Guido Westerwelle

- (A) vorgelegten Vorschlägen genau das auf, was Sie in Ihrer Antwort auf Herrn Kollegen Fricke verlangt haben, indem wir den Zusatz Bankenabgabe und Financial Activities Tax in Klammern aufnehmen. Das können wir sofort mit aufnehmen, weil es genau das ist, was der IWF vorgelegt hat.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist etwas anderes! Können Sie kein Englisch?)

Springen Sie doch heute und nehmen Sie das Angebot an!

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Westerwelle, haben Sie jede Zwischenfrage abgelehnt?

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:

Danke schön, jetzt nicht.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Keine Zwischenfrage.

Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich möchte Ihnen noch einmal helfen. Ich darf mir erlauben, etwas zu zitieren, was längst im Internet veröffentlicht worden ist.

(B)

(Thomas Oppermann [SPD]: Warum sind Sie plötzlich dafür? Sie haben es doch gestern abgelehnt!)

– Nein, Herr Kollege Oppermann, ich will noch einmal in aller Ruhe versuchen, es deutlich zu machen. Es gibt einen Unterschied zwischen der **Finanztransaktionssteuer** und der **Financial Activities Tax**. Ich weiß nicht, ob Sie diesen Unterschied sehen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich sehen wir das! – Sigmar Gabriel [SPD]: Wir haben es verstanden!)

Das ist ein fundamentaler Unterschied. Das eine hat der IWF verworfen; das andere schlägt er vor.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie Ihrer Verantwortung nachkommen und im Interesse Deutschlands dem Vorhaben zustimmen können, dann sagen wir Ja und kommen Ihnen auch entgegen. Aber springen Sie endlich! Stellen Sie sich Ihrer Verantwortung!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir haben doch ein **gemeinsames Ziel**. Es weiß jeder, dass wir diesen Spekulationen Einhalt gebieten müssen. Lassen Sie doch einen Augenblick die Vorurteile weg, die Sie selber haben. Wir müssen erkennen, dass wir – auch für unser Land – eine Aufgabe zu erfüllen haben.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Das sagt der Richtige!)

(C)

Ich möchte Ihnen die Bewertung des IWF vortragen, zu der er in einer Studie gekommen ist. Sie ist mittlerweile im Internet nachzulesen. Zur Finanztransaktionssteuer heißt es dort, dass sie die Hauptursachen finanzieller Instabilität unberücksichtigt lässt. Eine Finanztransaktionssteuer würde keinem der wichtigen Faktoren Rechnung tragen, die systemische Risiken verursachen. Weiter heißt es in der Studie: Zweifellos würde ein Teil der Belastung von Inhabern und Managern der Finanzinstitutionen getragen. Aber ein großer Teil der Belastung würde an die Nutzer von Finanzdienstleistungen in Form von geringen Sparerträgen, höheren Kreditkosten bzw. höheren Preisen für Endprodukte weitergegeben werden.

Was nutzt denn eine Regel, die am Ende Otto Normalverbraucher trifft, aber niemanden, der eigentlich haften sollte. Was Sie vorschlagen, ist doch grob unvernünftig.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dagegen wenden wir uns.

Es gibt Situationen, in denen man Haltung zeigen muss.

(Beifall bei der SPD)

Enthaltung ist keine Haltung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Beschließen Sie im Deutschen Bundestag, was Sie wollen, legen Sie meinetwegen Anträge vor, in dem in jedem Schimpf und Schande über die Regierung ausgegossen wird, aber stehen Sie bei der Frage der Bürgerschaft zu Ihrer Verantwortung, sagen Sie Ja! Wir sind Ihnen jetzt einen großen Schritt entgegengekommen.

(D)

(Lachen bei der SPD)

Jetzt liegt es an Ihnen, dass Sie Ihr Herz über die Hürde werfen, nicht für Sie, nicht für uns, nicht für die Wahl am Sonntag, sondern für unser Land und für unsere Bürger. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Sie hier sitzen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Abgeordneten Michael Schlecht das Wort.

Michael Schlecht (DIE LINKE):

Herr Westerwelle, Griechenland zu helfen, ist richtig. Darin sind wir uns einig.

(Zurufe von der FDP: Oh!)

Nur, das, was mit diesem Regierungsentwurf vorliegt, ist ein **Rettungsring aus Blei**. Das Problem ist, dass dieses atemberaubende Sparpaket, das maßgeblich durch die deutsche Bundesregierung – die Kanzlerin hat das vor zwei Tagen sogar mit Stolz hier verkündet – dem griechischen Volk aufoktroziert wird, eine radikalisierte

Michael Schlecht

- (A) Agenda 2010 ist. Die ist eher mit einem bleiernen Rettungsring zu vergleichen. Wenn in Griechenland nach Aussagen von Bankökonomern dieses Jahr das Bruttoinlandsprodukt um 10 Prozent abstürzt und damit natürlich auch die Steuereinnahmen einbrechen, dann werden Sie überhaupt keine Chance haben, das Ziel, das eigentlich verfolgt wird, nämlich Griechenland von seinen Schulden zu befreien und eine Schuldenrückführung zu organisieren, zu erreichen. Das wird nur in einer weiteren desaströsen Entwicklung enden. Deshalb ist es verheerend, was Sie hier heute auf den Weg bringen wollen. Das ist der Grund, weshalb wir ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Sahra Wagenknecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sahra Wagenknecht (DIE LINKE):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es sind in dieser Debatte viele hochtrabende Worte gefallen. Herr Schäuble hat schon im Vorfeld darauf hingewiesen, dass es darum gehen muss, einen **Flächenbrand** zu verhindern. Merken Sie wirklich nicht, dass der Flächenbrand längst da ist und dass Sie gerade dabei sind, Steuergeld in Höhe von 22 Milliarden Euro in dieses Feuer zu werfen, in ein Feuer, in dem es wahrscheinlich auf Nimmerwiedersehen verloren sein wird, genauso verloren wie die Milliarden, die Sie in die IKB und HRE versenkt haben?

- (B) Ich muss sagen, dass ich schon etwas verblüfft über die Rede von Herrn Gabriel gewesen bin.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Dann muss ich eine gute Rede gehalten haben, wenn Sie verblüfft sind!)

Herr Gabriel, entweder leiden Sie unter Gedächtnisverlust oder ich; denn Sie haben die Rettungspakete von 2008 kritisiert. Wenn ich es richtig im Kopf habe, war 2008 die SPD in der Regierung, und Sie waren Minister. Ich hätte mir eine solche Rede, wie Sie sie hier gehalten haben, 2008 von Ihnen als Minister der damaligen Großen Koalition gewünscht.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Zurück zur Regierung. Sie sagen: Wenn wir dieses Hilfspaket jetzt nicht beschließen, dann fliegt uns die **Währungsunion** um die Ohren. – Ich sage Ihnen: Die Währungsunion wird uns um die Ohren fliegen, wenn Sie weiter in Deutschland dieses rabiate Lohndumping betreiben, mit dem wir die anderen Euroländer totkonkurrieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Währungsunion wird uns um die Ohren fliegen, wenn Sie Zockerbanken und Hedgefonds weiter spekulieren lassen, wenn Sie weiter zulassen, dass ganze Staaten in die Pleite spekuliert werden und wenn Sie die

aberwitzigen Finanzinstrumente, die das alles ermöglichen, nicht endlich verbieten. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Griechenland ist doch kein Einzelfall. Es gibt fast kein Land, das nicht in kürzester Zeit bankrott wäre, wenn es plötzlich 14 Prozent Zinsen auf seine Schulden zahlen müsste.

Überlegen wir doch mal, was hier wirklich passiert ist. Nahezu alle Industrieländer haben seit 2007 ihre Schulden beispiellos erhöht. Aber nicht, weil sie plötzlich alle angefangen haben, Sozialgeschenke an ihr Volk zu verteilen, sondern weil diese Länder ihre Banken und Finanzinstitute gerettet haben, weil sie deren Giftpapiere, deren Verluste auf die eigene Kappe genommen haben. Das ist doch das, was stattgefunden hat.

In Deutschland ist der Schuldenberg nach Angaben der Bundesbank allein infolge der **Bankenrettung** um 98 Milliarden Euro angestiegen, 98 Milliarden Euro Schulden, die wir alle an der Backe haben. Gleichzeitig macht die Deutsche Bank, einer der indirekten Hauptprofiteure dieses Rettungspakets, schon wieder 30 Prozent Eigenkapitalrendite, erhöht die Dividende um 50 Prozent und zahlt Herrn Ackermann einen Bonus von 10 Millionen Euro. Zu diesem Glanzergebnis, das die Deutsche Bank da gemacht hat – das sei nur nebenbei erwähnt –, hat gerade das Geschäft mit und die **Spekulation gegen Staatsanleihen** entscheidend beigetragen.

Ja, das ist doch so, als wenn ein Einbrecher mir mein Haus leerräumt, und ich anschließend zu diesem Einbrecher hingehe und sage: Bitte, gib mir einen Kredit, damit ich mich neu einrichten kann. Und dann sehe ich auch noch zu, wie dieser Einbrecher die Zinsen auf den Kredit immer weiter nach oben treibt, im Extremfall so weit, dass ich nicht mehr zahlungsfähig bin. Dann schickt er mir einen Gerichtsvollzieher ins Haus, der das Haus zum zweiten Mal leerräumt und auch noch alles mitgehen lässt, was der Einbrecher beim ersten Mal noch nicht mitgenommen hat. Das ist das, was Sie gegenüber den Banken machen. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist ein Skandal, und das ist einfach nicht hinnehmbar.

Während Sie die Ackermänner dieser Welt in Säften tragen, diktieren Sie der griechischen Bevölkerung ein Sparpaket, das unerträgliche Folgen haben wird, das Griechenland in eine tiefe Depression stürzen wird. Spätestens dann wird die griechische Zahlungsunfähigkeit tatsächlich nicht mehr aufschiebbar sein.

Wenn wir nicht endlich den Zockerbanken, den Spekulanten das Handwerk legen – das sage ich Ihnen –, werden wir uns sowieso in wenigen Wochen hier wiedersehen, und dann wird uns Frau Merkel mit treuem Augenaufschlag begründen, warum wir jetzt auch **Portugal** oder Irland unterstützen müssen, dann vielleicht Spanien oder Italien. Hören Sie doch auf, die Leute zu belügen!

(Beifall bei der LINKEN)

Sahra Wagenknecht

- (A) Sie bauen Sandburgen, um eine Tsunamiwelle aufzuhalten, und Sie wollen uns weismachen, Sie wüssten nicht, dass das nichts bringt. Also, solche wirtschaftspolitischen Tiefflieger können Sie nicht sein, dass Sie das nicht wissen.

(Beifall bei der LINKEN)

Geben Sie doch lieber zu, dass Sie schlicht und ergreifend zu feige sind, die Finanzhaie an die Kandare zu nehmen,

(Beifall bei der LINKEN)

dass Sie schlicht und einfach zu feige sind, tatsächlich die Spekulation zu verbieten und sich mit den **Wirtschaftsmächtigen** anzulegen. Das ist doch das Problem, dass Sie sich das nicht trauen, weil Sie von denen in den letzten Jahren zig Millionen an Spenden eingesackt haben. Deswegen machen Sie fortgesetzt eine Politik gegen die Mehrheit der Menschen in diesem Land, eine Politik gegen die Mehrheit der Menschen, wie vor Ihnen schon die Große Koalition, wie vorher Rot-Grün. Es ist immer das gleiche Problem: Sie legen sich nicht mit denen an, die wirklich zocken, mit denen, die Wirtschaftsmacht haben, mit denen, die hinter den Banken stehen. Das wollen Sie nicht. Zu dieser Politik wird die Linke weiterhin konsequent Nein sagen. Deswegen werden wir diese Art von Rettungspaket auch ablehnen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der LINKEN: Bravo!)

(B)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Dr. Michael Meister von der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Michael Meister (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin Herrn Kollegen Gabriel dafür dankbar, dass er am Ende seiner Rede sehr klar und deutlich gesagt hat, worum es ihm heute geht. Er hat gesagt, ihm gehe es um die **Landtagswahl** in Nordrhein-Westfalen übermorgen. Ich bin der Meinung, dass dies der Bedeutung des heutigen Tages in keiner Weise angemessen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich möchte darauf hinweisen: Wir sind über Jahre die größte Exportnation der Welt gewesen. Wir stehen nach wie vor auf einem Spitzenplatz. Der **Euro** hat dazu beigetragen, dass wir unsere Position im Export ausbauen und damit Wohlstand für die Menschen in Deutschland erhalten konnten. Wir müssen daher darum kämpfen, dass der Euro als Währung erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der Euro ist stabiler, als es die D-Mark war. Wer sich die Inflationsraten der vergangenen zehn Jahre anschaut, der sieht, dass dies nicht nur ein Versprechen am Anfang war, sondern dass es Realität ist. Wir müssen am heuti-

gen Tage alles dafür tun, dass die Stabilität erhalten bleibt und Inflationsgefahren gebannt werden. Die Aufgabe, vor der wir stehen, ist: Erhalt eines stabilen Euro. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben an dieser Stelle eine **Vorbildfunktion**. Es wird hier sehr viel über Europa und Griechenland gesprochen. Ich möchte einmal über unsere Verantwortung an dieser Stelle sprechen. Wenn wir sagen, dass eine Konsequenz des heutigen Tages ist, dass wir bessere Rahmenbedingungen in Bezug auf Maastricht und den Euro brauchen und dass dies für alle Mitgliedstaaten der Euro-Gemeinschaft gelten muss, dann können wir nicht in der Sekunde, in der wir selbst betroffen sind, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen kämpfen, dass diese Konsequenzen auch auf uns angewendet werden.

(Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Es war ein fataler politischer Fehler, dass in den Jahren 2001 bis 2003, als wir um die Glaubwürdigkeit des Maastricht-Vertrages hätten kämpfen müssen, die rot-grüne Bundesregierung alles getan hat, um diese Glaubwürdigkeit zu untergraben. Das war eine der Ursünden und Ursache des Problems.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Gabriel lenkt nun ab, indem er auf die Kapitalmärkte und auf die Spekulanten verweist. Die erste Ursache für das Problem sind doch nicht die Kapitalmärkte und die Spekulanten; es sind auch nicht die schon angesprochenen Menschen in Griechenland. Nein, es sind die Damen und Herren, die im Jahr 2000 den Beschluss gefasst haben, dass **Griechenland**, ohne sich für die **Währungsgemeinschaft** zu qualifizieren, in diese Gemeinschaft aufgenommen wurde. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Auch das war Rot-Grün!)

Ich will darauf hinweisen, dass dies die rot-grüne Mehrheit unter Bundeskanzler Gerhard Schröder am 7. Juni 2000 im Deutschen Bundestag beschlossen hat. Da wurde die Ursünde begangen, die zu dem Problem führte, über das wir heute diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Davon sollten Sie, Herr Gabriel, nicht ablenken. Sie sollten vor dieser Verantwortung nicht weglaufen, Sie sollten bleiben und sich als SPD-Vorsitzender zu dieser Verantwortung bekennen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Was wir in dieser Situation brauchen, sind aus meiner Sicht vier Dinge.

Erstens. Die Bundesregierung – das gilt für die deutsche Politik insgesamt – muss versuchen, das **Vertrauen** in den Euro, das aufgrund der Situation in Griechenland verloren gegangen ist, wieder herzustellen.

Dr. Michael Meister

- (A) Zweitens. Wir müssen dafür sorgen, dass im Maastricht-Vertrag bessere **Vorkehr** getroffen wird, dass eine solche Situation wie in Griechenland in Zukunft hoffentlich bei anderen vermieden wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Drittens. Wir brauchen eine bessere **Finanzmarktregulierung**, damit Finanzmärkte Entwicklungen nicht durch Spekulationen überhöhen können.

Viertens. Wir müssen Vorsorge dafür treffen, dass wir in der Lage sind, in Krisensituationen als Vertrauensgeber aufzutreten. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Darauf müssen wir uns wirtschafts- und finanzpolitisch vorbereiten, indem wir selbst eine **Stabilitäts- und Konsolidierungspolitik** fahren.

Wenn eine dieser Voraussetzungen nicht erfüllt wird, dann werden wir mit dem Vorhaben eines stabilen Euro auf Dauer scheitern. Deshalb muss es um diese vier Punkte gehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte zunächst denjenigen Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages, die heute bereit sind, **Verantwortung** zu übernehmen, danken. Es sind die Kolleginnen und Kollegen vom Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion und meiner eigenen Fraktion. Wir wissen, dass es eine schwierige Entscheidung ist. Wir sind aber bereit, uns dieser Verantwortung zu stellen. Deshalb möchte ich all diesen Kollegen an diesem Tag, an dem eine schwierige Entscheidung getroffen werden muss, von dieser Stelle aus Danke dafür sagen, dass sie bereit sind, die Verantwortung zu übernehmen.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zweitens. Ich möchte den Kollegen der SPD sagen: Es reicht nicht aus, sich mit etwas Rhetorik aus der Verantwortung zu verabschieden. Hier ist gefordert, klar Farbe zu bekennen und klar zu sagen, wie man Verantwortung wahrnimmt. Das, was Sie am heutigen Tage tun, ist verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Jetzt zu den einzelnen Punkten. Bei dem ersten Punkt, als Vertrauensgeber aufzutreten, wird kritisiert, dass wir den **IWF** ins Boot geholt haben. Wer sagt, wir hätten früher helfen sollen, nimmt in Kauf, dass dies ohne den IWF geschehen wäre. Es wird auch kritisiert, dass der Vertrag zwischen dem IWF und Griechenland für die Garantie, die wir geben, zugrunde gelegt wird. Auch das wäre zu einem früheren Zeitpunkt nicht möglich gewesen. Auch die Vorgaben, die die Euro-Gruppe macht, wären zu einem früheren Zeitpunkt nicht vorhanden gewesen.

Wer fordert – all das hat die deutsche Regierung durchgesetzt –, dass wir zu einem früheren Zeitpunkt un-konditioniert hätten helfen sollen, der hätte einen **Präzedenzfall** für die Zukunft geschaffen und zu einer Transferunion statt zu einem stabilen Euro beigetragen. Deshalb war die Strategie der Bundesregierung richtig. Die Bundesregierung war nicht führungslos, sondern es

war eine führungsstarke Entscheidung, klare Vorgaben durchzusetzen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Jetzt komme ich zu dem Punkt: Was müssen wir im Maastricht-Vertrag ändern? Mit Sicherheit müssen wir die Position des **Eurostat** verbessern. Mit Sicherheit muss der Durchgriff der EU-Kommission verbessert werden, um bei Vertragsverletzungen früher und schneller handeln und Konsequenzen, Pönalen durchsetzen zu können. Aber wir brauchen für die aktuelle Ultima Ratio in Zukunft auch die Möglichkeit eines geordneten **Insolvenzverfahrens**, um die systemischen Risiken von den Finanzmärkten in einer solchen Lage fernzuhalten. Darum müssen wir uns bemühen. Dafür wollen wir kämpfen. Das bringen wir in unserer Entschließung zum Ausdruck.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ein weiterer Punkt ist die Frage: Wie regulieren wir besser die Finanzmärkte, und wie kommen wir zu einer Beteiligung der Finanzmarktakteure? Auch hier möchte ich sagen: Ich halte es für richtig, dass der Bundesfinanzminister mit den Finanzinstituten gesprochen und eine freiwillige Beteiligung der deutschen **Finanzinstitute** erreicht hat.

(Andrea Nahles [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht! Das ist der Witz des Jahres!)

Dasselbe haben die Kollegen in Frankreich gemacht. Auch dort gibt es die Vereinbarung zwischen der französischen Regierung und den dortigen Finanzinstituten über eine freiwillige Beteiligung. Das ist der richtige Weg. Wir begrüßen ihn ausdrücklich. (D)

Darüber hinaus müssen wir sagen: Es ist absolut richtig, dass wir an den entstehenden Kosten für die öffentliche Hand, für die Bürger, für die Steuerzahler auch diejenigen beteiligen, die die Krise verursacht haben. Deswegen bringen wir in unserem Entschließungsantrag klar zum Ausdruck: Wir wollen diese Beteiligung. Kollege Westerwelle hat eben vorgetragen, dass wir sogar bereit sind, diese zu präzisieren. Jetzt sollten wir keine Debatte um Spiegelstriche und Klammern führen, sondern Sie von der SPD sollten zu Ihrer Verantwortung zurückfinden. Es geht um den Gesetzentwurf, die Garantie für Griechenland, nicht darum, sich hinter Klammern und Spiegelstrichen zu verstecken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir müssen auch dazu kommen, dass wir bei der Frage einer **Regulierung der Finanzmärkte** nicht mehr nur über eine Beteiligung für den eingetretenen Schaden reden, sondern wir müssen auch die Frage stellen: Wie können wir Schaden frühzeitig abwenden? An dieser Stelle will ich mit der Mär aufräumen, wir hätten in den vergangenen beiden Jahren nichts getan. Wir haben einen Vorschlag zur Regulierung von Ratingagenturen auf dem Tisch und diskutieren darüber. Es gibt einen Kabinettsbeschluss zum Thema Bankenabgabe und Insolvenz-

Dr. Michael Meister

- (A) verfahren für Finanzinstitute. An diesen Themen sind wir dran. Wir diskutieren die Frage, wie der Anlegerschutz verbessert werden kann. Das heißt, wir sind in verschiedenen Bereichen unterwegs, bessere Bedingungen für die Finanzmärkte zu schaffen.

Wer sich hier hinstellt und kritisiert, dass es **Kreditversicherungen** gibt, die virtuell gehandelt werden, oder dass **Leerverkäufe** ungedeckt existieren, den möchte ich bitte schön daran erinnern, in welcher Zeit die gesetzlichen Rahmenbedingungen in Deutschland entstanden sind, um dies bei uns überhaupt möglich zu machen. Das war in der Zeit von Bundeskanzler Schröder. Deshalb sollten Sie die Verantwortung dafür wahrnehmen und sie nicht anderen zuweisen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Axel Troost [DIE LINKE]: Das ändert nichts daran, dass es jetzt zurückgenommen werden muss!)

Wir sind der Meinung, dass wir an dieser Stelle eine bessere Regulierung der Finanzmärkte brauchen.

(Zuruf von der LINKEN: Dann machen Sie es doch!)

Deshalb sagen wir klar und deutlich, dass sich hier etwas in dem Sinne ändern muss, dass wir ungedeckte Leerverkäufe und den virtuellen Kreditversicherungshandel in Zukunft verbieten wollen, und zwar nicht durch eine Anordnung der Aufsichtsbehörde, sondern durch einen Gesetzesbeschluss.

- (B) (Beifall des Abg. Leo Dautzenberg [CDU/CSU])

Dies sagen wir klar und präzise. Ich sehe nicht ein, warum Sie das kritisieren. Sie müssten sich eigentlich vollumfänglich dahinter stellen. Aber das ist wahrscheinlich zu viel verlangt, weil Sie dann eigene Fehler eingestehen müssten.

Ich hoffe, dass wir hier zu einer verantwortlichen Entscheidung kommen, dass diese verantwortliche Entscheidung von unserer Bundeskanzlerin im Rahmen der Euro-Gruppe heute vertreten werden kann und dass das Paket von IWF und Euro-Gruppe insgesamt so gestaltet wird, dass niemand daran zweifelt, dass Volumen und Zeitrahmen reichen, um Griechenland, den Euro und die gesamte Gemeinschaft zu stabilisieren. In diesem Sinne bitte ich alle, ihre Verantwortung wahrzunehmen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Fritz Kuhn von Bündnis 90/Die Grünen.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Außenminister Westerwelle, ich möchte an Ihre Rede anknüpfen. Ich fand es ein starkes Stück, dass Sie argumentiert haben, man habe erst einmal zögern und abwehren müssen, um bei den Griechen Sparbereitschaft

zu erzeugen. Das ist ein nachträgliches Schönreden. Sie – die FDP und auch die Kanzlerin – haben nicht erkannt, dass klare Signale nötig sind, um **Spekulation** zu unterbinden. (C)

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ihr Zögern, Ihr Ablehnen, Ihre nordrhein-westfalenbezogene Argumentation mit den Schlaglöchern haben dazu beigetragen, dass über mehrere Wochen Spekulationen getätigt werden konnten, was unser Land sowie alle Länder in der Europäischen Union nun viele Milliarden Euro kostet. Um diesen Vorwurf kommen Sie nicht herum, ganz egal, mit welcher Rabulistik Sie das versuchen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Die damaligen Sprüche, etwa vom **Wirtschaftsminister**, waren eine Einladung für die Spekulanten. Übrigens: Ein Wirtschaftsminister, der nicht einmal bei solchen Debatten hier anwesend ist

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das finde ich auch!)

und der nicht einen Beitrag aus wirtschaftspolitischer Sicht mit Blick auf die Arbeitsplätze in unserem Land und in Europa leisten kann,

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Der kann den nicht leisten! Der kann das gar nicht!) (D)

hat wirklich vollständig versagt. Gegenüber Herrn Brüderle war Herr Glos ja geradezu ein Aktivposten!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Michi, komm zurück!)

Ich kann der FDP die Nummer, die sie hier veranstaltet hat, einfach nicht durchgehen lassen. Übrigens, auch das Angebot, das Sie Herrn Gabriel gerade gemacht haben, ist schlicht Unfug und Unsinn. Beim Schach nennt man so etwas „einen vergifteten Bauern hinhalten“, worauf nur schlechte Schachspieler hereinfallen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Andrea Nahles [SPD]: Keine Sorge, wir sind gute Schachspieler!)

Ich will einmal erklären, warum das Unfug ist: Die beiden Steuern, über die wir hier diskutieren – die **Finanztransaktionsteuer** und die **Finanzaktivitätssteuer** –, sind grundverschiedene Dinge.

(Birgit Homburger [FDP]: Natürlich!)

Sie schlagen denjenigen, die die Spekulation, das heißt die schnellen Finanzbewegungen durch Banken und Hedgefonds, durch eine Umsatzsteuer oder Transaktionsteuer eindämmen wollen, vor, sich nun auf die Finanzaktivitätssteuer einzulassen. Das ist einfach Unsinn.

Fritz Kuhn

(A) (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Finanzaktivitätsteuer ist eine Körperschaftsteuer für Banken und nichts anderes. Da werden Gewinne

(Otto Fricke [FDP]: Boni!)

– Boni – und wahrscheinlich auch Lohnanteile besteuert.

Übrigens, Herr Schäuble, müssen Sie Folgendes wissen: Wenn Sie die Finanzaktivitätsteuer einführen, dann wird zunächst auch das Eigenkapital der Banken belastet, was natürlich die Finanzmarktklemme in Deutschland vergrößern wird. Nur eine Umsatzsteuer besteuert die Spekulanten und trifft diejenigen, die vier- oder fünfmal täglich gegen Währungen spekulieren. Das ist der Unterschied, und darüber müssen wir reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Aber mit einem Trick wie dem, den Sie gerade versucht haben, Herr Westerwelle, machen Sie nichts anderes deutlich, als dass Sie in der Klemme sitzen. Sie machen vergiftete Angebote; aber ich glaube, das hat nicht funktioniert. Darauf brauchen Sie nicht stolz zu sein.

Gut, dass jetzt die Kanzlerin kommt. – Frau Merkel, Sie haben bei der Krise durch den Fall der Bank Lehman Brothers erkannt, dass man schnell handeln muss; denn Sie haben gemerkt, dass die Sparer beginnen, bei den Sparkassen und Banken nach ihrem Geld zu fragen und es abzuheben. Es war richtig, schnell zu handeln. Aber Sie haben nicht erkannt, dass bei der jetzigen Spekulation gegen den Euro **Eile** genauso wichtig gewesen wäre. Dadurch haben Sie dem Land viele Milliarden Euro zusätzlich an Kosten aufgebürdet.

(B) Frau Merkel, die Bürger sagen uns, wenn wir mit ihnen sprechen, mit Blick auf die heutigen Beschlüsse: Jetzt haben wir schon bei der ersten Finanzmarktkrise Milliarden bezahlen müssen – die Rechnung dafür ist übrigens noch nicht ausgestellt –, und jetzt sollen wir wieder 22,4 Milliarden Euro zahlen. Wann stoppt ihr endlich die Spekulation und schützt uns davor, dass alle eineinhalb oder zwei Jahre wieder so ein Paket im Bundestag geschnürt werden muss?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Frau Merkel, es reicht nicht, dass der Finanzminister hier im Zusammenhang mit Beschlüssen der EU und der G 20 zur Bekämpfung schädlicher Spekulationen zum Ausdruck bringt – Herr Schäuble, Sie haben das vorhin getan –, er sei „ungeduldig“. Ich stelle fest, dass Sie eineinhalb Jahre nach der großen Finanzkrise, die auch Deutschland erfasst hat, keine wesentliche **Maßnahme** gegen diese Spekulationen durchbekommen haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dabei waren Sie immer die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, egal ob in der Großen Koalition oder jetzt mit Schwarz-Gelb. Sie haben aber keinen nennens-

werten Vorschlag durchgesetzt, der die Spekulation eindämmt. Deswegen müssen wir, wenn wir ehrlich sind, sagen: Das Kasino ist weiter offen; es wird nach den alten Regeln der Finanzmärkte spekuliert und gehandelt. Es wäre Ihre Aufgabe als deutsche Bundeskanzlerin, unser Land vor diesen Spekulationen zu schützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Das haben Sie bislang – diese Bilanz ist heute zu ziehen – nicht geschafft.

Der Antrag der Koalition, ein bisschen in die Richtung zu gehen, ist halbherzig. Er leistet nicht, was eigentlich Ihre Aufgabe wäre. Ich fordere Sie deswegen auf, mit diesem Mechanismus aufzuhören: hier eine Ankündigung, dort ein Abwägen, dann ein Rückzug. Wir brauchen substantielle Ergebnisse. Frau Merkel, Ihre Kanzlerschaft wird danach bemessen werden, ob Sie der schädlichen Spekulation auf den Finanzmärkten ein Ende bereiten oder nicht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Darüber werden wir hier in den nächsten Monaten sehr intensiv zu diskutieren haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

(D) Das Wort hat der Kollege Bartholomäus Kalb von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Herbst vor zwei Jahren mussten wir sehr schnell weitreichende Entscheidungen zur Rettung und Stabilisierung des Bankensektors und zur Abwendung der Gefahren aus der internationalen Finanzkrise treffen. Niemand von uns konnte seinerzeit sicher sein, ob diese Maßnahmen hundertprozentig richtig sein würden. Die Maßnahmen waren seinerzeit auch nicht populär; man musste viel Überzeugungsarbeit leisten. Ich habe noch gut im Ohr, dass die Menschen, wenn ich in den Wahlkreis zurückgekommen bin, gesagt haben: Für die Banken habt ihr Geld, aber für uns, für meinen Betrieb, für die Rettung der Arbeitsplätze, die gerade von der Insolvenz bedroht sind, habt ihr keines.

Im Nachhinein hat sich aber herausgestellt, dass die seinerzeitigen Entscheidungen richtig waren, dass sie im Interesse der Menschen waren, dass sie ihnen gedient haben. Die Entscheidungen waren im Interesse der Arbeitnehmer, der Betriebe und der Sparer. Es war im Interesse aller, dass die **Funktionsfähigkeit des Bankensektors** seinerzeit aufrechterhalten wurde. Das waren damals für uns keine leichten Entscheidungen; es ging um schwierige Fragen. Regierung und Parlament haben

Bartholomäus Kalb

- (A) seinerzeit ein Höchstmaß an Verantwortungsbewusstsein an den Tag gelegt.

Heute wissen wir, dass es richtig und gut war: Es wurden weniger Menschen in die Arbeitslosigkeit geschickt als befürchtet. Die Kurzarbeit musste nicht so lange andauern. Die Arbeitslosigkeit ging erfreulich schnell zurück. Der Schaden für die Wirtschaft war nicht so groß wie befürchtet. Das heißt: Die Maßnahmen waren seinerzeit zwar nicht populär, aber sie haben sich als richtig erwiesen; sie waren im **Interesse der Menschen** und dienten ihnen.

So ist es auch heute wieder: Die Entscheidung fällt nicht leicht, die Maßnahmen sind nicht populär, aber wir treffen sie im Interesse der Menschen. Sie dienen nicht nur Griechenland, sondern in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Herr Gabriel ist jetzt nicht im Saal.

(Abg. Sigmar Gabriel [SPD] hebt die Hand)

Kollege Meister hat vorhin darauf hingewiesen: Es war Ihre Regierung unter Gerhard Schröder, die **Hedgefonds** und **Leerverkäufe** in Deutschland zugelassen hat, nicht Frau Merkel. Nur aufgrund einer Vereinbarung der Aufsichten in den USA, Großbritannien und Deutschland wurden Leerverkäufe bei einigen Titeln vorübergehend ausgesetzt. Wenn Sie, Herr Gabriel, schon nicht Frau Merkel, die Bundeskanzlerin, loben wollen, dann sollten Sie zumindest Ihrem früheren Finanzminister Steinbrück die Ehre erweisen. Frau Bundeskanzlerin Merkel und Herr Steinbrück waren es beim Gipfel in Heiligendamm, die sich schon damals um eine stärkere Regulierung der Hedgefonds bemühten.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Leider war die Einsicht bei den Briten und bei den Amerikanern seinerzeit nicht vorhanden.

Wenn Sie weiter die Meinung aufrechterhalten, dass dies richtig ist, dann stimmen Sie dem Gesetz zu und stimmen Sie unserem Entschließungsantrag zu. Hierin ist wortwörtlich aufgeführt, ein Verbot ungedeckter Leerverkäufe von Finanzmarktinstrumenten einzuführen. Also bitte, Sie haben die Möglichkeit, hier mitzumachen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Soweit ich den Bürgern schon in den letzten Wochen und Monaten aufmerksam zugehört habe, so erwarten sie von uns zuallererst, dass wir für die **Stabilität unserer Währung** sorgen. Das ist das wichtigste Anliegen und das vorrangigste Ziel; genau darum geht es. Mit dem heute zu verabschiedenden Gesetz tun wir nach derzeitigem Erkenntnisstand alles Notwendige, um die Stabilität der Währung und des Finanzsektors in der Eurozone zu gewährleisten.

Für die Stabilität der Währung einzutreten, war schon immer das Markenzeichen und das Kernanliegen der Politik von CDU/CSU, und dies aus gutem Grunde. Das Beispiel Griechenland zeigt aber auch, wohin es führt,

wenn ein Land dauerhaft über seine Verhältnisse lebt. (C) Daraus sollten auch wir die Lehren ziehen. Es zeigt auch, dass künftig größere Sorgfalt an den Tag gelegt werden muss, wenn es darum geht, **Kandidaten** aufzunehmen, aber ebenso, wenn es um die Überwachung der **Einhaltung der Kriterien** geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Deshalb ist es gut, dass die Hilfe an strenge Auflagen gebunden ist, die vom Internationalen Währungsfonds überwacht werden. Die Griechen bekommen das Geld nicht bedingungslos zur Verfügung gestellt; es gibt also keine bedingungslose Hilfe.

Wenn uns der Präsident der Deutschen Bundesbank, Herr Professor Dr. Weber, und andere **Fachleute** dringend den Rat geben, diese Maßnahmen zu beschließen, sollten wir diesen Rat nicht in den Wind schlagen. Herr Professor Weber hat in der Anhörung vor zwei Tagen wörtlich gesagt, er halte das Programm für absolut richtig, und andere Fachleute haben sich in ähnlicher Weise geäußert.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Kollege.

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. – Jetzt nicht zu handeln und Griechenland nicht zu helfen, könnte der Beginn eines Erosionsprozesses des Euros sein, mit un-absehbaren Folgen auch für uns. Ich persönlich möchte diese Folgen nicht verantworten müssen. (D)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Leo Dautzenberg von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Leo Dautzenberg (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Abstimmung über den vorliegenden Gesetzentwurf und die vorliegenden Entschließungen haben wir heute eine der wichtigsten Entscheidungen in dieser Legislaturperiode zu treffen. Manche Anmerkungen und manche Redebeiträge waren dem, worüber wir heute zu befinden haben, nicht angemessen; sie waren teilweise, gerade bei Herrn **Gabriel**, im Grunde genommen nur durch Wahlkampfgetöse gekennzeichnet. Wie er manche Zitate verkürzt darstellt nach der ausgezeichneten und grundlegenden Rede unseres Finanzministers, möchte ich mit dem Zitat aus dem *Handelsblatt* belegen, das er eingeführt hat. Das war, Herr Kollege Gabriel – wo ist er denn jetzt? –, vom 30. Dezember 2009.

(Zuruf von der SPD)

– 30. Dezember 2009.

Leo Dautzenberg

- (A) Darin ging es grundsätzlich um die Frage der Haushaltsschwierigkeiten in Griechenland. Schäuble wurde dort zitiert mit den Worten:

„Es wäre falsch verstandene Solidarität, wenn wir den Griechen mit Finanzhilfen unter die Arme greifen würden“, sagte der CDU-Politiker der „Börsenzeitung“. „Wer es haushaltspolitisch so weit hat kommen lassen, muss schwere Konsequenzen tragen.“

Über die Konsequenzen und darüber, was wir zur Grundlage für die Hilfen im Rahmen des Programms des IWF machen, haben wir gemeinsam mit dem IWF und mit der Kommission befunden. Deshalb geht jegliche Kritik, dass hier zu spät gehandelt worden sei, fehl. Hier wird verantwortlich gehandelt: Die Garantien werden erst dann gegeben, wenn die Grundlagen für die Hilfen geschaffen sind. Dieses Programm musste schnell erarbeitet werden und konnte im Grunde nur mit dem Instrumentarium des IWF erarbeitet werden. Es geht über einen Dreijahreszeitraum und wird den Griechen – das muss man zugestehen – sehr viel abverlangen. Das griechische Parlament hat dem gestern in überzeugender Weise zugestimmt. Damit ist eine wesentliche Grundlage für die Hilfen geschaffen.

Wenn einige Kollegen der SPD – fast schon wie bei einem Pawlow'schen Reflex – immer wieder beklagen, dass der Begriff Finanzmarkttransaktionsteuer nicht auftaucht, dann ist das nicht nachvollziehbar. Man darf nicht allein wegen der Begrifflichkeit der Verantwortung, die zu tragen wäre, nicht nachkommen.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD)

Der IWF hatte im Hinblick auf die Finanzmarkttransaktionsteuer einen Prüfauftrag. Wenn wir seinen Bericht lesen, sehen wir, dass der IWF klar festgestellt hat, dass aufgrund der Entscheidungen in großen Währungsräumen eine Finanzmarkttransaktionsteuer keine Chance hat, weil sich die jeweiligen Regierungen – in Deutschland, aber auch im angelsächsischen Raum – stattdessen für eine Bankenabgabe ausgesprochen haben. Wenn die Grundlage dafür, international eine Finanzmarkttransaktionsteuer einzuführen, zur Illusion wird, dann ist es verfehlt, dieser Forderung weiter anzuhängen.

Man muss sich dann für eine Alternative entscheiden. Diese Alternative sehen wir in der Einführung einer Bankenabgabe und in den weiteren Punkten, die der IWF vorgeschlagen hat; so hat die Koalition unter dem letzten Spiegelstrich ihres Entschließungsantrages aufgenommen, dass „ein Verbot ungedeckter Leerverkäufe von Finanzmarktinstrumenten“ eingeführt werden soll. Man könnte das noch ergänzen zu den Bereichen „Bankenabgabe international“ und „Financial Activities Tax“, sozusagen zur Abrundung.

(Joachim Poß [SPD]: Ist abgelehnt worden! – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Stimmt doch gar nicht!)

In der Wirkung ist das so, wie Herr Kuhn es gesagt hat. (C)

Herr Gabriel hat beim Lesen eine selektive Wahrnehmung, wenn er nicht zur Kenntnis nehmen möchte, dass es einen Absatz davor heißt: „Erhebung einer risiko-adjustierten Bankenabgabe“ sowohl in Deutschland als auch demnächst im europäischen Bereich.

Wenn wir die Wirkung einer Finanzmarkttransaktionsteuer finanzwissenschaftlich betrachten, müssen wir feststellen, dass sich im Grunde zwei Zielsetzungen gegenüberstehen: Die einen Protagonisten wollen diese Abgabe wegen der Lenkungsfunction, die anderen verfolgen mit dieser Abgabe rein fiskalische Zielsetzungen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Beide Zielsetzungen zugleich kann man nicht verfolgen. Wenn die Lenkungsfunction im Vordergrund stehen soll, dann muss man sehen – das stellt der IWF in seinem Prüfbericht fest –, dass ein großer Teil der Volumina, die dieser Besteuerung unterworfen werden sollen, an einigen wenigen Orten in der Welt gehandelt werden – nämlich vor allem in New York und in London –, sodass ein eigener Finanzausgleich herbeigeführt werden müsste, um die Einnahmen gleichsam über die Länder zu verteilen. Schon daher ist der Weg, den Sie wollen, nicht gangbar.

Wenn hier gesagt wird, bisher sei nichts unternommen worden, will ich entgegnen: Zielgerichtet hat diese Regierung in ihrem Eckpunktepapier von der nationalen Ebene aus Vorschläge gemacht für eine Bankenabgabe, für ein Insolvenzrecht für Finanzinstitute und für eine effektivere Aufsicht, verbunden mit Restrukturierungsmöglichkeiten. (D)

Darüber hinaus haben wir gestern Abend hier im Plenum einen wichtigen Beitrag von der europäischen Ebene umgesetzt. Es ging darum, die Ratingagenturen einem Regelungsmechanismus zu unterwerfen. Daher gehen Vorwürfe, bisher sei nichts unternommen worden, ins Leere.

Wir müssen uns zum einen auf europäischer Ebene dafür einsetzen – das geschieht auch mit unserem Entschließungsantrag –, dass uns im Stabilitäts- und Wachstumspakt Instrumentarien zur Verfügung stehen, die es im Euro-Raum ermöglichen, zukünftig rechtzeitig auf Fehlentwicklungen in den Ländern einzugehen; das geht bis zur Restrukturierung von Mitgliedstaaten. Wir haben in unserem Entschließungsantrag zum anderen die internationale Ebene angesprochen. Wir möchten in Zukunft keinen Finanzmarkt ohne Regulierung. Dazu leisten wir mit dieser Entschließung wesentliche Beiträge.

Es gibt keine bessere Alternative zu dem, was jetzt im Gesetzentwurf und in den Entschließungen der Koalitionsfraktionen enthalten ist. Ich kann Ihnen die Annahme dieser Vorlagen nur empfehlen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letztem Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich das Wort dem Kollegen Michael Stübgen von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Stübgen (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte am Schluss dieser Debatte zunächst meinen Respekt gegenüber dem griechischen Parlament zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich denke, dass sich jeder Parlamentarier leibhaftig vorstellen kann, unter welcher extrem schwierigen Bedingungen die griechischen Parlamentarier gestern ein notwendiges Reform- und Sparpaket beschließen mussten. Dass es in Griechenland eine überzeugende klare Mehrheit dafür gab – sie war sogar etwas größer, als die dortige Koalition Abgeordnete hat –, ist für mich Beleg dafür, dass dieses Land in der Lage sein wird, zunächst seine eigene Kapitalisierungsfähigkeit wiederzuerlangen und dann in einem längerfristigen Reformprozess zu einer selbstverantwortlichen ausreichenden Haushalts- und Finanzpolitik zurückzufinden.

Ich hätte genauso großen Respekt gehabt, wenn dieses Haus in der Lage gewesen wäre, bei dieser so fundamentalen Entscheidung für Deutschland, für Griechenland und für Europa an eine jahrzehntelang geübte

(B) Tradition anzuschließen, nämlich dass die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten einer Grundentscheidung auch bei unterschiedlichen Auffassungen in Einzelfragen zustimmt. Dies war jahrzehntelang der Fall.

(Beifall des Abg. Dr. Michael Meister [CDU/CSU])

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erinnert sich anscheinend an diese Tradition.

Aber das, was die SPD-Fraktion in dieser Angelegenheit macht, ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Es mag in der Tat sein, dass wir in der Frage der Financial Activities Tax oder Transaktionsteuer unterschiedliche Auffassungen haben; das war immer der Fall. Über diese Fragen werden wir noch viel debattieren, und wir werden viel Wichtiges zu entscheiden haben.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Wir lassen uns von der FDP nicht über den Leisten ziehen!)

Die grundsätzlich notwendige Hilfe für Griechenland ist in einem Paket mit allen Euro-Ländern geschnürt worden. Portugal und Spanien, sozialistisch regierte Länder, sind dabei; Länder, die viel mehr Schwierigkeiten als wir im Moment haben, leisten ihren Beitrag und stimmen zu. Aber die SPD-Fraktion schlägt sich in die Büsche. Das ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Stimmt doch gar nicht!)

(C) Ich will mit großem Ernst sagen: Die Sozialdemokratische Partei hat nach meiner Überzeugung eine große europäische Vergangenheit. Mit Ihrer Entscheidung heute signalisieren Sie allerdings, dass dies offensichtlich nur noch eine Vergangenheit ist. Trotzdem wird dieses Haus dem notwendigen Rettungs- und Unterstützungspaket für Griechenland mit großer Mehrheit zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Noch ein Satz zu den Linken. Es hat niemanden überrascht, dass die Linken, schon bevor die Details dieses Finanzierungspakets auf dem Tisch lagen, erklärt haben, dass sie sowieso dagegenstimmten. Ich bin schon genauso lange im Bundestag, wie die damalige SED-PDS, PDS, PDS/WASG und jetzt die Linke hier vertreten ist. Ich weiß sehr genau, dass diese Fraktion in den letzten 20 Jahren kein einziges Mal in einer kritischen Situation, in der es darum ging, unser Land und Europa zu schützen, Verantwortung übernommen hat. Immer und überall haben Sie sich mit populistischen Sprüchen herausgedet, in der Hoffnung, Menschen, die verängstigt sind und das Ganze kritisch sehen, Stimmen billig abzukufen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Noch etwas muss man sagen: Wenn die Linke in diesem Haus Regierungsverantwortung hätte, dann hätte sich der IWF schon längst mit uns beschäftigt, lange bevor das bei Griechenland notwendig war. Das ist doch offensichtlich.

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz ein weiteres Thema ansprechen. Ich habe bei den meisten Reden der Vertreter der Oppositionsfractionen eine beunruhigende Einseitigkeit festgestellt. Natürlich ist es richtig, dass wir die Finanzmärkte stärker regulieren, als das bisher der Fall war. Aber mit Ihren Behauptungen, dass an der Griechenlandkrise und der Krise der Euro-Zone ausschließlich Spekulanten und Finanzmärkte schuld sind, springen Sie viel zu kurz. Es reicht nicht aus, mit langem Finger auf die Finanzmärkte zu zeigen. Wir müssen uns mit den eigentlichen Ursachen der Krise der Euro-Zone beschäftigen. Diese liegen im Wesentlichen in falschen Entscheidungen und in nicht ausreichenden Kontrollstrukturen in der Europäischen Union.

In unserem Entschließungsantrag haben wir die notwendigen Reformschritte dargestellt. Ich kann dem ganzen Haus nur empfehlen, diesem Entschließungsantrag zuzustimmen. Wir werden in Zukunft dafür sorgen, dass diese Schritte rechtzeitig umgesetzt werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, will ich Ihnen bekannt geben, dass eine große Anzahl von schriftlichen

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A) persönlichen Erklärungen nach § 31 der Geschäftsordnung vorliegt, die wir zu Protokoll nehmen.¹⁾

Damit kommen wir zur Abstimmung über den von den Fraktionen CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurf eines Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetzes. Der Haushaltsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, Drucksachen 17/1561 und 17/1562, den Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/1544 in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke und Enthaltung der SPD-Fraktion angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt liegen neun namentliche Abstimmungen vor uns. Ich bitte, genau aufzupassen, damit man den Überblick nicht verliert.

Es ist jetzt gerade noch eine namentliche Abstimmung hinzugekommen. Es geht um den Änderungsantrag auf Drucksache 17/1656, die Ihnen vorliegt; sie ist auf rosafarbenem Papier gedruckt und gerade verteilt worden. Von den Koalitionsfraktionen wird gefordert, den letzten Spiegelstrich des vorliegenden Entschließungsantrages auf Drucksache 17/1641 zu verändern. Das kann jeder nachlesen. Wenn ich es richtig verstehe, geht es um das, was der Außenminister in seiner Rede vorgeschlagen hat.

Zunächst jedoch zur

(B) **Dritten Beratung**

und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfs, über den namentlich abgestimmt wird.

Ich möchte daran erinnern, dass wir im Anschluss daran noch acht weitere namentliche Abstimmungen durchzuführen haben. Bei drei namentlichen Abstimmungen geht es um Änderungsanträge zu dem Entschließungsantrag auf Drucksache 17/1641. Wenn diese Abstimmungen erfolgt sind, müssen wir die Sitzung unterbrechen. Wenn klar ist, wie abgestimmt worden ist, kann über die fünf Entschließungsanträge abgestimmt werden.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Das ist offenkundig der Fall. Ich eröffne die Abstimmung über den Gesetzentwurf.

¹⁾ Anlagen 2 bis 7

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarten eingeworfen? – Das ist offenkundig der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte, auszuzählen.²⁾ (C)

Wir kommen nun zu den weiteren namentlichen Abstimmungen.

Zunächst stimmen wir über die Änderungsanträge zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/1641 ab. Es handelt sich um einen Änderungsantrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP sowie zwei Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Über diese drei Änderungsanträge stimmen wir zunächst ab.

Als Erstes kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 17/1656. Ich bitte, abzustimmen.

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarte eingeworfen? – Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte, auszuzählen.³⁾

Wir kommen jetzt zu dem ersten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/1647. Ich bitte, abzustimmen.

Sind jetzt alle Stimmkarten eingeworfen? Hat jemand seine Stimmkarte noch nicht eingeworfen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte, auszuzählen.⁴⁾

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den zweiten Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/1648. Ich bitte, abzustimmen. (D)

Gibt es noch Kolleginnen und Kollegen, die ihre Stimmkarte nicht eingeworfen haben?

Haben jetzt alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarten eingeworfen? – Ich schließe auch diesen Wahlgang und bitte, auszuzählen.⁵⁾

Zunächst gebe ich Ihnen das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über den Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP bekannt: abgegebene Stimmen 601. Mit Ja haben gestimmt 390, mit Nein 72, Enthaltungen 139. Der Gesetzentwurf ist angenommen.

²⁾ Ergebnis Seite 4019 D

³⁾ Ergebnis Seite 4022 D

⁴⁾ Ergebnis Seite 4025 A

⁵⁾ Ergebnis Seite 4028 A

Endgültiges Ergebnis		Ja
Abgegebene Stimmen:	602;	CDU/CSU
davon		
ja:	391	Ilse Aigner
nein:	72	Peter Altmaier
enthalten:	139	Peter Aumer
		Dorothee Bär
		Thomas Bareiß

Norbert Barthle	Steffen Bilger
Günter Baumann	Clemens Binninger
Ernst-Reinhard Beck	Peter Bleser
(Reutlingen)	Dr. Maria Böhmer
Manfred Behrens (Börde)	Wolfgang Börnsen
Veronika Bellmann	(Bönstrup)
Dr. Christoph Bergner	Wolfgang Bosbach
Peter Beyer	Norbert Brackmann

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- | | | | | | |
|-----|--|---|--|--|-----|
| (A) | <p>Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Ingo Gädechens
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos</p> | <p>Thomas Jarzombek
Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kieseewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klamt
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppe
Dr. Kristina Schröder
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein</p> | <p>Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüdell
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storzjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)</p> | <p>Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew</p> | (C) |
| | | | <p>SPD
Dr. Eva Högl
Hans-Ulrich Klose
Michael Roth (Heringen)
Dr. Angelica Schwall-Düren</p> | | |
| | | | <p>FDP
Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombek
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Hausteil
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober</p> | (D) | |
| (B) | <p>Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger</p> | | | | |

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- (A) Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann
(Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-
Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
(B) Björn Sänger
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel
(Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

- Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner

- Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Habelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-
Kuhn
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Josef Philip Winkler

Nein**CDU/CSU**

- Alexander Funk
Dr. Peter Gauweiler
Manfred Kolbe
Klaus-Peter Willsch

FDP

- Frank Schäffler

DIE LINKE

- Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsich
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich

Enthalten**SPD**

- Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann
(Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl

(C)

(D)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)	Angelika Krüger-Leißner Ute Kumpf Christine Lambrecht Christian Lange (Backnang) Dr. Karl Lauterbach Steffen-Claudio Lemme Burkhard Lischka Gabriele Lösekrug-Möller Kirsten Lühmann Caren Marks Katja Mast Hilde Mattheis Petra Merkel (Berlin) Ullrich Meßmer Dr. Matthias Miersch Franz Müntefering Dr. Rolf Mützenich Andrea Nahles Dietmar Nietan Manfred Nink Thomas Oppermann	Holger Ortel Aydan Özoğuz Heinz Paula Johannes Pflug Joachim Poß Dr. Wilhelm Priesmeier Florian Pronold Dr. Sascha Raabe Mechthild Rawert Gerold Reichenbach Dr. Carola Reimann Sönke Rix René Röspel Dr. Ernst Dieter Rossmann Karin Roth (Esslingen) Marlene Rupprecht (Tuchenbach) Anton Schaaf Axel Schäfer (Bochum) Bernd Scheelen	Marianne Schieder (Schwandorf) Werner Schieder (Weiden) Ulla Schmidt (Aachen) Carsten Schneider (Erfurt) Olaf Scholz Ottmar Schreiner Swen Schulz (Spandau) Ewald Schurer Frank Schwabe Dr. Martin Schwanholz Rolf Schwanitz Stefan Schwartz Dr. Carsten Sieling Sonja Steffen Peer Steinbrück Dr. Frank-Walter Steinmeier Christoph Strässer Kerstin Tack Dr. h. c. Wolfgang Thierse Franz Thönnies	Wolfgang Tiefensee Rüdiger Veit Ute Vogt Dr. Marlies Volkmer Andrea Wicklein Heidemarie Wieczorek-Zeul Dr. Dieter Wiefelspütz Waltraud Wolff (Wolmirstedt) Dagmar Ziegler Manfred Zöllmer Brigitte Zypries	(C)
			BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Uwe Keckeritz Monika Lazar Lisa Paus Hans-Christian Ströbele Dr. Valerie Wilms		

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die Geschäftsführer haben, um Zeit zu sparen, vereinbart, jetzt nicht zu unterbrechen, sondern mit den Abstimmungen fortzufahren. Das geht, wenn wir mit den Anträgen der Oppositionsfractionen beginnen und den Antrag der Koalitionsfractionen zurückstellen. Über diesen Antrag stimmen wir dann als Letztes ab, weil wir dafür erst die Ergebnisse der Abstimmungen über die drei Änderungsanträge von vorhin brauchen.

(B)

Wir kommen deshalb jetzt zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/1639. Ich bitte, mit der Abstimmung zu beginnen.

Haben jetzt alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarte eingeworfen? – Ich schließe den Wahlgang und bitte, auszuzählen.¹⁾

Wir kommen jetzt zu dem Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/1637. Ich bitte, abzustimmen.

Haben Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarte noch nicht eingeworfen? – Ich schließe den Wahlgang und bitte, auszuzählen.²⁾

Wir kommen jetzt zu einem weiteren Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/1638. Ich bitte, mit der Abstimmung zu beginnen.

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarten eingeworfen? – Ich schließe den Wahlgang und bitte, auszuzählen.³⁾

¹⁾ Ergebnis Seite 4036 C

²⁾ Ergebnis Seite 4038 D

³⁾ Ergebnis Seite 4041 C

Wir kommen jetzt zu dem Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/1640. Ich bitte, abzustimmen.

Haben bei dieser vorletzten namentlichen Abstimmung jetzt alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarte eingeworfen? – Ich schließe den Wahlgang und bitte, auszuzählen.⁴⁾

(D)

Ich unterbreche kurz die Sitzung, bis die Ergebnisse zu den Änderungsanträgen vorliegen, weil wir diese für die letzte namentliche Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP brauchen.

(Unterbrechung von 12.13 bis 12.18 Uhr)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen zunächst die von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten **Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen über die drei Änderungsanträge** bekannt.

Namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP auf Drucksache 17/1656 zu dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP: Abgegebene Stimmen 599. Mit Ja haben gestimmt 328, mit Nein 271, keine Enthaltungen. Der Änderungsantrag ist damit angenommen.

⁴⁾ Ergebnis Seite 4043 D

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)	Endgültiges Ergebnis	Dr. Wolfgang Götzer	Andreas G. Lämmel	Georg Schirmbeck	(C)
	Abgegebene Stimmen: 599;	Ute Granold	Dr. Norbert Lammert	Christian Schmidt (Fürth)	
	davon	Reinhard Grindel	Katharina Landgraf	Patrick Schnieder	
	ja: 328	Hermann Gröhe	Ulrich Lange	Dr. Andreas Schockenhoff	
	nein: 271	Michael Grosse-Brömer	Dr. Max Lehmer	Dr. Ole Schröder	
		Markus Grübel	Paul Lehrieder	Bernhard Schulte-Drüggelte	
		Manfred Grund	Dr. Ursula von der Leyen	Uwe Schummer	
		Monika Grütters	Ingbert Liebing	Armin Schuster (Weil am Rhein)	
		Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg	Matthias Lietz	Detlef Seif	
		Olav Gutting	Dr. Carsten Linnemann	Johannes Selle	
		Florian Hahn	Patricia Lips	Reinhold Sendker	
		Holger Haibach	Dr. Jan-Marco Luczak	Dr. Patrick Sensburg	
		Dr. Stephan Harbarth	Dr. Michael Luther	Thomas Silberhorn	
		Jürgen Hardt	Karin Maag	Johannes Singhammer	
		Gerda Hasselfeldt	Dr. Thomas de Maizière	Jens Spahn	
		Dr. Matthias Heider	Hans-Georg von der Marwitz	Carola Stauche	
		Mechthild Heil	Andreas Mattfeldt	Dr. Frank Steffel	
		Ursula Heinen-Esser	Stephan Mayer (Altötting)	Erika Steinbach	
		Frank Heinrich	Dr. Michael Meister	Christian Freiherr von Stetten	
		Rudolf Henke	Dr. Angela Merkel	Dieter Stier	
		Michael Hennrich	Maria Michalk	Gero Storjohann	
		Jürgen Herrmann	Dr. h. c. Hans Michelbach	Stephan Stracke	
		Ansgar Heveling	Dr. Mathias Middelberg	Max Straubinger	
		Ernst Hinsken	Philipp Mißfelder	Karin Strenz	
		Peter Hintze	Dietrich Monstadt	Thomas Strobl (Heilbronn)	
		Christian Hirte	Marlene Mortler	Lena Strothmann	
		Robert Hochbaum	Dr. Gerd Müller	Michael Stübgen	
		Karl Holmeier	Stefan Müller (Erlangen)	Dr. Peter Tauber	
		Franz-Josef Holzenkamp	Nadine Müller (St. Wendel)	Antje Tillmann	
		Joachim Hörster	Dr. Philipp Murmann	Dr. Hans-Peter Uhl	
		Anette Hübinger	Bernd Neumann (Bremen)	Arnold Vaatz	
		Thomas Jarzombek	Michaela Noll	Volkmar Vogel (Kleinsaara)	
		Dieter Jasper	Dr. Georg Nüßlein	Stefanie Vogelsang	
		Dr. Franz Josef Jung	Franz Obermeier	Andrea Astrid Voßhoff	(D)
		Dr. Egon Jüttner	Eduard Oswald	Dr. Johann Wadehul	
		Bartholomäus Kalb	Henning Otte	Marco Wanderwitz	
		Hans-Werner Kammer	Dr. Michael Paul	Kai Wegner	
		Steffen Kampeter	Rita Pawelski	Marcus Weinberg (Hamburg)	
		Alois Karl	Ulrich Petzold	Peter Weiß (Emmendingen)	
		Bernhard Kaster	Dr. Joachim Pfeiffer	Sabine Weiss (Wesel I)	
		Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)	Sibylle Pfeiffer	Ingo Wellenreuther	
		Volker Kauder	Beatrix Philipp	Karl-Georg Wellmann	
		Dr. Stefan Kaufmann	Ronald Pofalla	Peter Wichtel	
		Roderich Kiesewetter	Christoph Poland	Annette Widmann-Mauz	
		Eckart von Klaeden	Ruprecht Polenz	Klaus-Peter Willsch	
		Ewa Klant	Eckhard Pols	Elisabeth Winkelmeier-Becker	
		Volkmar Klein	Lucia Puttrich	Dagmar Wöhrl	
		Jürgen Klimke	Daniela Raab	Dr. Matthias Zimmer	
		Julia Klöckner	Thomas Rachel	Wolfgang Zöllner	
		Axel Knoerig	Dr. Peter Ramsauer	Willi Zylajew	
		Jens Koeppen	Eckhardt Rehberg		
		Dr. Kristina Schröder (Wiesbaden)	Katherina Reiche (Potsdam)		
		Manfred Kolbe	Lothar Riebsamen		
		Dr. Rolf Koschorrek	Josef Rief	FDP	
		Hartmut Koschyk	Klaus Riegert	Jens Ackermann	
		Thomas Kossendey	Dr. Heinz Riesenhuber	Christian Ahrendt	
		Michael Kretschmer	Johannes Röring	Christine Aschenberg-Dugnus	
		Gunther Krichbaum	Dr. Norbert Röttgen	Daniel Bahr (Münster)	
		Dr. Günter Krings	Dr. Christian Ruck	Florian Bernschneider	
		Rüdiger Kruse	Erwin Josef Rüddel	Sebastian Blumenthal	
		Bettina Kudla	Albert Rupprecht (Weiden)	Claudia Bögel	
		Dr. Hermann Kues	Anita Schäfer (Saalstadt)	Nicole Bracht-Bendt	
		Günter Lach	Dr. Wolfgang Schäuble	Klaus Breil	
		Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)	Dr. Annette Schavan	Rainer Brüderle	
			Dr. Andreas Scheuer	Angelika Brunkhorst	
			Karl Schiewerling	Ernst Burgbacher	
			Norbert Schindler	Marco Buschmann	
			Tankred Schipanski		

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- | | | | | | |
|-----|---|---|--|--|-----|
| (A) | Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Hausteil
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling | Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr) | Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lüthmann
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Petra Merkel (Berlin)
Ulrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupperecht (Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder (Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen) | Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartz
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries | (C) |
| | Nein | | | | |
| | CDU/CSU | | | | |
| | Dr. Peter Gauweiler | | | | |
| | SPD | | | | |
| | Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegfried Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann | | | | |
| (B) | | | DIE LINKE
Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsck | (D) | |

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)	Thomas Lutze Ulrich Maurer Dorothee Menzner Cornelia Möhring Kornelia Möller Niema Movassat Wolfgang Nešković Thomas Nord Petra Pau Jens Petermann Richard Pitterle Yvonne Plötz Michael Schlecht Dr. Herbert Schui Dr. Ilja Seifert Kathrin Senger-Schäfer Raju Sharma Dr. Petra Sitte Kersten Steinke Sabine Stüber Alexander Süßmair Dr. Kirsten Tackmann Frank Tempel Dr. Axel Troost Alexander Ulrich	Kathrin Vogler Sahra Wagenknecht Halina Wawzyniak Harald Weinberg Jörn Wunderlich BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Kerstin Andreae Marieluise Beck (Bremen) Volker Beck (Köln) Birgitt Bender Alexander Bonde Viola von Cramon-Taubadel Ekin Deligöz Katja Dörner Hans-Josef Fell Dr. Thomas Gambke Kai Gehring Katrin Göring-Eckardt Britta Haßelmann Bettina Herlitzius Winfried Hermann Priska Hinz (Herborn) Ulrike Höfken	Dr. Anton Hofreiter Bärbel Höhn Ingrid Hönlinger Thilo Hoppe Uwe Kekeritz Katja Keul Memet Kilic Sven-Christian Kindler Maria Klein-Schmeink Ute Koczy Tom Koenigs Sylvia Kotting-Uhl Oliver Krischer Agnes Krumwiede Fritz Kuhn Stephan Kühn Renate Künast Markus Kurth Undine Kurth (Quedlinburg) Monika Lazar Nicole Maisch Agnes Malczak Jerzy Montag Kerstin Müller (Köln) Beate Müller-Gemmeke	Ingrid Nestle Dr. Konstantin von Notz Omid Nouripour Friedrich Ostendorff Dr. Hermann Ott Lisa Paus Brigitte Pothmer Tabea Rößner Claudia Roth (Augsburg) Krista Sager Manuel Sarrazin Christine Scheel Dr. Gerhard Schick Dr. Frithjof Schmidt Dorothea Steiner Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn Hans-Christian Ströbele Dr. Harald Teppe Markus Tressel Jürgen Trittin Daniela Wagner Wolfgang Wieland Dr. Valerie Wilms Josef Philip Winkler	(C)
-----	--	--	--	--	-----

Dann kommen wir zu der namentlichen Abstimmung über den ersten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/1647 zu diesem Entschließungsantrag: Abgegebene Stimmen 601.

Mit Ja haben gestimmt 206, mit Nein haben gestimmt 328, Enthaltungen 67. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(B) (D)

Endgültiges Ergebnis Abgegebene Stimmen: 600; davon ja: 205 nein: 328 enthalten: 67 Ja SPD Ingrid Arndt-Brauer Heinz-Joachim Barchmann Doris Barnett Dr. Hans-Peter Bartels Klaus Barthel Sören Bartol Bärbel Bas Sabine Bätzing-Lichtenthäler Uwe Beckmeyer Lothar Binding (Heidelberg) Gerd Bollmann Klaus Brandner Willi Brase Marco Bülow Ulla Burchardt Martin Burkert Petra Crone	Dr. Peter Danckert Martin Dörmann Elvira Drobinski-Weiß Garrelt Duin Sebastian Edathy Siegmund Ehrmann Dr. h. c. Gernot Erler Petra Ernstberger Karin Evers-Meyer Elke Ferner Gabriele Fograscher Dr. Edgar Franke Dagmar Freitag Peter Friedrich Sigmar Gabriel Michael Gerdes Martin Gerster Iris Gleicke Günter Gloser Ulrike Gottschalck Angelika Graf (Rosenheim) Michael Groschek Michael Groß Wolfgang Gunkel Hans-Joachim Hacker Bettina Hagedorn Klaus Hagemann Michael Hartmann (Wackernheim)	Hubertus Heil (Peine) Rolf Hempelmann Dr. Barbara Hendricks Gustav Herzog Gabriele Hiller-Ohm Petra Hinz (Essen) Frank Hofmann (Volkach) Dr. Eva Högl Christel Humme Josip Juratovic Oliver Kaczmarek Johannes Kahrs Dr. h. c. Susanne Kastner Ulrich Kelber Lars Klingbeil Hans-Ulrich Klose Dr. Bärbel Kofler Daniela Kolbe (Leipzig) Fritz Rudolf Körper Anette Kramme Nicolette Kressl Angelika Krüger-Leißner Ute Kumpf Christine Lambrecht Christian Lange (Backnang) Dr. Karl Lauterbach Steffen-Claudio Lemme Burkhard Lischka Gabriele Lösekrug-Möller	Kirsten Lühmann Caren Marks Katja Mast Hilde Mattheis Petra Merkel (Berlin) Ullrich Meßmer Dr. Matthias Miersch Franz Müntefering Dr. Rolf Mützenich Andrea Nahles Dietmar Nietan Manfred Nink Thomas Oppermann Holger Ortel Aydan Özoğuz Heinz Paula Johannes Pflug Joachim Poß Dr. Wilhelm Priesmeier Florian Pronold Dr. Sascha Raabe Mechthild Rawert Gerold Reichenbach Dr. Carola Reimann Sönke Rix René Röspel Dr. Ernst Dieter Rossmann Karin Roth (Esslingen) Michael Roth (Heringen)
--	---	---	--

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- | | | | | | |
|-----|---|---|--|---|-----|
| (A) | <p>Marlene Rupprecht
(Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder
(Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartz
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)</p> <p>BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN</p> <p>Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink</p> | <p>Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kottling-Uhl
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Elisabeth Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-
Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler</p> <p>Nein</p> <p>CDU/CSU</p> <p>Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand</p> | <p>Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-
Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu
Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübing
Thomas Jarzombek</p> | <p>Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-
Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klamt
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koepfen
Dr. Kristina Schröder
(Wiesbaden)
Manfred Kolbe
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers
(Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier</p> | (C) |
| (B) | | | | (D) | |

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- | | | | | | | | |
|-----|---|---|---|---|--|-----|-----|
| (A) | Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schimbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storzjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl | Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrle
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew | FDP
Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschröder
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Grub
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Hausteiner
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb | Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabi Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr) | Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzscher
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich | (C) | (D) |
|-----|---|---|---|---|--|-----|-----|

Enthalten**DIE LINKE**

Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- (A) Dann kommen wir zu dem zweiten Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/1648 zu dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen: Ab-
gegebene Stimmen 597. Mit Ja haben gestimmt 205, mit Nein 325, Enthaltungen 67. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt. (C)

Endgültiges Ergebnis

Abgegebene Stimmen: 598;
davon
ja: 205
nein: 326
enthalten: 67

Ja**CDU/CSU**

Manfred Kolbe

SPD

Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
(B) Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegmond Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Glöser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann
(Wackernheim)

Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht
(Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)

Bernd Scheelen
Marianne Schieder
(Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartz
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wiczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz

Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-
Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

Nein**CDU/CSU**

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann

(D)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

- | | | | | | |
|-----|--|---|--|--|-----|
| (A) | Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-
Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof) | Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Thomas Jarzombek
Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-
Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kieseewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klamt
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Kristina Schröder
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers
(Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg | Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am
Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke | Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-
Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew | (C) |
| | | | FDP
Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-
Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschrneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Bröderle
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Hauste
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp | (D) | |
| (B) | Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu
Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke | | | | |

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A)	Michael Kauch Dr. Lutz Knopek Pascal Kober Dr. Heinrich L. Kolb Hellmut Königshaus Gudrun Kopp Dr. h. c. Jürgen Koppelin Sebastian Körber Patrick Kurth (Kyffhäuser) Heinz Lanfermann Sibylle Laurischk Harald Leibrecht Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Lars Lindemann Christian Lindner Michael Link (Heilbronn) Dr. Erwin Lotter Oliver Luksic Horst Meierhofer Patrick Meinhardt Gabriele Molitor Jan Mücke Petra Müller (Aachen) Burkhardt Müller-Sönksen Dr. Martin Neumann (Lausitz) Dirk Niebel Hans-Joachim Otto (Frankfurt) Cornelia Pieper Gisela Piltz	Dr. Christiane Ratjen-Damerau Dr. Birgit Reinemund Dr. Peter Röhlinger Dr. Stefan Ruppert Björn Sänger Frank Schäffler Christoph Schnurr Jimmy Schulz Marina Schuster Dr. Erik Schweickert Werner Simmling Judith Skudelny Dr. Hermann Otto Solms Joachim Spatz Dr. Max Stadler Torsten Staffeldt Dr. Rainer Stinner Stephan Thomae Florian Toncar Serkan Tören Johannes Vogel (Lüdenscheid) Dr. Daniel Volk Dr. Guido Westerwelle Dr. Claudia Winterstein Dr. Volker Wissing Hartfrid Wolff (Rems-Murr)	Agnes Alpers Dr. Dietmar Bartsch Herbert Behrens Matthias W. Birkwald Heidrun Bluhm Steffen Bockhahn Christine Buchholz Eva Bulling-Schröter Roland Claus Sevim Dağdelen Dr. Diether Dehm Heidrun Dittrich Werner Dreibus Dr. Dagmar Enkelmann Klaus Ernst Nicole Gohlke Diana Golze Annette Groth Heike Hänsel Dr. Rosemarie Hein Inge Höger Dr. Barbara Höll Andrej Konstantin Hunko Dr. Lukrezia Jochimsen Katja Kipping Harald Koch Jan Korte Jutta Krellmann Katrin Kunert Caren Lay Sabine Leidig Ralph Lenkert Michael Leutert	Stefan Liebich Ulla Lötzer Dr. Gesine Lötzsck Thomas Lutze Ulrich Maurer Dorothee Menzner Cornelia Möhring Kornelia Möller Niema Movassat Wolfgang Nešković Thomas Nord Petra Pau Jens Petermann Richard Pitterle Yvonne Ploetz Michael Schlecht Dr. Herbert Schui Dr. Ilja Seifert Kathrin Senger-Schäfer Raju Sharma Dr. Petra Sitte Kersten Steinke Sabine Stüber Alexander Süßmair Dr. Kirsten Tackmann Frank Tempel Dr. Axel Troost Alexander Ulrich Kathrin Vogler Sahra Wagenknecht Halina Wawzyniak Harald Weinberg Jörn Wunderlich	(C)
	Enthalten				
	DIE LINKE				
	Jan van Aken				

(B) (D)

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/1641 in der soeben geänderten Fassung.

Wie ich sehe, haben die Schriftführerinnen und Schriftführer die vorgesehenen Plätze eingenommen. Ich eröffne die Abstimmung. Das ist auch die letzte namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimmkarte eingeworfen? – Ich glaube, das ist der Fall. Ich schließe den Wahlgang und bitte, auszuzählen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekanntgegeben.¹⁾

Interfraktionell ist vereinbart, die **heutige Tagesordnung** um die Beratung der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses auf Drucksache 17/1646 zu Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu erweitern und diese jetzt als Zusatzpunkt 11 aufzurufen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Zusatzpunkt 11 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

zu Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz

– Drucksache 17/1646 –

Berichterstattung:
Abgeordneter Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses zu Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz, Drucksache 17/1646.

Der Rechtsausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, im Streitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das genannte Gesetz Stellung zu nehmen und den Präsidenten zu bitten, Professor Dr. Franz Mayer als Prozessbevollmächtigten zu bestellen. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Grünen haben sich nicht beteiligt, aber die Mehrheit ist geklärt. Die Koalitionsfraktionen haben zugestimmt. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben auch zugestimmt! – Weiterer Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben wir gerade festgestellt!)

¹⁾ Ergebnis Seite 4046 C

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms

(A) – Sie haben zugestimmt? – Dann ist die Mehrheit noch erweitert worden um die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(C)

(B)

(D)

Johannes Singhammer

(A)

Endgültiges Ergebnis		
Abgegebene Stimmen:	599;	Dr. Edgar Franke
davon		Dagmar Freitag
ja:	204	Peter Friedrich
nein:	395	Sigmar Gabriel
		Michael Gerdes
		Martin Gerster
		Iris Gleicke
		Günter Gloser
Ja		Ulrike Gottschalck
(B) CDU/CSU		Angelika Graf (Rosenheim)
Josef Göppel		Michael Groschek
		Michael Groß
SPD		Wolfgang Gunkel
Ingrid Arndt-Brauer		Hans-Joachim Hacker
Heinz-Joachim Barchmann		Bettina Hagedorn
Doris Barnett		Klaus Hagemann
Dr. Hans-Peter Bartels		Michael Hartmann
Klaus Barthel		(Wackernheim)
Sören Bartol		Hubertus Heil (Peine)
Bärbel Bas		Rolf Hempelmann
Sabine Bätzing-Lichtenthäler		Dr. Barbara Hendricks
Uwe Beckmeyer		Gustav Herzog
Lothar Binding (Heidelberg)		Gabriele Hiller-Ohm
Gerd Bollmann		Petra Hinz (Essen)
Klaus Brandner		Frank Hofmann (Volkach)
Willi Brase		Dr. Eva Högl
Marco Bülow		Christel Humme
Ulla Burchardt		Josip Juratovic
Martin Burkert		Oliver Kaczmarek
Petra Crone		Johannes Kahrs
Dr. Peter Danckert		Dr. h. c. Susanne Kastner
Martin Dörmann		Ulrich Kelber
Elvira Drobinski-Weiß		Lars Klingbeil
Garrelt Duin		Hans-Ulrich Klose
Sebastian Edathy		Dr. Bärbel Kofler
Siegfried Ehrmann		Daniela Kolbe (Leipzig)
Dr. h. c. Gernot Erler		Fritz Rudolf Körper
Petra Ernstberger		Anette Kramme
Karin Evers-Meyer		Nicolette Kressl
Elke Ferner		Angelika Krüger-Leißner
Gabriele Fograscher		Ute Kumpf
		Christine Lambrecht

Vizepräsidentin Petra Pau:

Wir kommen zurück zum Tagesordnungspunkt 23. Ich gebe Ihnen die von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten **Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen zu den Entschließungsanträgen** bekannt.

Zunächst gebe ich Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/1639 zur Dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz bekannt: abgegebene Stimmen 598. Mit Ja haben 204 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein haben 394 gestimmt; es gab keine Enthaltungen. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

(C)

Christian Lange (Backnang)	Olaf Scholz
Dr. Karl Lauterbach	Ottmar Schreiner
Steffen-Claudio Lemme	Swen Schulz (Spandau)
Burkhard Lischka	Ewald Schurer
Gabriele Lösekrug-Möller	Frank Schwabe
Kirsten Lühmann	Dr. Angelica Schwall-Düren
Caren Marks	Dr. Martin Schwanholz
Katja Mast	Rolf Schwanitz
Petra Merkel (Berlin)	Stefan Schwartze
Ullrich Meßmer	Dr. Carsten Sieling
Dr. Matthias Miersch	Sonja Steffen
Franz Müntefering	Peer Steinbrück
Dr. Rolf Mützenich	Dr. Frank-Walter Steinmeier
Andrea Nahles	Christoph Strässer
Dietmar Nietan	Kerstin Tack
Manfred Nink	Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Thomas Oppermann	Franz Thönnies
Holger Ortel	Wolfgang Tiefensee
Aydan Özoğuz	Rüdiger Veit
Heinz Paula	Ute Vogt
Johannes Pflug	Dr. Marlies Volkmer
Joachim Poß	Andrea Wicklein
Dr. Wilhelm Priesmeier	Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Sascha Raabe	Dr. Dieter Wiefelspütz
Mechthild Rawert	Waltraud Wolff
Gerold Reichenbach	(Wolmirstedt)
Dr. Carola Reimann	Dagmar Ziegler
Sönke Rix	Manfred Zöllmer
René Röspel	Brigitte Zypries
Dr. Ernst Dieter Rossmann	
Karin Roth (Esslingen)	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Michael Roth (Heringen)	Kerstin Andreae
Marlene Rupprecht	Marieluise Beck (Bremen)
(Tuchenbach)	Volker Beck (Köln)
Anton SchAAF	Birgitt Bender
Axel Schäfer (Bochum)	Alexander Bonde
Bernd Scheelen	Viola von Cramon-Taubadel
Marianne Schieder	Ekin Deligöz
(Schwandorf)	Katja Dörner
Werner Schieder (Weiden)	Hans-Josef Fell
Ulla Schmidt (Aachen)	Dr. Thomas Gambke
Carsten Schneider (Erfurt)	

(D)

Vizepräsidentin Petra Pau

- | | | | | |
|-----|--|--|---|---|
| (A) | <p>Kai Gehring
 Katrin Göring-Eckardt
 Britta Haßelmann
 Bettina Herlitzius
 Winfried Herrmann
 Priska Hinz (Herborn)
 Ulrike Höfken
 Dr. Anton Hofreiter
 Bärbel Höhn
 Ingrid Hönlinger
 Thilo Hoppe
 Uwe Kekeritz
 Katja Keul
 Memet Kilic
 Sven-Christian Kindler
 Maria Klein-Schmeink
 Ute Koczy
 Tom Koenigs
 Sylvia Kotting-Uhl
 Oliver Krischer
 Agnes Krumwiede
 Fritz Kuhn
 Stephan Kühn
 Renate Künast
 Markus Kurth
 Undine Kurth (Quedlinburg)
 Monika Lazar
 Nicole Maisch
 Agnes Malczak
 Jerzy Montag
 Kerstin Müller (Köln)
 Beate Müller-Gemmeke
 Ingrid Nestle
 Dr. Konstantin von Notz
 Omid Nouripour
 Friedrich Ostendorff
 Dr. Hermann Ott
 Lisa Paus
 Brigitte Pothmer
 Tabea Rößner
 Claudia Roth (Augsburg)
 Krista Sager
 Manuel Sarrazin
 Christine Scheel
 Dr. Gerhard Schick
 Dr. Frithjof Schmidt
 Dorothea Steiner
 Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
 Hans-Christian Ströbele
 Dr. Harald Terpe
 Markus Tressel
 Jürgen Trittin
 Daniela Wagner
 Wolfgang Wieland
 Dr. Valerie Wilms
 Josef Philip Winkler</p> | <p>Ernst-Reinhard Beck
 (Reutlingen)
 Manfred Behrens (Börde)
 Veronika Bellmann
 Dr. Christoph Bergner
 Peter Beyer
 Steffen Bilger
 Clemens Binninger
 Peter Bleser
 Dr. Maria Böhmer
 Wolfgang Börnsen
 (Bönstrup)
 Wolfgang Bosbach
 Norbert Brackmann
 Klaus Brähmig
 Michael Brand
 Dr. Reinhard Brandl
 Helmut Brandt
 Dr. Ralf Brauksiepe
 Dr. Helge Braun
 Heike Brehmer
 Ralph Brinkhaus
 Leo Dautzenberg
 Alexander Dobrindt
 Thomas Dörflinger
 Marie-Luise Dött
 Dr. Thomas Feist
 Enak Ferlemann
 Ingrid Fischbach
 Hartwig Fischer (Göttingen)
 Dirk Fischer (Hamburg)
 Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
 Dr. Maria Flachsbath
 Klaus-Peter Flosbach
 Herbert Frankenhauser
 Dr. Hans-Peter Friedrich
 (Hof)
 Michael Frieser
 Erich G. Fritz
 Dr. Michael Fuchs
 Hans-Joachim Fuchtel
 Alexander Funk
 Ingo Gädechens
 Dr. Peter Gauweiler
 Dr. Thomas Gebhart
 Norbert Geis
 Alois Gerig
 Eberhard Gienger
 Michael Glos
 Peter Götz
 Dr. Wolfgang Götzer
 Ute Granold
 Reinhard Grindel
 Hermann Gröhe
 Michael Grosse-Brömer
 Markus Grübel
 Manfred Grund
 Monika Grütters
 Dr. Karl-Theodor Freiherr zu
 Guttenberg
 Olav Gutting
 Florian Hahn
 Holger Haibach
 Dr. Stephan Harbarth
 Jürgen Hardt
 Gerda Hasselfeldt
 Dr. Matthias Heider</p> | <p>Mechthild Heil
 Ursula Heinen-Esser
 Frank Heinrich
 Rudolf Henke
 Michael Hennrich
 Jürgen Herrmann
 Ansgar Heveling
 Ernst Hinsken
 Peter Hintze
 Christian Hirte
 Robert Hochbaum
 Karl Holmeier
 Franz-Josef Holzenkamp
 Joachim Hörster
 Anette Hübinger
 Thomas Jarzombek
 Dieter Jasper
 Dr. Franz Josef Jung
 Andreas Jung (Konstanz)
 Dr. Egon Jüttner
 Bartholomäus Kalb
 Hans-Werner Kammer
 Steffen Kampeter
 Alois Karl
 Bernhard Kaster
 Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
 Volker Kauder
 Dr. Stefan Kaufmann
 Roderich Kiesewetter
 Eckart von Klaeden
 Ewa Klamt
 Volkmar Klein
 Jürgen Klimke
 Julia Klöckner
 Axel Knoerig
 Jens Koeppen
 Dr. Kristina
 Schröder(Wiesbaden)
 Manfred Kolbe
 Dr. Rolf Koschorrek
 Hartmut Koschyk
 Thomas Kossendey
 Gunther Krichbaum
 Dr. Günter Krings
 Rüdiger Kruse
 Bettina Kudla
 Dr. Hermann Kues
 Günter Lach
 Dr. Karl A. Lamers
 (Heidelberg)
 Andreas G. Lämmel
 Dr. Norbert Lammert
 Katharina Landgraf
 Ulrich Lange
 Dr. Max Lehmer
 Paul Lehrieder
 Dr. Ursula von der Leyen
 Ingbert Liebing
 Matthias Lietz
 Dr. Carsten Linnemann
 Patricia Lips
 Dr. Jan-Marco Luczak
 Dr. Michael Luther
 Karin Maag
 Dr. Thomas de Maizière
 Hans-Georg von der Marwitz
 Andreas Mattfeldt</p> | <p>Stephan Mayer (Altötting) (C)
 Dr. Michael Meister
 Dr. Angela Merkel
 Maria Michalk
 Dr. h. c. Hans Michelbach
 Dr. Mathias Middelberg
 Philipp Mißfelder
 Dietrich Monstadt
 Marlene Mortler
 Dr. Gerd Müller
 Stefan Müller (Erlangen)
 Nadine Müller (St. Wendel)
 Dr. Philipp Murmann
 Bernd Neumann (Bremen)
 Michaela Noll
 Dr. Georg Nüßlein
 Franz Obermeier
 Eduard Oswald
 Henning Otte
 Dr. Michael Paul
 Rita Pawelski
 Ulrich Petzold
 Dr. Joachim Pfeiffer
 Sibylle Pfeiffer
 Beatrix Philipp
 Ronald Pofalla
 Christoph Poland
 Ruprecht Polenz
 Eckhard Pols
 Lucia Puttrich
 Daniela Raab
 Thomas Rachel
 Dr. Peter Ramsauer
 Eckhardt Rehberg
 Katherina Reiche (Potsdam) (D)
 Lothar Riebsamen
 Josef Rief
 Klaus Riegert
 Dr. Heinz Riesenhuber
 Johannes Röring
 Dr. Norbert Röttgen
 Dr. Christian Ruck
 Erwin Josef Rüddel
 Albert Rupprecht (Weiden)
 Anita Schäfer (Saalstadt)
 Dr. Wolfgang Schäuble
 Dr. Annette Schavan
 Dr. Andreas Scheuer
 Karl Schiewerling
 Norbert Schindler
 Tankred Schipanski
 Georg Schirmbeck
 Christian Schmidt (Fürth)
 Patrick Schnieder
 Dr. Andreas Schockenhoff
 Dr. Ole Schröder
 Bernhard Schulte-Drüggelte
 Uwe Schummer
 Armin Schuster (Weil am Rhein)
 Detlef Seif
 Johannes Selle
 Reinhold Sendker
 Dr. Patrick Sensburg
 Thomas Silberhorn
 Johannes Singhammer
 Jens Spahn
 Carola Stauche</p> |
|-----|--|--|---|---|

Nein**CDU/CSU**

Ilse Aigner
 Peter Altmaier
 Peter Aumer
 Dorothee Bär
 Thomas Bareiß
 Norbert Barthle
 Günter Baumann

Vizepräsidentin Petra Pau

- | | | | | | |
|-----|--|---|--|--|-----|
| (A) | Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew | Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz) | Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr) | Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Löttsch
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich | (C) |
| (B) | FDP
Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel | | DIE LINKE
Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst | | (D) |

Die sechste namentliche Abstimmung betraf den ersten Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/1637 zur Dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz. Ich gebe Ihnen

das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: abgegebene Stimmen 605. Mit Ja haben 67 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 472; es gab 66 Enthaltungen. Dieser Entschließungsantrag ist damit abgelehnt.

Endgültiges Ergebnis	
Abgegebene Stimmen:	602;
davon	
ja:	67
nein:	469
enthalten:	66

Ja
DIE LINKE
Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch

Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann

Vizepräsidentin Petra Pau

- | | | | | | |
|-----|--|--|--|---|-----|
| (A) | <p>Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Löttsch
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht</p> | <p>Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börsen
(Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-
Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu
Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke</p> | <p>Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Thomas Jarzombek
Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-
Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klamt
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Kristina Schröder
(Wiesbaden)
Manfred Kolbe
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers
(Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehnrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel</p> | <p>Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernnd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am
Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten</p> | (C) |
| (B) | <p>Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawrzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich</p> | <p>Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu
Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke</p> | <p>Manfred Kolbe
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers
(Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehnrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel</p> | <p>Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am
Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten</p> | (D) |

Nein**CDU/CSU**

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner

Vizepräsidentin Petra Pau

- | | | | | | |
|------------|---|---|--|---|-----|
| (A) | Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew | Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lüthmann
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen) | Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Anton Schaaß
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder (Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartz
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wiecezorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries | Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombek
Miriam Grub
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Hausteine
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabi Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelný
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid) | (C) |
| SPD | | | | | |
| (B) | Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegfried Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster | Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lüthmann
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen) | Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen | Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries | (D) |
| FDP | | | | | |

Vizepräsidentin Petra Pau

(A) Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

Enthalten**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell

Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl

Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Elisabeth Paus
Brigitte Pothmer

Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

(C)

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den zweiten Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/1638 zur Dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Währungsunion-Finanzstabilitätsge-

setz bekannt; das war die siebte namentliche Abstimmung: abgegebene Stimmen 605. Mit Ja haben 67 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein haben 536 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, Enthaltungen 2. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Endgültiges Ergebnis

(B) Abgegebene Stimmen: 600;
davon
ja: 67
nein: 531
enthalten: 2

Ja**DIE LINKE**

Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll

Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Löttsch
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber

Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawrzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich

Nein**CDU/CSU**

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
Wolfgang Bosbach

Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Michael Frieser
Erich G. Fritz
Dr. Michael Fuchs
Hans-Joachim Fuchtel
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Thomas Gebhart
Norbert Geis

(D)

Vizepräsidentin Petra Pau

- | | | | | | |
|-----|---|--|--|--|-----|
| (A) | <p>Alois Gerig
Eberhard Gienger
Michael Glos
Josef Göppel
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Ute Granold
Reinhard Grindel
Hermann Gröhe
Michael Grosse-Brömer
Markus Grübel
Manfred Grund
Monika Grütters
Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Olav Gutting
Florian Hahn
Holger Haibach
Dr. Stephan Harbarth
Jürgen Hardt
Gerda Hasselfeldt
Dr. Matthias Heider
Mechthild Heil
Ursula Heinen-Esser
Frank Heinrich
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Jürgen Herrmann
Ansgar Heveling
Ernst Hinsken
Peter Hintze
Christian Hirte
Robert Hochbaum
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Joachim Hörster
Anette Hübinger
Thomas Jarzombek
Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klant
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Kristina Schröder
Manfred Kolbe
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse</p> | <p>Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüdell
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan</p> | <p>Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew</p> <p>SPD</p> <p>Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)</p> | <p>Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegfried Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)</p> | (C) |
| (B) | | | (D) | | |

Vizepräsidentin Petra Pau

- | | | | | | |
|-----|---|--|--|---|-----|
| (A) | Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht
(Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder
(Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt) | Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

FDP
Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-
Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernsneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin) | Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann
(Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-
Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thoma
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel
(Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr) | Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-
Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler | (C) |
| (B) | Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Sven Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartze
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidmarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt) | (D) | <p>BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN</p> <p>Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann</p> <p>Enthalten</p> <p>BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN</p> <p>Thilo Hoppe
Sylvia Kottling-Uhl</p> | (D) | |

Ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/1640 zur Dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Währungsunion-Finanzstabil-

tätsgesetz bekannt: abgegebene Stimmen 597. Mit Ja haben 204 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein haben 393 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab keine Enthaltungen. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Vizepräsidentin Petra Pau**(A) Endgültiges Ergebnis**

Abgegebene Stimmen: 600;
davon
ja: 204
nein: 396

Ja**SPD**

Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegmond Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
(B) Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Glöser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann
(Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs

Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)
Ulrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht
(Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder
(Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Sven Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartz
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier

Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kötting-Uhl
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Lisa Paus
Brigitte Pothmer

Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-
Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler

Nein**CDU/CSU**

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Veronika Bellmann
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer
Steffen Bilger
Clemens Binninger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnßen
(Bönstrup)
Wolfgang Bosbach
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Dr. Helge Braun
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Leo Dautzenberg
Alexander Dobrindt
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Hartwig Fischer (Göttingen)
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-
Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Dr. Hans-Peter Friedrich
(Hof)
Michael Frieser

(C)**(D)**

Vizepräsidentin Petra Pau

- | | | | | | |
|-----|---|---|--|--|-----|
| (A) | <p>Erich G. Fritz
 Dr. Michael Fuchs
 Hans-Joachim Fuchtel
 Alexander Funk
 Ingo Gädechens
 Dr. Peter Gauweiler
 Dr. Thomas Gebhart
 Norbert Geis
 Alois Gerig
 Eberhard Gienger
 Michael Glos
 Josef Göppel
 Peter Götz
 Dr. Wolfgang Götzer
 Ute Granold
 Reinhard Grindel
 Hermann Gröhe
 Michael Grosse-Brömer
 Markus Grübel
 Manfred Grund
 Monika Grütters
 Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
 Olav Gutting
 Florian Hahn
 Holger Haibach
 Dr. Stephan Harbarth
 Jürgen Hardt
 Gerda Hasselfeldt
 Dr. Matthias Heider
 Mechthild Heil
 Ursula Heinen-Esser
 Frank Heinrich
 Rudolf Henke</p> | <p>Dr. Kristina Schröder (Wiesbaden)
 Manfred Kolbe
 Dr. Rolf Koschorrek
 Hartmut Koschyk
 Thomas Kossendey
 Michael Kretschmer
 Gunther Krichbaum
 Dr. Günter Krings
 Rüdiger Kruse
 Bettina Kudla
 Dr. Hermann Kues
 Günter Lach
 Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
 Andreas G. Lämmel
 Dr. Norbert Lammert
 Katharina Landgraf
 Ulrich Lange
 Dr. Max Lehmer
 Paul Lehrieder
 Dr. Ursula von der Leyen
 Ingbert Liebing
 Matthias Lietz
 Dr. Carsten Linnemann
 Patricia Lips
 Dr. Jan-Marco Luczak
 Dr. Michael Luther
 Karin Maag
 Dr. Thomas de Maizière
 Hans-Georg von der Marwitz
 Andreas Mattfeldt
 Stephan Mayer (Altötting)
 Dr. Michael Meister
 Dr. Angela Merkel
 Maria Michalk
 Dr. h. c. Hans Michelbach
 Dr. Mathias Middelberg
 Philipp Mißfelder
 Dietrich Monstadt
 Marlene Mortler
 Dr. Gerd Müller
 Stefan Müller (Erlangen)
 Nadine Müller (St. Wendel)
 Dr. Philipp Murmann
 Bernd Neumann (Bremen)
 Michaela Noll
 Dr. Georg Nüßlein
 Franz Obermeier
 Eduard Oswald
 Henning Otte
 Dr. Michael Paul
 Rita Pawelski
 Ulrich Petzold
 Dr. Joachim Pfeiffer
 Sibylle Pfeiffer
 Beatrix Philipp
 Ronald Pofalla
 Christoph Poland
 Ruprecht Polenz
 Eckhard Pols
 Lucia Puttrich
 Daniela Raab
 Thomas Rachel
 Dr. Peter Ramsauer
 Eckhardt Rehberg
 Katherina Reiche (Potsdam)
 Lothar Riessamen</p> | <p>Josef Rief
 Klaus Riegert
 Dr. Heinz Riesenhuber
 Johannes Röring
 Dr. Norbert Röttgen
 Dr. Christian Ruck
 Erwin Josef Rüddel
 Albert Rupprecht (Weiden)
 Anita Schäfer (Saalstadt)
 Dr. Wolfgang Schäuble
 Dr. Annette Schavan
 Dr. Andreas Scheuer
 Karl Schiewerling
 Norbert Schindler
 Tankred Schipanski
 Georg Schirmbeck
 Christian Schmidt (Fürth)
 Patrick Schnieder
 Dr. Andreas Schockenhoff
 Dr. Ole Schröder
 Bernhard Schulte-Drüggelte
 Uwe Schummer
 Armin Schuster (Weil am Rhein)
 Detlef Seif
 Johannes Selle
 Reinhold Sendker
 Dr. Patrick Sensburg
 Thomas Silberhorn
 Johannes Singhammer
 Jens Spahn
 Carola Stauche
 Dr. Frank Steffel
 Erika Steinbach
 Christian Freiherr von Stetten
 Dieter Stier
 Gero Storjohann
 Stephan Stracke
 Max Straubinger
 Karin Strenz
 Thomas Strobl (Heilbronn)
 Lena Strothmann
 Michael Stübgen
 Dr. Peter Tauber
 Antje Tillmann
 Dr. Hans-Peter Uhl
 Arnold Vaatz
 Volkmar Vogel (Kleinsaara)
 Stefanie Vogelsang
 Andrea Astrid Voßhoff
 Dr. Johann Wadephul
 Marco Wanderwitz
 Kai Wegner
 Marcus Weinberg (Hamburg)
 Peter Weiß (Emmendingen)
 Sabine Weiss (Wesel I)
 Ingo Wellenreuther
 Karl-Georg Wellmann
 Peter Wichtel
 Annette Widmann-Mauz
 Klaus-Peter Willsch
 Elisabeth Winkelmeier-Becker
 Dagmar Wöhl
 Dr. Matthias Zimmer
 Wolfgang Zöllner
 Willi Zylajew</p> | <p>FDP</p> <p>Jens Ackermann
 Christian Ahrendt
 Christine Aschenberg-Dugnus
 Daniel Bahr (Münster)
 Florian Bernschneider
 Sebastian Blumenthal
 Claudia Bögel
 Nicole Bracht-Bendt
 Klaus Breil
 Rainer Brüderle
 Angelika Brunkhorst
 Ernst Burgbacher
 Marco Buschmann
 Sylvia Canel
 Helga Daub
 Reiner Deutschmann
 Dr. Bijan Djir-Sarai
 Patrick Döring
 Mechthild Dyckmans
 Rainer Erdel
 Jörg van Essen
 Ulrike Flach
 Otto Fricke
 Paul K. Friedhoff
 Dr. Edmund Peter Geisen
 Dr. Wolfgang Gerhardt
 Hans-Michael Goldmann
 Miriam Grub
 Joachim Günther (Plauen)
 Dr. Christel Happach-Kasan
 Heinz-Peter Hausteil
 Manuel Höferlin
 Elke Hoff
 Birgit Homburger
 Dr. Werner Hoyer
 Heiner Kamp
 Michael Kauch
 Dr. Lutz Knopek
 Pascal Kober
 Dr. Heinrich L. Kolb
 Hellmut Königshaus
 Gudrun Kopp
 Dr. h. c. Jürgen Koppelin
 Sebastian Körber
 Patrick Kurth (Kyffhäuser)
 Heinz Lanfermann
 Sibylle Laurischk
 Harald Leibrecht
 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
 Lars Lindemann
 Christian Lindner
 Dr. Martin Lindner (Berlin)
 Michael Link (Heilbronn)
 Dr. Erwin Lotter
 Oliver Luksic
 Horst Meierhofer
 Patrick Meinhardt
 Gabriele Molitor
 Jan Mücke
 Petra Müller (Aachen)
 Burkhardt Müller-Sönksen
 Dr. Martin Neumann (Lausitz)
 Dirk Niebel</p> | (C) |
| (B) | <p>Michael Hennrich
 Jürgen Herrmann
 Ansgar Heveling
 Ernst Hinsken
 Peter Hintze
 Christian Hirte
 Robert Hochbaum
 Karl Holmeier
 Franz-Josef Holzenkamp
 Joachim Hörster
 Anette Hübing
 Thomas Jarzombek
 Dieter Jasper
 Dr. Franz Josef Jung
 Andreas Jung (Konstanz)
 Dr. Egon Jüttner
 Bartholomäus Kalb
 Hans-Werner Kammer
 Steffen Kampeter
 Alois Karl
 Bernhard Kaster
 Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
 Volker Kauder
 Dr. Stefan Kaufmann
 Roderich Kiesewetter
 Eckart von Kladden
 Ewa Klant
 Volkmar Klein
 Jürgen Klimke
 Julia Klöckner
 Axel Knoerig
 Jens Koeppen</p> | <p>Dr. Ursula von der Leyen
 Ingbert Liebing
 Matthias Lietz
 Dr. Carsten Linnemann
 Patricia Lips
 Dr. Jan-Marco Luczak
 Dr. Michael Luther
 Karin Maag
 Dr. Thomas de Maizière
 Hans-Georg von der Marwitz
 Andreas Mattfeldt
 Stephan Mayer (Altötting)
 Dr. Michael Meister
 Dr. Angela Merkel
 Maria Michalk
 Dr. h. c. Hans Michelbach
 Dr. Mathias Middelberg
 Philipp Mißfelder
 Dietrich Monstadt
 Marlene Mortler
 Dr. Gerd Müller
 Stefan Müller (Erlangen)
 Nadine Müller (St. Wendel)
 Dr. Philipp Murmann
 Bernd Neumann (Bremen)
 Michaela Noll
 Dr. Georg Nüßlein
 Franz Obermeier
 Eduard Oswald
 Henning Otte
 Dr. Michael Paul
 Rita Pawelski
 Ulrich Petzold
 Dr. Joachim Pfeiffer
 Sibylle Pfeiffer
 Beatrix Philipp
 Ronald Pofalla
 Christoph Poland
 Ruprecht Polenz
 Eckhard Pols
 Lucia Puttrich
 Daniela Raab
 Thomas Rachel
 Dr. Peter Ramsauer
 Eckhardt Rehberg
 Katherina Reiche (Potsdam)
 Lothar Riessamen</p> | <p>Josef Rief
 Klaus Riegert
 Dr. Heinz Riesenhuber
 Johannes Röring
 Dr. Norbert Röttgen
 Dr. Christian Ruck
 Erwin Josef Rüddel
 Albert Rupprecht (Weiden)
 Anita Schäfer (Saalstadt)
 Dr. Wolfgang Schäuble
 Dr. Annette Schavan
 Dr. Andreas Scheuer
 Karl Schiewerling
 Norbert Schindler
 Tankred Schipanski
 Georg Schirmbeck
 Christian Schmidt (Fürth)
 Patrick Schnieder
 Dr. Andreas Schockenhoff
 Dr. Ole Schröder
 Bernhard Schulte-Drüggelte
 Uwe Schummer
 Armin Schuster (Weil am Rhein)
 Detlef Seif
 Johannes Selle
 Reinhold Sendker
 Dr. Patrick Sensburg
 Thomas Silberhorn
 Johannes Singhammer
 Jens Spahn
 Carola Stauche
 Dr. Frank Steffel
 Erika Steinbach
 Christian Freiherr von Stetten
 Dieter Stier
 Gero Storjohann
 Stephan Stracke
 Max Straubinger
 Karin Strenz
 Thomas Strobl (Heilbronn)
 Lena Strothmann
 Michael Stübgen
 Dr. Peter Tauber
 Antje Tillmann
 Dr. Hans-Peter Uhl
 Arnold Vaatz
 Volkmar Vogel (Kleinsaara)
 Stefanie Vogelsang
 Andrea Astrid Voßhoff
 Dr. Johann Wadephul
 Marco Wanderwitz
 Kai Wegner
 Marcus Weinberg (Hamburg)
 Peter Weiß (Emmendingen)
 Sabine Weiss (Wesel I)
 Ingo Wellenreuther
 Karl-Georg Wellmann
 Peter Wichtel
 Annette Widmann-Mauz
 Klaus-Peter Willsch
 Elisabeth Winkelmeier-Becker
 Dagmar Wöhl
 Dr. Matthias Zimmer
 Wolfgang Zöllner
 Willi Zylajew</p> | <p>FDP</p> <p>Jens Ackermann
 Christian Ahrendt
 Christine Aschenberg-Dugnus
 Daniel Bahr (Münster)
 Florian Bernschneider
 Sebastian Blumenthal
 Claudia Bögel
 Nicole Bracht-Bendt
 Klaus Breil
 Rainer Brüderle
 Angelika Brunkhorst
 Ernst Burgbacher
 Marco Buschmann
 Sylvia Canel
 Helga Daub
 Reiner Deutschmann
 Dr. Bijan Djir-Sarai
 Patrick Döring
 Mechthild Dyckmans
 Rainer Erdel
 Jörg van Essen
 Ulrike Flach
 Otto Fricke
 Paul K. Friedhoff
 Dr. Edmund Peter Geisen
 Dr. Wolfgang Gerhardt
 Hans-Michael Goldmann
 Miriam Grub
 Joachim Günther (Plauen)
 Dr. Christel Happach-Kasan
 Heinz-Peter Hausteil
 Manuel Höferlin
 Elke Hoff
 Birgit Homburger
 Dr. Werner Hoyer
 Heiner Kamp
 Michael Kauch
 Dr. Lutz Knopek
 Pascal Kober
 Dr. Heinrich L. Kolb
 Hellmut Königshaus
 Gudrun Kopp
 Dr. h. c. Jürgen Koppelin
 Sebastian Körber
 Patrick Kurth (Kyffhäuser)
 Heinz Lanfermann
 Sibylle Laurischk
 Harald Leibrecht
 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
 Lars Lindemann
 Christian Lindner
 Dr. Martin Lindner (Berlin)
 Michael Link (Heilbronn)
 Dr. Erwin Lotter
 Oliver Luksic
 Horst Meierhofer
 Patrick Meinhardt
 Gabriele Molitor
 Jan Mücke
 Petra Müller (Aachen)
 Burkhardt Müller-Sönksen
 Dr. Martin Neumann (Lausitz)
 Dirk Niebel</p> | (D) |

Vizepräsidentin Petra Pau

(A)	Hans-Joachim Otto (Frankfurt) Cornelia Pieper Gisela Piltz Dr. Christiane Ratjen-Damerau Dr. Birgit Reinemund Dr. Peter Röhlinger Dr. Stefan Ruppert Björn Sänger Frank Schäffler Christoph Schnurr Jimmy Schulz Marina Schuster Dr. Erik Schweickert Werner Simmling Judith Skudelny Dr. Hermann Otto Solms Joachim Spatz Dr. Max Stadler Torsten Staffeldt Dr. Rainer Stinner Stephan Thomae Florian Toncar Serkan Tören	Johannes Vogel (Lüdenscheid) Dr. Daniel Volk Dr. Guido Westerwelle Dr. Claudia Winterstein Dr. Volker Wissing Hartfrid Wolff (Rems-Murr)	Diana Golze Annette Groth Heike Hänsel Dr. Rosemarie Hein Inge Höger Dr. Barbara Höll Andrej Konstantin Hunko Dr. Lukrezia Jochimsen Katja Kipping Harald Koch Jan Korte Jutta Krellmann Katrin Kunert Caren Lay Sabine Leidig Ralph Lenkert Michael Leutert Stefan Liebich Ulla Lötzer Dr. Gesine Löttsch Thomas Lutze Ulrich Maurer Dorothee Menzner Cornelia Möhring Kornelia Möller	Niema Movassat Wolfgang Nešković Thomas Nord Petra Pau Jens Petermann Richard Pitterle Yvonne Ploetz Michael Schlecht Dr. Herbert Schui Dr. Ilja Seifert Kathrin Senger-Schäfer Raju Sharma Dr. Petra Sitte Kersten Steinke Sabine Stüber Alexander Süßmair Dr. Kirsten Tackmann Frank Tempel Dr. Axel Troost Alexander Ulrich Kathrin Vogler Sahra Wagenknecht Halina Wawzyniak Harald Weinberg Jörn Wunderlich	(C)
-----	---	--	---	--	-----

DIE LINKE

Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Nicole Gohlke

Ich gebe Ihnen nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/1641 zu der Dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zum Währungsunion-Finanzsta-

bilitätsgesetz bekannt: abgegebene Stimmen 605. Mit Ja haben 331 Kolleginnen und Kollegen gestimmt, mit Nein 273. Es gab eine Enthaltung. Der Entschließungsantrag ist mit der soeben beschlossenen Änderung angenommen.

(B) (D)

<p>Endgültiges Ergebnis</p> <p>Abgegebene Stimmen: 601; davon ja: 327 nein: 273 enthalten: 1</p> <p>Ja</p> <p>CDU/CSU</p> <p>Ilse Aigner Peter Altmaier Peter Aumer Dorothee Bär Thomas Bareiß Norbert Barthle Günter Baumann Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) Manfred Behrens (Börde) Veronika Bellmann Dr. Christoph Bergner Peter Beyer Steffen Bilger Clemens Binninger Peter Bleser Dr. Maria Böhmer</p>	<p>Wolfgang Börnsen (Bönstrup) Wolfgang Bosbach Norbert Brackmann Klaus Brähmig Michael Brand Dr. Reinhard Brandl Helmut Brandt Dr. Ralf Brauksiepe Dr. Helge Braun Heike Brehmer Ralph Brinkhaus Leo Dautzenberg Alexander Dobrindt Thomas Dörflinger Marie-Luise Dött Dr. Thomas Feist Enak Ferlemann Ingrid Fischbach Hartwig Fischer (Göttingen) Dirk Fischer (Hamburg) Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) Dr. Maria Flachsbarth Klaus-Peter Flosbach Herbert Frankenhauser Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) Michael Frieser</p>	<p>Erich G. Fritz Dr. Michael Fuchs Hans-Joachim Fuchtel Ingo Gädechens Dr. Thomas Gebhart Norbert Geis Alois Gerig Eberhard Gienger Michael Glos Josef Göppel Peter Götz Dr. Wolfgang Götzer Ute Granold Reinhard Grindel Hermann Gröhe Michael Grosse-Brömer Markus Grübel Manfred Grund Monika Grütters Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg Olav Gutting Florian Hahn Holger Haibach Dr. Stephan Harbarth Jürgen Hardt Gerda Hasselfeldt Dr. Matthias Heider Mechthild Heil</p>	<p>Ursula Heinen-Esser Frank Heinrich Rudolf Henke Michael Hennrich Jürgen Herrmann Ansgar Heveling Ernst Hinsken Peter Hintze Christian Hirte Robert Hochbaum Karl Holmeier Franz-Josef Holzenkamp Joachim Hörster Anette Hübinger Thomas Jarzombek Dieter Jasper Dr. Franz Josef Jung Andreas Jung (Konstanz) Dr. Egon Jüttner Bartholomäus Kalb Hans-Werner Kammer Steffen Kampeter Alois Karl Bernhard Kaster Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) Volker Kauder Dr. Stefan Kaufmann Roderich Kiesewetter</p>
--	--	--	--

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) Eckart von Klaeden
Ewa Klant
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Julia Klöckner
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Kristina Schröder
(Wiesbaden)
Manfred Kolbe
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers
(Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
- (B) Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Nadine Müller (St. Wendel)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
- Lucia Puttrich
Daniela Raab
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüdell
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirrmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaar)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
- Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew
- FDP**
Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernsneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Dr. Edmund Peter Geisen
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Christian Lindner
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
- Gabi Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann
(Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thome
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel
(Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
- Nein**
- CDU/CSU**
Dr. Peter Gauweiler
Klaus-Peter Willsch
- SPD**
Ingrid Arndt-Brauer
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthaler
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Marco Bülow
Ulla Burchardt
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
- (C)
- (D)

Vizepräsidentin Petra Pau

- | | | | | | |
|-----|--|--|---|--|-----|
| (A) | Sebastian Edathy
Siegmund Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Glöser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann
(Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel | Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht
(Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder
(Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartze
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnes
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Waltraud Wolff
(Wolmirstedt)
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries | Dr. Diether Dehm
Heidrun Dittrich
Werner Dreibus
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsich
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Cornelia Möhring
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Michael Schlecht
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht
Halina Wawrzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich | Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Bettina Herlitzius
Winfried Hermann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Tom Koenigs
Sylvia Kotting-Uhl
Oliver Krischer
Agnes Krumwiede
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Undine Kurth (Quedlinburg)
Monika Lazar
Nicole Maisch
Agnes Malczak
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Beate Müller-Gemmeke
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Elisabeth Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-
Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Dr. Harald Terpe
Markus Tresselt
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler | (C) |
| (B) | DIE LINKE
Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen | BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Katja Dörner | (D) | | |
| | | | Enthalten
CDU/CSU
Alexander Funk | | |

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)**Anlage 2****Erklärung nach § 31 GO**

zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFStG) (Tagesordnungspunkt 23)

Christian Ahrendt (FDP): Wenngleich ich das Gesetz zu diesem Zeitpunkt für alternativlos erachte und diesem deswegen zustimme, folgt hieraus nicht, dass das dem Gesetz zugrundeliegende Handlungskonzept ohne Alternativen gewesen ist.

Erstens. Die Griechenland-Krise ist kein unerwartetes Ereignis. Sie hat sich seit langem angekündigt. Schon zu Beginn des Jahres 2009 erreichte das Zinsniveau für griechische Staatsanleihen an den Märkten fast sieben Prozent. Über mögliche Zahlungsschwierigkeiten südeuropäischer Staaten ist schon damals öffentlich berichtet und spekuliert worden. Indes hat weder die Europäische Kommission noch der Europäische Rat gehandelt. Weder wurden Prüfungen zu konkreten Haushaltslagen angestellt, noch wurden Konsequenzen erwogen. Die Chance einer frühzeitigen Reaktion auf eine sich konkret verschlechternde Haushaltslage in Griechenland wurde durch passives Abwarten der künftigen Entwicklung vertan. Wichtige Handlungsspielräume wurden so fahrlässig verspielt und schlussendlich die seit langem schwelende Krise dem heutigen dramatischen Handlungsnotstand zugeführt.

Zweitens. Die nach Verabredung mit dem IWF und der Europäischen Kommission vom griechischen Parlament beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen für die öffentlichen Haushalte der Hellenischen Republik begegnen Bedenken. Es steht zwar völlig außer Frage, dass nur klare Ausgabenkürzungen dem griechischen Staat seine finanzielle Handlungsfähigkeit mittelfristig zurückzugeben vermögen. Die Rigorosität der Ausgabenkürzungen steht aber in einem Gegensatz zur Anhebung von Konsumsteuern, über die auf der Einnahmeseite ein weiterer zentraler Beitrag zur Konsolidierung der Haushaltslage erreicht werden soll. 72 Prozent der griechischen Wirtschaftsleistung beruhen auf der Binnen nachfrage. Wenn aber durch die Kürzungen von Erwerbseinkommen Kaufkraft entzogen wird, beschädigt dies die Nachfrage. Folglich ist fraglich, ob über die Anhebung von Konsumsteuern überhaupt ein signifikanter Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erreicht werden kann. Dieses Sanierungsprogramm steht auch der in der Eurozone überwiegend vertretenen Auffassung entgegen, dass eine Haushaltskonsolidierung allein über Ausgabenkürzungen nicht erreicht werden kann, sondern eines nachhaltigen wirtschaftlichen Wachstums bedarf. Insofern hätte Griechenland stärker von Zinsen für seine Schulden entlastet werden müssen. Die Entlastung des

(B) (D)

- (A) Haushaltes über eine Umschuldung, was eine Reduzierung des Zinsaufkommens bedeutet hätte, wäre weniger wachstumshemmend gewesen, hätte mit einer moderateren Kürzung der Erwerbseinkommen und damit einem nicht so einschneidenden Kaufkraftverlust verbunden werden können. Insofern vermag die Konsolidierung des Haushaltes der hellenischen Republik ohne Beteiligung der Gläubiger und damit ohne eine Umschuldung nicht zu überzeugen.

Drittens. Dies führt zu einem dritten Aspekt. Die finanziellen Hilfen für Griechenland werden gerade damit begründet, dass aufgrund der labilen Verfassung der internationalen Finanzmärkte eine Umschuldung und damit ein bedingter Zahlungsausfall als Risiko angesehen werden. Diese Argumentation verfängt allein vor dem Hintergrund des zeitlichen Drucks, Griechenland wegen am 19. Mai zur Rückzahlung fällig werdender Anleihen mit Liquidität ausstatten zu müssen. Indes verändert die Griechenland-Hilfe nicht die Erkenntnis, sondern verschärft zusätzlich die Sorge, dass auch andere Staaten trotz besserer Strukturdaten in Zahlungsschwierigkeiten kommen können. Denn die Griechenland-Krise offenbart über die Hellenische Republik hinaus, dass auch für andere Staaten angesichts ausgeweiteter Staatsschulden einerseits und geringen wirtschaftlichen Wachstums andererseits ein Risiko für den Ausfall von Staatsanleihen besteht. Die von Griechenland ausgehende Ansteckungsgefahr besteht deswegen ungeachtet der Hilfe fort. Sie verschärft sich, weil über das Hilfsprogramm die gesamte Verschuldung in der Euro-Zone weiter zunimmt und damit die finanziellen Gestaltungsspielräume der Regierungen weiter abnehmen. Insofern sind die Probleme Griechenlands eher ein Indiz für eine sich weiter verschärfende Schuldenkrise. Diese klare Indizwirkung entfällt nicht durch die Griechenland-Hilfe, sie verschärft diesen Effekt.

Christine Aschenberg-Dugnus (FDP): Angesichts der heutigen Entscheidung des Deutschen Bundestages zugunsten einer finanziellen Hilfe für Griechenland erkläre ich, dass ich dem Gesetz mit Bedenken zustimme. Mir ist bewusst, dass es inzwischen unausweichlich ist, zur Sicherung der Währungsstabilität in Europa Griechenland zu helfen. Die von der Bundesregierung nun eingeleiteten Maßnahmen sind alternativlos, um eine bevorstehende Kettenreaktion zu verhindern.

Gleichwohl ist daran zu erinnern, dass zunächst jedes Land selbst für seine eigene Volkswirtschaft, den eigenen Staatshaushalt und somit die strenge Einhaltung der Stabilitätskriterien verantwortlich ist. Für die Mitglieder der Währungsunion ist jede nationale Verantwortung gleichzeitig eine gesamteuropäische Verantwortung. Die Zugehörigkeit zur Euro-Zone darf keinen Automatismus zu bedingungsloser Solidarität vonseiten der anderen Mitglieder bewirken. Zunächst muss jedes betroffene Land alle erdenklichen Maßnahmen zur Stabilisierung der eigenen Volkswirtschaft selbst ergreifen. Erst in Verbindung mit diesen kann es zur Unterstützung vonseiten der anderen Mitgliedstaaten kommen. Solidarität ist keine Einbahnstraße, sondern eine Verpflichtung auf Gegenseitigkeit. Ein Unterlassen von möglichen Maßnah-

- men muss zur Sanktionierbarkeit durch die anderen Mitgliedstaaten führen können. (C)

Griechenland ist ein Präzedenzfall, der schnell zu klaren Regeln und eindeutigen Sanktionsmechanismen führen muss.

Veronika Bellmann (CDU/CSU): Die Griechen haben jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt. Zum Zeitpunkt der Aufnahme in die EU und die Währungsunion war Griechenland weder für die eine noch die andere Gemeinschaft beitragsreif. Aber die „Euroromantiker“ in Europa, unter anderem die der rot-grünen Bundesregierung setzten sich über alle Bedenken und Vorbehalte hinweg. Das Land hat bis heute nicht die nötige Wettbewerbsfähigkeit erreicht. Die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärfte diese Lage. Griechenland wurde zur Angriffsfläche von Spekulanten. Mit Griechenlands Zukunft steht die Zukunft der EU als Friedensgemeinschaft genauso auf dem Spiel wie die gemeinsame Währung. Deshalb ist das Ziel die Verteidigung der Europäischen Union. Das Währungsunion-Finanzmarktstabilisierungsgesetz kann ein Weg sein, um dieses Ziel zu erreichen. Allerdings sind dafür die europarechtlichen Voraussetzungen sehr lückenhaft.

Nur das offensichtliche Vorhandensein einer Regelungslücke im Primärrecht, das heißt, weil es auf unionsrechtlicher Ebene an institutionellen Regelungen für den Fall eines Staatsbankrottes fehlt, veranlasst mich dem Gesetz nach anfänglicher Ablehnung doch zuzustimmen. Allerdings haben meine grundsätzlichen Bedenken und Feststellungen weiterhin Bestand. (D)

Die der Begründung zugrunde liegende Interpretation der No-bail-out-Klausel, des Ausschlusses der gegenseitigen Beistandspflicht, des Haftungsausschlusses und der Pflicht zur Solidarität auf Unionsebene, halte ich für durchaus kritikwürdig.

Die Bundesregierung ist nun der Ansicht, dass ihr Handeln an dem gemessen werden muss, was passieren würde, wenn sie untätig bliebe. Sie will eine Krise der Währung verhindern und damit Schaden vom deutschen Volk abwenden, in dem im Zusammenwirken mit dem Internationalen Währungsfonds, IWF, Kredite zur Verfügung gestellt werden. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass eine größere Beteiligung der Gläubiger an der Rettung Griechenlands notwendig wäre und das eine Restrukturierung bzw. Umschuldung wenn nicht jetzt, so doch in absehbarer Zeit folgen wird.

Zu den Gläubigern Griechenlands zählen ausländische Banken mit einem Anteil von 302 Milliarden Dollar. Davon französische Institute 75,5 Milliarden Dollar, Schweiz 64 Milliarden Dollar und Deutschland 43,2 Milliarden Dollar. Bei einem Staatsbankrott müssten schätzungsweise 30 bis 40 Prozent der Forderungen abgeschrieben werden. Das würde das Eigenkapital belasten. Die deutschen Banken könnten beim staatlichen Finanzmarktstabilisierungsfond, SoFFin, Eigenkapitalhilfen beantragen. Die Bundesregierung würde dadurch Miteigentümerin der Banken und könnte zum Beispiel Bonuszahlungen beeinflussen, was diese Institute mit aller

- (A) Macht vermeiden wollen. Eine staatliche Rettung Griechenlands erspart zwar den Banken den Gang zum SoFFin, sozialisiert aber die Verluste.

Der deutsche Steuerzahler bürgt damit bzw. reicht Kredite aus, für die wir uns verschulden müssen, nicht nur für die Misswirtschaft in Griechenland und die nachlässige Kontrolle des Stabilitätspaktes der EU, sondern auch wiederum für riskante Geschäfte und Spekulationen des Finanzmarktsektors. Zahlen die Griechen Kredite nicht zurück, muss die Bundesrepublik die Verluste übernehmen. Das wiederum würde die Bonität Deutschlands belasten und höhere Zinsen nach sich ziehen. Insofern bestünde eine gewisse „Nachschusspflicht“, für die der deutsche Steuerzahler zurecht befürchtet, immer wieder in Haftung genommen zu werden.

Fraglich ist, ob die Finanzhilfen Griechenland tatsächlich helfen. Denn Griechenlands Wirtschaft muss wachsen, was eine mehrjährige Prozedur mit niedrigen Löhnen und steigender Produktivität erfordert. Die Hilfen setzen den Sanktionsmechanismus der Märkte außer Kraft. Damit steigt der Druck auf Griechenland, den Staatshaushalt zu sanieren. Ob der IWF und die Euro-Länder dauerhaft die Härte aufbringen, gegen die griechische Bevölkerung die notwendigen Reformen zu erzwingen, ist ebenfalls fraglich. Es steigt die Gefahr, dass andere Länder dem Beispiel Griechenlands folgen und möglicherweise auch nicht den notwendigen Änderungen der europäischen Verträge zustimmen. Die Währungsunion droht so zu einer Schulden- und Transferunion zu verkommen, die die Kraft der leistungsstarken Länder aushöhlt. Der wachsende Schuldenberg wäre dann nur durch eine höhere Zinsbelastung abzutragen. Der politische Druck in den Ländern mit Stabilitätstradition, die Währungsunion zu verlassen, wird wachsen. Wenn behauptet wird, die Rettungsaktion Griechenlands auch durch oben benanntes Gesetz sei für die Existenz der Währung als fundamentale Grundlage eines Staatswesens momentan alternativlos, so müssen dennoch die beschriebenen Szenarien deutlich benannt werden.

- (B) Insofern steht meine Zustimmung zum Gesetz unter dem Vorbehalt, dass umgehend, wie im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen dargelegt, folgende Maßnahmen umgesetzt werden: Versetzung der zuständigen europäischen Institutionen in die Lage, wirksame Maßnahmen ergreifen zu können, die für eine effektivere Überwachung der Haushalts- und Finanzpolitiken der Mitgliedstaaten sorgen; Einrichtung eines effektiven Frühwarnmechanismus, der im Fall drohender Überschuldung von Staaten eine Warnung auslöst; Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes in seiner Funktion, Beschleunigung des Defizitverfahrens, damit Sanktionen zu einem früheren Zeitpunkt verhängt werden; Hürden für politische Einflussnahme gegen zu verhängende Sanktionen möglichst hoch legen; Modifizierung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, so dass deutlich spürbarere Sanktionen verhängt werden können; Entwicklung neuer Instrumentarien für überschuldete Staaten, für den Aufbau eines Restrukturierungs- und Insolvenzsystems; Durchführung eines ausreichend langen Monitoringverfahrens bei zukünftigen Beitrittsanträgen zur Währungsunion; Schaffung einer unabhängigen europäi-

- (C) schen Ratingagentur und Verbesserung der Regulierung für diese, damit mögliche Marktmanipulationen durch die Finanzaufsicht streng kontrolliert werden können; Änderungen, damit zukünftig kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt ohne Regulierung, Aufsicht und Haftung bleibt; Verbot von ungedeckten Leerverkäufen; zukünftige Regulierung aller Finanzprodukte und aller Finanzmarktteilnehmer, zum Beispiel Hedgefonds; umgehendes Verbot für den Kauf von Kreditausfallversicherungen, CDS, die nicht zur Absicherung eigener oder mandatierter Risiken dienen; Schaffung von verbindlichen Standards für Verbriefungen; Prüfung des Vorschlags des IWF, der ein abgestimmtes Vorgehen zur Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise vorsieht.

Zusätzlich fordere ich eine Differenzierung des Bankensektors weg von den sogenannten Universalbanken hin zu einer Trennung des klassischen Bankengeschäfts vom risikoreichen Investmentbanking. Eine Bankenabgabe und eine Finanzmarkttransaktionssteuer für die risikoreichen Investmentbankgeschäfte zu erheben, halte ich für dringend notwendig. Sie werden zwar keine Spekulationen verhindern, aber sie beteiligen die jeweiligen Akteure an der Refinanzierung künftiger Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen. Die Systemrelevanz der Banken und damit die Haftung des Staates bzw. des Steuerzahlers schlagen nicht mehr durch.

- (D) Vielleicht ist die Rettungsperspektive durch das Währungsunions-Finanzstabilisierungsgesetz die beste unter den schlechtesten Lösungen. Ich hoffe, dass wir die dadurch „gekaufte Zeit“ als Chance begreifen, notwendige Reformen auf EU-Ebene durchzusetzen und endlich strengere Regelungen für den Finanzmarktsektor einzuführen, sowie diejenigen schleunigst in die Haftung nehmen bzw. sanktionieren, die für die Krise verantwortlich sind – national, europäisch und international.

Lothar Bindig (Heidelberg) (SPD): Diese Erklärung entsteht wenige Minuten nach den Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Westerwelle am 6. Mai 2010 in den ARD-Spätnachrichten. Ich war zutiefst erschrocken, mit welcher Kaltschnäuzigkeit sich Westerwelle gegen unseren Staat stellt.

Auf die Frage, warum sich die FDP-Bundestagsfraktion selbst der vorsichtigen Forderung der SPD-Bundestagsfraktion nach einer „Prüfung der Finanztransaktionsteuer“ im Zusammenhang mit der Unterstützung Griechenlands verweigert habe, kam die scheinheilige Antwort, die Finanztransaktionsteuer belaste die kleinen Sparer, die Riester-Sparer etc., und das wolle die FDP natürlich nicht zulassen. Kein Wort zu den Händlern am Finanzmarkt, die mehrere Tausend Geschäfte am Tag abwickeln, Kurse hinauf- und hinunter treiben, gegen Staaten und Währungen wetten und spekulieren und so die Ersparnisse des Kleinsparers bzw. der Kleinsparerin entweder direkt oder über eine steuerliche Beteiligung zur Überwindung der so erzeugten Krisen indirekt vernichten. Die Antwort folgte dem Motto: „Ich fürchte, der Kompromiss wird scheitern – und wenn ich selber dafür Sorge tragen muss.“

(A) Auf die Frage nach den dramatischen Ergebnissen der Steuerschätzung – bis zum Jahr 2014 werden gesamtstaatlich über 50 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen erwartet als bisher geplant – der magere, eindimensionale Hinweis, der Staat nehme doch mehr ein als in der Vergangenheit und deshalb könnten die Steuern auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarung gesenkt werden. Selbst der Hinweis der Moderatorin auf die Schuldenbremse und die riesige neue Staatverschuldung im schwarz-gelben Haushalt im Jahr 2010 konnte die vier Grundrechenarten bei Westerwelle nicht aktivieren.

Nach den Steuergeschenken an Hotels in Höhe von etwa 1 Milliarde Euro und Steuererleichterungen für Konzerne und reiche Erben sind dies zwei weitere Belege dafür, wie zielstrebig die FDP unseren Staat ruiniert und die CDU/CSU unfähig ist, diesen Prozess zu stoppen.

So erklärt sich auch die heutige Abstimmungssituation zur Hilfe für Griechenland im Bundestag, in die uns eine zerstrittene CDU/CSU/FDP unter einer zögerlichen Kanzlerin gebracht hat. Nachdem der mögliche Kompromiss mit der SPD-Fraktion, der neben der Hilfe für Griechenland auch die Verursacher der Finanzkrisen in der Welt und die Verstärker der Finanzkrise in Griechenland in die Verantwortung nehmen wollte, der Kompromissunfähigkeit der schwarz-gelben Koalition absichtsvoll zum Opfer gefallen ist, bleiben fast nur noch zwei Alternativen: ein dramatisch schlechtes Gesetz oder die Ablehnung der Hilfe.

(B) Ich will aber Griechenland helfen und einem guten Gesetz zustimmen. Es bleibt die Aufgabe, den nicht zu beziffernden finanziellen Schaden für Deutschland zu beheben, der durch das Zögern und den Zickzackkurs von Kanzlerin Merkel und des Finanzministers Schäuble durch voreilige und falsche Äußerungen über die deutsche Hilfsbereitschaft entstanden ist. Außerdem enthält das Gesetz unkalkulierbare Risiken durch den Zinsausgleichsmechanismus.

Nachdem die SPD-Fraktion mit Blick auf die „plötzlich“ besonders schwierige und eilige internationale Aufgabe auf „Fristeinrede“ verzichtet und damit der schwarz-gelben Koalition ein verkürztes Gesetzgebungsverfahren ermöglicht hat, führt diese Großzügigkeit bzw. unser Kooperationsverständnis nun dazu, dass die SPD-Fraktion aus Fristgründen heute keinen eigenen Gesetzentwurf einbringen kann. So viel zur Fairness.

Nun zu den Hintergründen, die in dieser Situation zu meiner Stimmenthaltung wider Willen führen:

Wenn wir den einfachen Weg gingen, Hilfe für Griechenland ablehnten und alles in Europa und Deutschland ohne Probleme weiter ginge wie gewohnt, wäre unsere harte Haltung anscheinend eine gute Lösung. Das haben Kanzlerin Merkel und „Bild“-Zeitung immerhin eine ganze Weile öffentlich propagiert. Damit würde Griechenland aus der Euro-Zone gedrängt. Rückkehr zur Drachme – das klingt doch verlockend. Griechenland könnte über eine Abwertung seiner Währung die Preise der eigenen Produkte senken und deren Absatzchancen verbessern, die heimische Wirtschaft könnte sich lang-

sam erholen, die Griechen würden wieder mehr eigene Produkte kaufen, man könnte kleine Pflänzchen in der Industrielandschaft pflegen, den Export stärken etc., etc. (C)

Für Deutschland wäre das natürlich eine schlechte Lösung; denn wir leben sehr stark vom Export nach Europa, auch in den Süden. Und wenn wir glaubten, diese Therapie sei gut für Griechenland, dann würde dies ja auch für andere Länder gelten, und unser EU-Handel käme unter starken Druck – zum Nachteil der anderen Länder und zum Nachteil Deutschlands. Die deutsche Wirtschaft profitiert also von einer stabilen Nachfrage aus Griechenland, aus ganz Südeuropa. Vielleicht ist das auch einer der Gründe, warum die Kanzlerin inzwischen eine andere Meinung vertritt.

Oft lese ich zwar: Es müssten in Griechenland Investitionsanreize geschaffen werden, statt den Konsum zu reduzieren. Die derzeitige Entwicklung, vorangetrieben von den Verhandlungen – eigentlich: dem Spardiktat – des Internationalen Währungsfonds, IWF, der Europäischen Zentralbank, EZB, und der EU-Kommission mit Griechenland, weist allerdings in eine andere gefährliche Richtung: Die Löhne in Griechenland geraten unter Druck, Stellen im öffentlichen Dienst sollen abgebaut werden – müssen sie auch, aber mit Blick auf die Konsequenzen –, Renten sollen sinken, die Mehrwertsteuer wird angehoben, den öffentlichen Haushalten wird die Luft abgeschnürt, und das 13. und 14. Monatsgehalt soll abgeschafft werden. All das dämpft die Binnennachfrage in Griechenland und unseren Export.

Außerdem frage ich mich, welche Regierung eine solche von Europa und dem IWF verordnete Rosskur überhaupt überleben kann. Die Regierung in Griechenland hatte ein strukturelles und finanzielles Desaster von der Vorgängerregierung übernommen, und nun geriet Griechenland durch Aktivitäten am Weltfinanzplatz zusätzlich in existenzielle Probleme. Deshalb betrachte ich die gegenwärtige Entwicklung auch mit Sorge um die politische Stabilität im Land, um den sozialen Frieden und die wirtschaftliche Lage. (D)

In einer solchen Lage sind Proteste der Betroffenen verständlich. Die Demonstranten wollen erreichen, dass das so geschnürte Paket von Maßnahmen neu gepackt werden soll. Dafür gibt es einige Ansatzpunkte. Denn in einer fast industriefreien Landschaft mit monostruktureller Konzentration auf den Tourismus wird das mit den Investitionsanreizen kurzfristig schwierig – wäre aber notwendig und möglich, wenn man die Einnahmeseite des griechischen Haushalts in den Blick nimmt: Menschen mit großem Einkommen und Vermögen, die Oberschicht, Selbstständige zahlen praktisch keine Steuern. Während der Staat extreme Liquiditäts- und Zahlungsprobleme hat, gibt es gleichzeitig privaten Reichtum. Eine vernünftige Besteuerung von hohem Einkommen, Vermögen oder Erbschaften wäre sicher angemessen und würde die Lasten gerechter auf viele Schultern verteilen. Bei dem ganzen, stark von außen dominierten „Sparprozess“, der offiziell Konsolidierung heißt, geraten auch die Arbeitnehmerrechte unter Druck, es drohen soziale Konflikte und Verteilungskämpfe. Wir sehen uns in Deutschland mit Blick auf die sinkenden Reallöhne und

- (A) die steigenden Erträge aus Vermögen ähnlichen Verteilungsproblemen gegenüber. Ich hoffe auf eine Lösung dieser Probleme in Griechenland durch Einbeziehung aller Griechen, auch der Wohlhabenden.

Die sozialen und ökonomischen Folgen für Griechenland und Europa verfolge ich hier nicht weiter, obwohl sie wichtiger sind als bloße Geldfragen.

Hier geht es aber um mehr als um eine reine Geldfrage. Es geht auch um die europäische Einigung, um wirtschaftliche Entwicklung, um unsere gemeinsame Währung und um Unterstützung, Solidarität mit anderen und soziale Gerechtigkeit. Es geht um Europas Zukunft und die Zukunft seiner Währung. Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier haben diese sozialdemokratischen Wertvorstellungen in einem Beitrag für den *Spiegel* vom 4. Mai 2010 unterstrichen – leider sind viele in der Regierung offensichtlich nicht bereit, unser europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell gegen die unregulierten Finanzmärkte, gegen Spekulanten und High Frequency Trader zu verteidigen.

Zustimmen oder nicht zustimmen? Einem solchen Gesetz? Ich fühle mich durch die Politik des Versagens der Kanzlerin erpresst. Es liegt ein Gesetz vor, das praktisch nichts weiter regelt als dies: Deutschland zahlt. Ich finde im Gesetzentwurf unter der Überschrift: „Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte“: „Es entstehen keine unmittelbaren Ausgaben. Die mittelbaren Auswirkungen sind nicht bezifferbar.“ Nicht bezifferbar – und das bei einem Gesamtfinanzierungsbedarf von 110 Milliarden Euro und einem deutschen Anteil in Höhe von 22,4 Milliarden? Wie kann ich mit gutem Gewissen einem Gesetz zustimmen, dem zu den finanziellen Folgen für den deutschen Steuerzahler nichts Besseres einfällt als „nicht bezifferbar“? Diesem Gesetz darf ich also nicht zustimmen. Aber dann bin ich der „Feind Griechenlands“, der „Totengräber des Euro“, der „Zerstörer Europas“, eine „Blamage für die Kanzlerin“ – die Regierungsfractionen haben mit solchen vorsorglichen Schuldzuweisungen enormen Druck aufgebaut, um das Gesetz durch das Parlament zu prügeln. Aber schließlich drängt ja auch die Zeit – kein Wunder, nachdem die Kanzlerin und ihr Finanzminister die Krise erst mal wieder aussitzen wollten, dann auf das Verstreichen der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hofften, schließlich den Karren mit großer Entschlossenheit und Ausdauer in völlig unterschiedliche Richtungen gezogen haben, um dem Parlament dann quasi in letzter Minute einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die eigentlichen Fragen nicht beantwortet.

Außerdem hat die Bundesregierung die Kosten für die Hilfe durch die Staatengemeinschaft leichtfertig, unverantwortlich, fahrlässig nach oben getrieben. Blicken wir zurück und ein wenig auf die Praxis: Griechenland gibt Anleihen aus; der Staat bekommt Geld, die Käufer dieser Schuldverschreibungen ein Papier, das ihnen Zins- und Tilgungszahlungen zusichert. Der Geldgeber bekommt also Zinsen und zum vereinbarten Zeitpunkt das geliehene Geld zurück. Benötigt ein Land mehr Geld – etwa um alte Schulden zu begleichen oder Investitionen zu tätigen – begibt es neue Anleihen, die aktuelle

- Zinslast steigt. Entscheidend für die Höhe der Zinsen, die ein Staat zu bezahlen hat, wenn er sich Geld leiht, ist die Beurteilung seiner Kreditwürdigkeit (C)

Als die Schwierigkeiten Griechenlands vor einiger Zeit offenkundig wurden und der Staat in Zahlungsnot geriet, kam eine folgenschwere Entwicklung in Gang: Kanzlerin Merkel ließ sich in der *Bild*-Zeitung als „eiserne Kanzlerin“ feiern: Keinen Cent für die Griechen! Das Volk jubelte: Merkel spart, alle Griechen sind korrupt und Verschwender. Diese unüberlegte, lautstarke Verweigerung jeglicher Hilfe hat der Zahlungsfähigkeit Griechenlands schwer geschadet: Die Kreditwürdigkeit des griechischen Staates wurde schlechter beurteilt, er wird von Ratingagenturen heruntergestuft. Damit galt der Staat als weniger zuverlässig; es wurde für die Geldgeber riskanter, diesem Staat ihr Geld zu leihen. Sie wollten sich daher dieses Risiko wenigstens mit höheren Zinsen vergüten lassen. Die Zinsen stiegen sehr schnell und sehr stark an, das Land geriet noch stärker unter Druck, der Finanzbedarf wuchs weiter, bis Griechenland die Notbremse zog und die anderen Staaten des Euro-Raums um höhere Finanzhilfen bat, als es zuvor notwendig gewesen wäre.

Mit ihrer „Strategie“ hat die Bundesregierung – bewusst oder unbewusst – auch Spekulanten am Finanzmarkt in die Hände gespielt, wie man mit Blick auf die sogenannten Kreditausfallversicherungen oder Credit Default Swaps, CDS, erkennt. Sie funktionieren – sehr vereinfacht gesagt – im Grundsatz wie eine Versicherung, mit der sich ihr Käufer gegen den Ausfall von Schuldnern absichern kann, denen er einen Kredit gegeben oder eine Anleihe abgekauft hat. Credit Default Swaps, außerhalb der Börsen gehandelt, dienen der Weitergabe finanzieller Risiken an eine andere Person, den sogenannten Sicherungsgeber. Um mich also gegen den Zahlungsausfall Griechenlands abzusichern, schließe ich, beispielsweise als Bank, eine solche Versicherung ab. Fällt der Schuldner aus, soll die Versicherung die fehlende Rückzahlung ausgleichen. Natürlich bekommt die Versicherung im Gegenzug eine „Gebühr“.

Ein Beispiel mit fiktiven Zahlen: Ein Staat braucht 100 Millionen und begibt Staatsanleihen. Diese Anleihen werden versichert. Die Versicherung für die 100 Millionen kostet 3 Millionen Gebühr. Wenn es dem Staat allmählich schlechter geht, er ständig mehr Geld braucht, die Zuverlässigkeit seiner Rückzahlung in Zweifel gezogen wird, dann kostet die Versicherung plötzlich nicht mehr 3 Millionen, sondern 20 Millionen. Es gibt also am Markt Kreditausfallversicherungen für 100 Millionen und Anleihegeschäfte, die 3 Millionen und welche, die 20 Millionen kosten. Wer nun mit solchen Versicherungsverträgen handelt und einen Versicherungsvertrag für 3 Millionen hat, der kann ihn zum richtigen Zeitpunkt für 20 Millionen verkaufen – an jemanden, der dringend eine Versicherung braucht, weil er frisches Geld – neue Anleihen ausgibt – braucht. Wenn Kanzlerin Merkel sich bei der *Bild*-Zeitung unterhakt und verkündet: „Keinen Cent für die Griechen!“, schnellen die Gebühren für die Versicherung, die Credit Default Swaps, CDS, in die Höhe. Die Händler solcher Derivate reiben sich die Hände, weil der Wert der CDS steigt, und freuen sich,

- (B) (D)

(A) weil sie dieses Geschäft den Äußerungen der Kanzlerin der wichtigsten Volkswirtschaft in Europa verdanken.

Es gibt allerdings auch Banken oder Hedgefonds, die sich freuen, wenn der Wert der CDS sinkt. Auch diese professionellen Zocker hat die Bundesregierung mit ihrer Blockade-Hinhalte-Strategie belohnt: Diese Unternehmen haben oder leihen sich ein Bündel dieser CDS. Dann verkaufen sie die CDS mit einem vertraglich vereinbarten Rückkaufdatum; sagen wir die CDS sind 10 Millionen wert. Nun merkt die Kanzlerin plötzlich, dass es international, europäisch und für Deutschland ein schwerer Fehler war, jegliche Hilfe zu verweigern; Griechenland kann endlich mit unserer Unterstützung rechnen und gilt wieder als zuverlässiger Zahler, die Gebühren für die Kreditausfallversicherungen sinken. Zum Rückkauftag sind dann die CDS nicht mehr 10 Millionen wert, sondern vielleicht nur noch 2 Millionen, macht für den Käufer einen satten Gewinn von 8 Millionen. Der vertraglich zuvor festgelegte Rückkauf zum Stichtag ist ein sehr lohnendes Geschäft.

Üblicherweise hat bei diesem Handel einer den Gewinn, ein anderer den Verlust. Nun werden diese Wettgeschäfte aber durch öffentliches Handeln beeinflusst: Keine Hilfe für Griechenland – Zickzackkurs – schließlich doch Hilfe für Griechenland. Und deshalb hängen öffentliche Kosten und private Gewinne stark davon ab, wer und insbesondere zu welchem Zeitpunkt die Geschäfte mit den Krediten und den Versicherungen gemacht hat. Wenn wir Pech haben, bezahlen wir sowohl den Gewinn der Bank, die auf steigende CDS gewettet hat, als auch den Gewinn desjenigen Hedgefonds, der auf sinkende CDS gewettet hat.

(B) Der Schaden, den die Kanzlerin angerichtet hat, ist sicher nicht leicht zu beziffern. Ganz abgesehen von dem politischen Schaden, dass die Regierung Merkel international keine klare Linie verfolgt. Mit dieser „Wackelstrategie“, Zögerlichkeit und falschen Äußerungen, die dem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen geschuldet sind, haben Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble sehr viele Partner in Europa irritiert und die große finanzpolitische Reputation, die Peer Steinbrück aufgebaut hatte, in kurzer Zeit verspielt. Das ist nicht die politische Führung, die man sich in einer solchen Krise von einer Bundesregierung erhofft und erwartet. Und wo sind eigentlich unser Außenminister Westerwelle und sein Bundeswirtschaftsminister Brüderle?

Kann ich die Hilfe jetzt noch ablehnen, nachdem wir, unsere Regierung, solchen Schaden angerichtet haben? Eine Zwickmühle nach der anderen. Also doch zustimmen?

Natürlich darf man nicht nur auf den Finanzmarkt schauen – wir müssen auch nach Griechenland schauen, um die Ursachen für die Krise zu analysieren: Fälschungen in der Statistik und den Finanzdaten, Korruption, systematische Klientelpolitik, schwache Bekämpfung der Steuerhinterziehung, Fehlverwendung von EU-Geldern, sehr hohe Militärausgaben und, last but not least, ein riesiger öffentlicher Sektor. Griechenland hat einiges getan, um seine Staatsfinanzen zu ruinieren, und es versäumt, seine strukturellen Wirtschaftsprobleme zu lösen.

(C) Deshalb sind harte Auflagen in Verbindung mit der internationalen Hilfe gerechtfertigt und notwendig. Aber viele Griechen haben mit der Krise viel weniger zu tun als so mancher Finanzjongleur an den internationalen Finanzmärkten. Deshalb ist es ungerecht, mit diesem Gesetz und seinen Folgewirkungen die einen schwer zu belasten und die anderen zu verschonen – auch wenn dies dem neoliberalen Zeitgeist entspricht.

In meine Abwägung fließt außerdem Folgendes ein: Die Kosten unserer Hilfe sind nicht bezifferbar. Tatsächlich sind aber auch die Kosten einer unterlassenen Hilfe kaum abschätzbar. Denn nicht zu helfen, schadet Deutschland auch ganz direkt: Viele Bürgerinnen und Bürger haben, wie auch die Banken, griechische Papiere gekauft. Manche Bürger werden vielleicht gar nicht wissen, dass mit Ihrem Geld in Rentenfonds, Lebensversicherungen oder Aktiendepots auch griechische Papiere gekauft wurden. Wenn wir nun Griechenland abstürzen lassen, gibt es in den Banken gravierende Wertberichtigungen, die Anlagen verlieren drastisch an Wert – und das gesparte Geld für die Altersvorsorge, die Ausbildung der Kinder, den sorgenfreien Lebensabend ist verloren.

Wenn Griechenland seine Schulden nicht zurückzahlen kann, trifft das auch die Spareinlagen der Bankkunden in Deutschland. Denn Banken benötigen mehr Eigenkapital, um Kredite abzusichern, die sie mit dem Geld der Sparer ausgereicht haben. Wenn aber das Eigenkapital für diese Besicherung gebraucht wird, kann die Bank weniger Kredite an die heimische Wirtschaft und an Privatpersonen vergeben. Es fehlt an Investitionen, an Konsum, an Vertrauen in die Banken – die Kreditklemme geht um. Dass manche Banken – selbst solche, die der deutsche Staat in der Finanzkrise unterstützt oder sogar gerettet hat – sich bei der EZB „billiges“ Geld für weniger als 2 Prozent Zinsen besorgen können und dies dann zu viel höheren Kreditzinsen weitergeben, steht auf einem anderen Blatt. Natürlich sollen die Banken Gewinne machen, um wieder selbstständig auf die Beine zu kommen; aber wenn der Staat schon hilft, privates Fehlverhalten und Versagen im Finanzmanagement zu kompensieren, um das Geld der Sparerinnen und Sparer zu schützen, dann sollten die Banken wenigstens bei der Vergabe von Krediten an die heimische Wirtschaft Maß und Ziel halten.

Es gibt noch eine schreckliche Entwicklung: Um Griechenland am Finanzmarkt zu stützen, verletzt die Europäische Zentralbank eherne Grundsätze und setzt – nur für Griechenland – eine wichtige Regel außer Kraft: Sie akzeptiert Staatsanleihen als Sicherheit für Kredite auch dann, wenn sie kein befriedigendes Rating, also mindestens BBB, haben. Bisher wurden nur Staatsanleihen mit einem mindestens befriedigenden Rating als Sicherheit akzeptiert.

Und nun das Schlimmste: Das Gesetz reflektiert die Krise nicht, nicht die Verursacher, nicht die Profiteure, nicht die internationalen Finanzbeziehungen, nicht die Verhältnisse in Griechenland, natürlich auch nicht die Bedeutung der Reallöhne für unseren Exportüberschuss und die fehlende Binnennachfrage. Es gibt keine Überlegung für die Zukunft. Das „Modell Griechenland“,

- (A) dieses magere Gesetz, über das hier abgestimmt wird, enthält keine Komponente der Prophylaxe. Der Finanzmarkt agiert wie bisher und kann ein Land nach dem anderen in seinen Fokus rücken.

Deshalb hat die SPD-Fraktion Vorschläge eingebracht, um dieses Gesetz besser zu machen. Ein eigenes Gesetz ist leider nicht möglich, weil die ungeheuerliche Hektik der Regierung ein geordnetes Verfahren nicht erlaubt. Noch vor zwei Wochen war Schäuble sowohl im Finanzausschuss als auch im Haushaltsausschuss. Wer sich Aufklärung, Sachinformation oder gar ernsthafte Zusammenarbeit erwartet hatte, wurde enttäuscht. Der Bundesfinanzminister hat Nebel verbreitet. Er hat es bei vagen Andeutungen belassen, statt mit klarer Sicht die Probleme anzupacken. Diese Zeit fehlt uns nun. Ich unterstelle, dass CDU/CSU und FDP auch dieses Thema hinter die Wahlen in Nordrhein-Westfalen schieben wollten. Ein teurer Plan. Aber noch eine Zickzack-schleife hätte wohl international noch größeren Schaden angerichtet.

Das Gerede davon, dass „die Verursacher der Krise an ihrer Überwindung beteiligt werden sollen“, wird in keiner Formulierung der Regierung konkret. Im Gegenteil: Die freiwillige oder angekündigte gesetzlich definierte Bankenabgabe ist ein Werbegag von Ackermann. Er kümmert sich um 2 Milliarden Euro, alle freuen sich, sind dankbar, die *Bild*-Zeitung hat eine tolle Schlagzeile – der Schaden von einigen 100 Milliarden gerät in Vergessenheit. Und es soll doch niemand an einen plötzlichen „Anfall“ von Wohltätigkeit der Banken glauben: Die freiwilligen Abgaben werden einfach auf die Preise, sprich: Zinsen der Kreditnehmer oder der Einleger und Sparer, abgewälzt.

(B)

Nein, unsere Überlegungen müssen auf das Verhalten von Bankern, Finanzberatern, Fondsmanagern etc. wirken: Einige Produkte müssen auch verboten und die Finanzmärkte wirksam reguliert werden, damit sich so etwas nicht wiederholt. Auch wenn sich Kanzlerin und Finanzminister bisher mit eigenen Vorschlägen und Forderungen national wie international nicht leichtgetan haben – wann, wenn nicht jetzt, wollen wir entscheidende Fortschritte erzielen?

Nachfolgend ein Ausschnitt aus unseren Forderungen, die wir national und international umsetzen wollen: Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Warum geht es hierbei nicht um den einmaligen Kredit für ein Häuschen? Die Steuer hat eine Größenordnung von 0,05 Promille. Bedeutung hat die Steuer an anderer Stelle: Ein Aktienhändler kommt auf 5 000 Geschäfte pro Tag. Inzwischen ist ein sogenannter Hochfrequenz-Trader, eine Software, die 60 Millionen Kauf- und Verkaufsaufträge pro Tag erledigt, in der Entwicklung. Hier lohnt sich die Steuer schon kräftiger und steuert vielleicht sogar. Mehr unter den Stichwörtern „Cross Asset Strategie“, „Pairs-Trading“ oder „Block-Trades“ etc.

Einschränkung oder Verbot des CDS-Handels, Auflegen einer Euro-Anleihe zu niedrigen Zinsen, Prüfung der Gründung einer EU-Bank für öffentliche Anleihen, die ihre Anleihen über die EZB platziert – Vorschlag des DGB –, Aufbau einer europäischen Ratingagentur mit

transparenten Verfahren, Überwachung der Leistungsbilanzdefizite und -Überschüsse, Einführung einer schärferen Aufsicht über alle Produkte und Anbieter durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, BaFin, Einführung strengerer Haftungsvorschriften für Vorstände und Aufsichtsräte, Reform der Vergütungssysteme von Bankvorständen und -mitarbeitern und Verbesserung der Beratung und des Verbraucherschutzes.

(C)

Das schlechte Krisenmanagement der Bundesregierung hat mich in eine Situation gebracht, in der meine Zustimmung zu einem untauglichen Gesetzentwurf erwartet wird. Gleichzeitig blockiert die Bundesregierung jegliche Zusammenarbeit auf der Grundlage guter Vorschläge zur Vermeidung künftiger Krisen.

Wir müssen Griechenland, den Griechen, helfen, weil wir in Europa eine befreundete Zukunftsgemeinschaft bilden. Wir müssen helfen, um uns zu helfen. Aber wir müssen auch die Verursacher von Krisen in die Pflicht nehmen. Diese Chance, endlich den zerstörerischen Kräften auf den internationalen Finanzmärkten Einhalt zu gebieten und sie in Verantwortung zu nehmen, verweigert die Bundesregierung durch die Floskel, zu diesem Gesetz gebe es keine Alternative – ein schwerer Irrtum, wie der Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion zeigt.

Mit der Unfähigkeit der schwarz-gelben Koalition zum Kompromiss und meinem Willen, Griechenland zu helfen, begründet sich meine Enthaltung zum Gesetzentwurf der CDU/CSU-FDP-Koalition.

(D)

Sebastian Blumenthal (FDP): Die Notwendigkeit der heutigen Abstimmung ist das Ergebnis einer Politik, die ökonomische Notwendigkeiten vor dem Hintergrund des Ziels der europäischen Einigung ausgeblendet hat. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf und den Maßnahmen, die er unterstützen soll, kann lediglich ein Zeitgewinn zur Reparatur des ökonomisch missglückten Maastricht-Vertrags erreicht werden.

Um diesen Zeitgewinn durch eine kurzfristige Stabilisierung unserer gemeinsamen Währung geht es bei dieser Abstimmung. Ginge es nur um Griechenland, stünde meine Entscheidung fest.

Einem Partner, der von Beginn an durch Abgabe falscher Daten das Vertrauen der Mitstreiter in der Schicksalsgemeinschaft Euro missbraucht hat, der über Jahre hinweg deutlich über seine Verhältnisse gelebt hat, kann auch mit viel gutem Willen nicht geholfen werden.

Als Ultima Ratio muss es der Staatengemeinschaft in der Euro-Zone möglich sein, ein Mitglied auch auszuschließen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein hohes und wichtiges Gut. Es endet aber dort, wo das eigene jahrelange Fehlverhalten die Existenzgrundlagen anderer Völker innerhalb der Währungsunion bedroht.

Im Vertrauen darauf, dass die nunmehr verbleibende Zeit genutzt wird, um den Maastricht-Vertrag so zu ändern, dass aus der Währungsunion nicht eine dauerhafte Transferunion wird, werde ich diesem Gesetzentwurf

- (A) zustimmen, um in der jetzigen Situation dauerhaften und nicht absehbaren Schaden von der gemeinsamen Währung Euro und der deutschen Bevölkerung kurzfristig abzuwenden.

Diese Entscheidung ist kein Freibrief für eventuell anstehende ähnliche Entscheidungen in der Zukunft.

Wolfgang Börnßen (Bönstrup) (CDU/CSU): In dieser Entscheidung heute geht es nicht nur um unseren europäischen Partner Griechenland. Es geht letztlich um die Zukunft unseres gemeinsamen Europas. Es geht um die Stabilität des Euros, unserer Währung. Es geht um die wirtschaftliche Situation unseres Landes und um die Existenzsicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Wir dürfen nicht verkennen, dass fast 70 Prozent unseres Handels auf EU-Länder entfallen und jeder fünfte Arbeitsplatz davon abhängig ist. Bricht ein Glied aus der europäischen Kette, setzen wir den gesamten Handelsraum aufs Spiel. Griechenland hat in den vergangenen Jahren schwere Fehler gemacht. Das gilt auch für andere Staaten, und auch wir sitzen im Glashaus. Im Jahr 2000, als Rot-Grün den Antrag zur Aufnahme Griechenlands in die Währungsunion stellte, habe ich dagegengestimmt. Erst sollte finanziell, wirtschaftlich und politisch Klarheit herrschen. Meine Fraktion und ich unterlagen damals. Trotzdem, bei der Abwägung des Für und Wider, werde ich aus Verantwortung für unser Land und für die Europäische Gemeinschaft für die Griechenland-Hilfe stimmen – unter der Voraussetzung, dass alle Staaten sowie die Banken sich beteiligen und wir in Europa wie weltweit schnellstmöglich Institutionen schaffen, die Staaten wie Banken einer laufenden Kontrolle unterziehen, um im Vorwege eine Krise dieser Art zu unterbinden. Nicht Kartelle und Monopolisten, sondern das Primat der Politik, die von den Bürgern gewählten Parlamente und damit die Regierungen haben zu herrschen. Weltweit ist unverzüglich ein Finanzsystem sicherzustellen, das Transparenz und Überprüfbarkeit bis hin zu Verboten ermöglicht.

(B)

Nicole Bracht-Bendt (FDP): Bundestag und Bundesrat entscheiden heute über das Rettungspaket für Griechenland. Es sieht Kredite im Umfang von 22,4 Milliarden Euro in den nächsten drei Jahren vor. Das Rettungspaket für Griechenland halte ich für notwendig, aber nicht ausreichend.

Dem Gesetz werde ich zustimmen, weil es keine Alternative gibt, um die Stabilität der Gemeinschaftswährung Euro nicht zu gefährden.

Dennoch möchte ich an dieser Stelle deutlich zum Ausdruck bringen, dass aus meiner Sicht Griechenland für die derzeitige Notlage maßgeblich selbst verantwortlich ist. Ich bedaure, dass die Verhandlungen der letzten Wochen nicht vorrangig eine geregelte Insolvenz oder eine Umschuldung zum Ziel hatten. Deshalb gibt es im Moment keine andere Möglichkeit als das Rettungspaket, um einen Staatsbankrott Griechenlands zu verhindern.

(C) Es ist mir ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass ich mich als Bundestagsabgeordnete in der Verantwortung gegenüber dem deutschen Steuerzahler sehe, der letztlich für die Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau haftet. Die Entscheidung, für das Rettungspaket zu stimmen, ist mir außerordentlich schwergefallen.

Ich fordere Griechenland auf, alles in seiner Macht Stehende zu unternehmen, um sein Staatsdefizit in den Griff zu bekommen.

Darüber hinaus halte ich es für unverzichtbar, den EU-Staaten, die das Rettungspaket gewährleisten, mehr Möglichkeiten der Kontrolle und Überprüfung einzuräumen. Es müssen Sanktionsmöglichkeiten sichergestellt werden, um weitere Entwicklungen, die für die Gemeinschaftswährung ein Risiko darstellen, einzudämmen.

Das heutige Gesetz muss ein Einzelfall bleiben.

Elke Ferner (SPD): Die Bundesregierung, allen voran Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Guido Westerwelle, haben unser Land auf der internationalen und europäischen Ebene durch ihre Verzögerungstaktik isoliert und die Spekulationen der Finanzmärkte angeheizt. Der einzige Grund war: Sie wollten vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen keine Position beziehen.

(D) Sie haben mit ihrem unverantwortlichen Verhalten in Kauf genommen, dass die internationalen Finanzmärkte zunächst gegen Griechenland und dann gegen Portugal und Spanien spekuliert haben. Dies hat dazu geführt, dass Griechenland wegen der ständig steigenden Zinsen am Kapitalmarkt keine Kredite mehr aufnehmen konnte und dass die Euro-Zone insgesamt in Schwierigkeiten zu geraten drohte.

Jeder Versuch der Länder der Euro-Zone oder der Kommission, die Spekulanten durch Hilfszusagen für Griechenland zu stoppen, wurde von der Bundesregierung torpediert. Durch die gebetsmühlenhaften Behauptungen, Griechenland müsse erst einmal seine Hausaufgaben machen und ein Sparpaket vorlegen, wurden die Hilfen infrage gestellt und die Spekulanten geradezu eingeladen, weiter auf einen Staatsbankrott zu wetten.

Anstatt die deutsche Bevölkerung über die Fakten und die Notwendigkeit zur Hilfe aufzuklären, wurde seitens der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien keine Gelegenheit ausgelassen, die billigsten Ressentiments und Vorurteile, Falsch- und Fehlmeldungen, die in einer beispiellosen Hetzkampagne einiger deutschen Medien über Wochen publiziert wurden, zu bedienen und zu verstärken. Jeder, der es wissen wollte, hätte wissen können, dass die griechische Regierung und das griechische Parlament seit Beginn dieses Jahres bereits zahlreiche und sehr weit reichende Maßnahmen beschlossen haben – zuletzt gestern – und dass weitere in Kürze beschlossen werden. Diese Maßnahmen verlangen der griechischen Bevölkerung viel ab, manchen vielleicht zu viel.

Die jetzige griechische Regierung unter Ministerpräsident Giorgos Papandreou war und ist fest entschlossen,

(A) Griechenland eine neue und bessere Perspektive zu geben. Die Maßnahmen, die für die Erreichung dieses Zieles ergriffen werden, sind tiefgreifend und ohne Beispiel und es ist nicht auszuschließen, dass der politische Preis dafür hoch sein kann. Anstatt der griechischen Regierung den Rücken zu stärken, ihre Anstrengungen zu würdigen und der griechischen Bevölkerung die Zusage zu geben, dass die europäische Familie dem Treiben der Finanzmärkte ein Ende setzt und den Weg Griechenlands in eine neue Zukunft unterstützt, hat die Bundesregierung den guten Beziehungen zwischen Deutschland und Griechenland massiv geschadet und das Vertrauen der griechischen Bevölkerung in die europäische Idee geschwächt. Niemand weiß besser als die Griechinnen und Griechen selbst, dass Veränderungen notwendig sind, auch wenn sie hart sind. Die griechische Bevölkerung wird zuallererst die Fehler der früheren griechischen Regierungen, insbesondere die der konservativen Regierung Karamanlis, aber auch die Hinhaltenaktik der Regierung Merkel teuer bezahlen müssen. Die Hinhaltenaktik der Deutschen Bundesregierung hat nicht nur dazu geführt, dass für die zuletzt ausgegebenen griechischen Staatsanleihen durch Spekulationen getriebene überhöhte Zinsen bezahlt werden müssen, sondern auch dazu, dass der Hilfsmechanismus in Gang gesetzt werden musste und die daraus resultierenden Bürgschaften höher ausfallen, als sie sonst ausgefallen wären.

Bis vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung den Eindruck erweckt, dass es sich bei dem Hilfspaket um direkte Zahlungen aus dem Bundeshaushalt handelt und nicht um eine Bürgschaft für Kredite, an denen die KfW und damit die deutschen Steuerzahler und Steuerzahlerinnen verdienen werden. Und sie hat den Eindruck erweckt, als ob nicht die griechische Regierung und das griechische Parlament weit reichende Maßnahmen ergriffen haben, sondern dass erst die Verweigerungshaltung der deutschen Regierung dazu geführt hat, dass überhaupt Maßnahmen ergriffen wurden.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat auch aus der Finanz- und Wirtschaftskrise keine Lehren gezogen. Sie weigert sich aus ideologischen Gründen, die Verursacher und Profiteure der Krise an den Kosten zu beteiligen. Sie weigert sich, die Finanzmärkte so zu regulieren, dass Spekulationen eingedämmt werden und vom Finanzsektor künftig keine Gefahren für die Realwirtschaft oder ganze Währungsräume mehr entstehen können. Es ist schwer zu ertragen, dass diejenigen, die die Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht haben, auch jetzt wieder in der Krise, in die sie die Euro-Zone hineinmanövriert haben, von den Hilfsmaßnahmen profitieren werden, weil Deutschland keinerlei ernsthafte Anstrengungen unternimmt, die Kapitalmärkte zu regulieren und den Finanzsektor an den Kosten zu beteiligen.

Bei der heutigen Entscheidung geht es nicht mehr um Griechenland, sondern es geht um eine Stabilisierung der gesamten Euro-Zone. Leider ist die schwarz-gelbe Koalition nicht willens, über das konkrete Hilfspaket hinaus ihrer Verantwortung für Europa gerecht zu werden. Das ist zu wenig.

Ich unterstütze das Hilfspaket und hätte dem Gesetz auch gerne meine Zustimmung gegeben. Allerdings hat eine sehr sehr deutliche Mehrheit meiner Fraktion entschieden, sich der Stimme zu enthalten. Ich respektiere diese Auffassung, sehe mich aber nicht in der Lage, dieses Votum mitzutragen. Ich werde mich deshalb nicht an der Abstimmung zum Gesetzentwurf beteiligen. (C)

Ich wünsche der griechischen Regierung, vor allem aber dem griechischen Volk und meinen Freundinnen und Freunden in Griechenland, dass die Anstrengungen sich auszahlen werden und Griechenland eine bessere und neue Perspektive erhält.

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU): Bei der heutigen Abstimmung zum Finanzstabilitätsgesetz werde ich dem Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht zustimmen, weil er für die Erreichung seiner Hauptziele – Stabilisierung des Euro und Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit Griechenlands – kontraproduktiv ist: Weitere Kredite der vorgesehenen Art bzw. die Bürgschaften für Kredite der KfW stellen nicht die Zahlungsfähigkeit Griechenlands wieder her, sondern erhöhen die für das Land heute nicht mehr zu bewältigende Kreditlast. Sie dienen nur der Absicherung spekulativer Kreditgeschäfte internationaler Großbanken und der Verlängerung dieser Geschäfte. Die eingeleiteten Sparmaßnahmen dienen auch nicht der Stimulierung der griechischen Wirtschaft, sondern beinhalten eine Entsagungs- und Rosskurpolitik, die nicht zur wirtschaftlichen Gesundung des Landes führen kann. Deutschland hatte sich eine derartige „Sparpolitik“ zum Ende der Weimarer Republik aufgelegt – die Ergebnisse sind bekannt. (D)

Verhindert bzw. hinausgeschoben würde durch die Annahme des Entwurfs auch das notwendige – zumindest zeitweise – Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro-System und damit eine vom IWF zu unterstützende Entschuldung – sogenanntes Haircut –, die mit einer Abwertung verbunden sein müsste, um griechische Produkte, Leistungen und Angebote – insbesondere auch im Tourismus – weltweit wieder attraktiv zu machen.

Es ist auch gegen jede Wahrscheinlichkeit, dass der Beschluss zur Stabilisierung des Euro beiträgt. Wahrscheinlich ist vielmehr, dass der Beschluss andere Staaten der Euro-Zone, die mit vergleichbaren Schwierigkeiten wie Griechenland belastet sind, animiert, vergleichbare „Rettungsprogramme“ zu verlangen, die die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland endgültig überspannen dürften. Es besteht deshalb die Gefahr, dass das beschlossene „Sanierungskonzept“ die Krise nicht beseitigt, sondern vergrößert.

Nicht zuletzt verstößt das „Rettungspaket“ gegen das europarechtliche Bail-out-Verbot, Art. 125 AHUV. Das Vertrauen der Märkte in die stabilitätssichernde Funktion dieser Vorschrift wird damit dauerhaft erschüttert. Auf diese Weise wird eine der tragenden rechtlichen Säulen, die aus der Währungsunion eine Stabilitätsunion machen sollten, zum Einsturz gebracht.

Dr. Wolfgang Gerhardt (FDP): Angesichts der Entscheidung des Bundestages zugunsten einer finanziellen

- (A) Hilfe für Griechenland ist daran zu erinnern, dass die Mitglieder der Europäischen Union und besonders die Mitgliedsländer der Euro-Zone eine eigene sozusagen ganz persönliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Verantwortung in ihren nationalen Angelegenheiten zum Zusammenhalt Europas und zur Stabilität des Euro haben.

Die Euro-Länder insgesamt müssen sich darüber im Klaren sein, dass ihre Währung in ihrem Ansehen und in ihrer Stabilität von ihrer Wettbewerbsfähigkeit, der Kraft ihrer Marktwirtschaften, den zwischen ihnen vereinbarten Spielregeln und den Fähigkeiten ihrer Gesellschaften abhängt. Mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union oder der Zugehörigkeit zur Euro-Zone allein ist es nicht getan. Sie sind eine Chance, zugleich aber auch eine Herausforderung, die bisher zweifellos nicht bei allen – und nicht nur in Griechenland – in der nötigen Deutlichkeit das Bewusstsein bestimmt hat und bestimmt. Darauf erneut aufmerksam zu machen, ist gerade aufgrund der Bereitschaft zur Hilfe für Griechenland dringend notwendig.

Die zu treffende Entscheidung des Deutschen Bundestages zur Hilfe für Griechenland treffe ich im Bewusstsein der europäischen Verantwortung Deutschlands, die uns selbst aus der größten Katastrophe unserer Geschichte herausgebracht und in den Kreis der anerkannten demokratischen Nationen hineingeführt hat. Ich treffe sie aber zugleich unter Zurückstellung erheblicher europapolitischer und wirtschafts- und finanzpolitischer Bedenken; denn die europäischen Institutionen, vor allem die Europäische Zentralbank, haben in dem gesamten Ablauf, der sie dazu geführt hat, zur Rettung Europas im gleichen Atemzug sozusagen aus Gründen eines übergreifenden Notstandes einige der Spielregeln Europas außer Kraft zu setzen, an Glaubwürdigkeit und im Falle der letzteren an Unabhängigkeit verloren. Deshalb kann und darf der Vorgang nicht zu einer unendlichen Geschichte mit dauerhafter Inanspruchnahme für Politiken führen, die sich mit der eigenen Verantwortung und dem Einhalten von Spielregeln schwertun. Solidarität ist keine Einbahnstraße, sondern eine Verpflichtung auf Gegenseitigkeit. Sie entlastet nicht von einer Verantwortung, und sie entschuldigt nicht eigene Versäumnisse.

Die im vorliegenden Fall zu gewährende Hilfe für Griechenland, die jetzt unumgänglich geworden ist, muss deshalb in der Erwartung geschehen, dass Griechenland seine eigenen nun notwendigen und unumgänglichen Entscheidungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik auch in einem Bewusstsein seiner eigenen Verantwortung für den europäischen Zusammenhalt und eine stabile Währung trifft. Griechenland ist sich das in allererster Linie selbst schuldig und nicht allein dem Internationalen Währungsfonds und den weiteren Gläubigern.

Robert Hochbaum (CDU/CSU): Nach den parlamentarischen Beratungen, insbesondere der Anhörung, bin ich zum Schluss gekommen, dass die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, ein Staatsbankrott, die europäische Währungsunion in höchste Not bringen, eine neuer-

liche internationale Bankenkrise auslösen und für andere ebenfalls höher verschuldete Länder weitere Schwierigkeiten bei der Refinanzierung mit möglichen weiteren Folgen bedeuten würde. Eine kaum mehr vorhersehbare und steuerbare Kettenreaktion würde ausgelöst werden. Diese würde Deutschland als Euro-Land und Land, das seinen Wohlstand massiv auf Exporten gerade in den umgebenden Euro-Raum begründet, empfindlich und für alle Bürger spürbar treffen. Dies zu verhindern, stimme ich dem vorliegenden Gesetzentwurf, dem deutschen Beitrag der Hilfe der Euro-Staaten und des Internationalen Währungsfonds, als *Ultima Ratio*, als letztes Mittel, zu. Es ist von einer Reihe schlechter Varianten nach meiner Überzeugung die beste.

Ein früheres Eintreten, das vor allem die Bundesregierung in Europa verhindert hat, wäre entgegen den Äußerungen der Opposition nicht billiger und besser, sondern teurer und schlechter gewesen. Die wichtige Einbeziehung des IWF und damit der Weltgemeinschaft und das Aufzwingen nötiger harter Sparmaßnahmen gegenüber Griechenland, das Gewinnen von Akzeptanz für das Bestehen von Fehlentwicklungen in der griechischen Bevölkerung waren nur so überhaupt erst möglich. Andere Euro-Länder wollten schneller unbedingter eintreten – das wäre falsch gewesen und teurer geworden.

Dass die Kopplung der in Tranchen auszureichenden Hilfen anders als noch im Entwurf nun im Gesetz an die Bedingungen der Einigung zwischen Griechenland und den Hilfsgebern gebunden und tranchiert ist, war mir sehr wichtig, zeigte es doch, dass es keinen Freifahrtsschein gibt, sondern Griechenland sich redlich halten muss, will es diesen Weg gehen.

Durch gefälschte Statistiken hat die politische Elite Griechenlands lange Jahre bewusst die europäischen Partner getäuscht und sich den Zugang zum Euro-Raum erschlichen. Die Griechen insgesamt haben seit längerem über ihre Verhältnisse gelebt; die Defizite sind nicht durch Spekulationen entstanden oder vom Himmel gefallen. Eine drastische Verringerung des griechischen Haushaltsdefizits ist daher unumgängliche Voraussetzung für Hilfe. Das nochmals nachgebesserte griechische Sparprogramm geht in die richtige Richtung. Unbedingte Transparenz und absolute Kontrolle der Einhaltung sind vereinbart und zwingend.

Die No-bail-out-Klausel in Art. 125 der Europäischen Verträge als Haftungsausschluss stellt klar, dass ein Euro-Teilnehmerland nicht für Verbindlichkeiten und Schulden anderer Teilnehmerländer aufkommen muss. Diese Klausel soll gewährleisten, dass für die Rückzahlung öffentlicher Schulden die jeweiligen Staaten selbst verantwortlich bleiben. Die Übertragung von Risiken infolge einer nicht tragfähigen Haushaltspolitik einzelner Staaten auf die Partnerländer soll damit vermieden werden. Das ist richtig, war eine der Grundvoraussetzungen für den Beitritt Deutschlands zur Währungsunion. Die abgestimmten freiwilligen Hilfen der Euro-Länder unterfallen diesem Szenario nicht, da sie nur Kredite und keine Schuldenübernahme sind.

Das Instrumentarium der Währungsunion, das offensichtlich nicht ausreicht, für die Zukunft zu schärfen und

- (A) Lücken zu schließen bzw. bei faktisch unpraktikablen Regelungen nachzusteuern, ist absolut unumgänglich. Mehr Transparenz, frühere Eingriffs- und härtere Sanktionsmöglichkeiten und -automatismen, die politisch nicht einfach abdingbar sind, sind erforderlich. Was nun hier gerade passiert, widerspricht dem Geist des Euro und darf sich nie wiederholen, soll der Euro, der, wenn er stark und hart ist, allen Euro-Ländern weit überwiegend Vorteile bringt, bestehen.

Unverantwortlichen Spekulanten, die auch in dieser Krise Treiber waren, müssen wir das Handwerk legen. Der zum Gesetz vorgelegte Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zeigt hierzu die richtigen, notwendigen Maßnahmen auf. Die allermeisten dieser bedürfen europäischer Lösungen oder solcher der Staatengemeinschaft. Wir müssen größte Anstrengungen unternehmen, diese schnellstens zu erreichen.

Dr. Eva Högl (SPD): Die Bundesregierung hat durch ihr unverantwortliches Verhalten, ihre Verzögerung, ihr Taktieren und die fehlende Einsicht, dass Griechenland dringend unsere Hilfe braucht, unser Land international und in Europa isoliert und die Spekulationen der Finanzmärkte angeheizt. Anstatt den Deutschen Bundestag und die deutsche Bevölkerung über die Fakten und notwendige Maßnahmen aufzuklären, wurde seitens der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien keine Gelegenheit ausgelassen, Vorurteile und Falschmeldungen zu bedienen und zu verstärken. Dadurch wurden die notwendigen Hilfsmaßnahmen für Griechenland nicht nur schwieriger, sondern auch unsicherer in ihrer Wirkung und nahmen ein immer größeres Ausmaß an. Ich kritisiere besonders, dass die Bundesregierung aus der Finanz- und Wirtschaftskrise keine Lehren gezogen hat. Sie weigert sich aus ideologischen Gründen, die Verursacher und Profiteure der Krise an den Kosten zu beteiligen. Und sie weigert sich, die Finanzmärkte wirksam zu regulieren, um künftigen Krisen vorzubeugen.

(B)

Bei der heutigen Entscheidung geht es nicht nur um Griechenland, sondern um die Stabilisierung der Euro-Zone und die Zukunft und Handlungsfähigkeit Europas. Leider ist die schwarz-gelbe Koalition nicht in der Lage, ihrer Verantwortung für Europa gerecht zu werden, und weitere notwendige Maßnahmen zur Bewältigung der gegenwärtigen Krise und zur Vermeidung künftiger Krisen zu beschließen. Das ist zu wenig.

Gleichwohl unterstütze ich das geplante Hilfspaket für Griechenland, weil ich es für alternativlos halte. Die Mitgliedstaaten der EU sind jetzt gefordert, der griechischen Regierung mit dem vereinbarten Hilfspaket zur Seite zu stehen. Es geht um die Stabilisierung des Euro und des europäischen Wirtschaftsraumes, von dem maßgeblich Deutschland dank seiner Exporte profitiert. Millionen Arbeitsplätze in Deutschland wären bedroht, wenn es zu einem Flächenbrand käme, der sich beispielsweise auf Spanien, Portugal oder gar Großbritannien ausdehnte.

Die Europäische Union und der IWF haben sich nunmehr auf ein Hilfspaket verständigt. Es muss umgehend in Kraft treten und wirken. Aber es trägt wenig zur Ver-

hinderung ähnlicher Krisen in der Zukunft bei. Hierzu hat die SPD eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Spekulationen auf Währungen und Staaten sind einzudämmen, die internationalen Finanzmärkte sind auch durch eine entsprechende Steuer an den Kosten der Krise zu beteiligen, eine stärkere Kontrolle und Regulierung des internationalen Banken- und Finanzsystems ist überfällig. Die Staatsfinanzen müssen von den Kapitalmärkten weitgehend entkoppelt werden. Die Euro-Zone leidet auch unter den massiven wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen und sozialen Ungleichgewichten. Aus ideologischen Gründen verschließen sich CDU/CSU und FDP dieser Einsicht.

(C)

Dennoch erteile ich dem Gesetzesentwurf meine Zustimmung. Ich bin davon überzeugt, dass es unter den obwaltenden Umständen die notwendige Antwort auf die Krise ist. Ein deutliches, auch von der deutschen Sozialdemokratie als der Europapartei getragenes Zeichen der Solidarität in Richtung Griechenland und Europäische Union halte ich für zwingend. Deshalb stimme ich zu, unabhängig davon, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen europapolitisch versagt und sich zur zukünftigen Verhinderung solcher Krisen solidarischen, gerechten und europäischen Antworten verweigert haben.

Dr. Egon Jüttner (CDU/CSU): Nach reiflicher Überlegung und sorgfältiger Abwägung aller Argumente für und gegen das Gesetz zur Sicherung der Finanzstabilität in der Euro-Zone habe ich mich entschieden, dem Gesetz zuzustimmen. Ausschlaggebend für meine Entscheidung ist die Tatsache, dass es nicht allein um die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands aufgrund selbstverschuldeten Verhaltens geht, sondern in erster Linie um die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung. Der Verlust von Stabilität des Euro hätte gefährliche Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft und den Wohlstand Deutschlands. Insofern liegt es im nationalen Interesse unseres Landes, die Insolvenz Griechenlands abzuwenden und die Finanzstabilität der Europäischen Währungsunion zu erhalten.

(D)

Ich erwarte, dass nicht nur die griechische Regierung die mit der Europäischen Union und dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Maßnahmen zur Sicherstellung der Rückzahlungsfähigkeit Griechenlands nachvollziehbar umsetzt. Ich erwarte ebenso Maßnahmen Deutschlands und der Europäischen Union, die künftige Fehlentwicklungen vermeiden. So beispielsweise ein geordnetes Insolvenzverfahren, die Einführung eines Frühwarnsystems bei möglicher Überschuldung eines Mitgliedslandes, eine Bankenabgabe zur Einführung eines Stabilitätsfonds, eine europäische Ratingagentur, die Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, damit Sanktionen früher greifen können, das Verbot ungedeckter Leerverkäufe von Finanzmarktinstrumenten, ein effektiveres Monitoringverfahren bei Anträgen auf Beitritt zur Währungsunion.

Manfred Kolbe (CDU/CSU): Dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz kann ich nicht zustimmen, da die finanziellen Lasten allein den europäischen Steuerzah-

- (A) lern auferlegt werden, ohne dass die internationale Finanzwirtschaft irgendeinen echten Beitrag leistet.

Erstens. Wir müssen Griechenland helfen, aber bitte unter Einbeziehung der Banken und Spekulanten, die von hohen griechischen Zinsen profitieren. Griechische Anleihen brachten wegen des höheren Risikos höhere Zinsen – bis zu 9 Prozent. Ohne europäische Hilfe wären die Gläubiger voll ausgefallen. Dann kann man jetzt aber von ihnen eine Beteiligung an den Kosten der Rettungsaktion durch einen teilweisen Forderungsverzicht im Rahmen einer Umschuldung verlangen. Der Steuerzahler muss nach der US-Immobilienkrise vor zwei Jahren jetzt zum zweiten Mal bei Griechenland die Risiken der Gläubigerbanken übernehmen. Dies kann nicht zum Regelfall werden: In einer Marktwirtschaft hat ein Investor die Chancen, trägt aber eben auch die Risiken.

Zweitens. Nur bei einer Reduzierung seiner Staatsschulden von circa 300 Milliarden Euro als Folge einer Umschuldung hat Griechenland eine echte Chance. Die jetzigen Schulden wird Griechenland aller Voraussicht nach nicht zurückzahlen können. In Griechenland können wir nicht einerseits der Bevölkerung große Opfer zumuten und andererseits griechischen Milliardären hohe Zinseinnahmen durch den europäischen Steuerzahler garantieren.

- (B) Drittens. Die heute beschlossene Griechenland-Hilfe ist keine nachhaltige Lösung. Auch weitere europäische Länder haben über ihre Verhältnisse gelebt und zu hohe Schulden aufgetürmt. Bei weiteren Folgefällen ist der europäische Steuerzahler überfordert. Deshalb brauchen wir eine nachhaltige Lösung durch eine Umschuldung, verbunden mit einem teilweisen Forderungsverzicht der Gläubigerbanken. Sonst wird der Euro nicht zum Integrationsfaktor, sondern eher zum Spaltpilz für Europa.

Dr. h. c. Jürgen Koppelin (FDP): In der Anhörung des Haushaltsausschusses erklärte Professor Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Griechenland hat über viele Jahre grob und unverantwortlich gegen europäische Vereinbarungen und Vorgaben verstoßen. Die Haushalts- und Wirtschaftspolitik war den Stabilitätsanforderungen eines gemeinsamen Währungsraums nicht angemessen ...

Als Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages bin ich erschüttert darüber, dass erst jetzt die dramatische Situation bekannt wird. Ich hätte erwartet, dass uns die Bundesfinanzminister früherer Regierungen schon viel früher umfassend informiert hätten. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Wissen über die erheblichen Zahlungsschwierigkeiten Griechenlands den Bundesfinanzministern Hans Eichel und Peer Steinbrück durchaus bekannt gewesen waren.

Es war eine politische Entscheidung, Griechenland seit dem 1. Januar 2001 in die Euro-Gruppe zu nehmen. Es stellt sich immer mehr die Frage, ob schon damals beim Beitritt das griechische Finanzsystem erheblich gefährdet war.

- (C) Es war eine völlige Fehleinschätzung des Bundesfinanzministers Hans Eichel, als er am 29. Juni 2000 im Deutschen Bundestag erklärte:

Ich freue mich, dass Griechenland mit seiner langen Geschichte und seinem großen Beitrag, den es zur europäischen Kultur geleistet hat, Mitglied der Euro-Zone wird. Sie sehen darin übrigens, welche Stabilitätsgemeinschaft die Euro-Zone inzwischen ist.

Ebenso hat nach meiner Auffassung die von Bundesfinanzminister Hans Eichel und Bundeskanzler Gerhard Schröder und der rot-grünen Koalition im März 2005 gewollte flexiblere Auslegung des Euro-Stabilitätspaktes erheblichen Schaden angerichtet und Griechenland mit in die Situation geführt, mit der sich heute der Deutsche Bundestag beschäftigen muss.

Die Kritik der Oppositionsparteien an der Aufweichung des Stabilitätspaktes wies der damalige Bundeskanzler Schröder öffentlich mit den Worten:

Die Kritik der Opposition beruht auf der Kenntnislosigkeit der ökonomischen Zusammenhänge

zurück. Die Fehleinschätzungen der früheren rot-grünen Koalition und ihres Bundeskanzlers Schröder muss die jetzige Koalition in einer beispiellosen Rettungsaktion für Griechenland bezahlen.

- (D) Ich habe erhebliche Zweifel, ob jetzt die finanz- und wirtschaftspolitischen griechischen Daten belastungsfähig sind. Ebenso muss ich anzweifeln, dass allein die Beschlüsse der griechischen Regierung zu den notwendigen Konsolidierungen führen. Ohne Entschuldung ist nach meiner Auffassung kein wirtschafts- und haushaltspolitischer Neuanfang in Griechenland möglich.

Trotz dieser Bedenken werde ich dem Gesetz zustimmen. Ich stimme auch deshalb zu, weil bei der Anhörung der Sachverständigen durch den Haushaltsausschuss auf die dringende Notwendigkeit der Maßnahmen, wie sie die Bundesregierung vorgeschlagen hat, hingewiesen wurde.

Dr. Rolf Koschorrek (CDU/CSU): Die Entscheidung über das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz ist nicht leicht zu treffen. Ich stimme dem Gesetz mit großen Bedenken zu.

Chancen und Risiken unseres Vorgehens sind mangels historischer Vergleiche und Erfahrungen nur eingeschränkt abzuwägen. Im Mittelpunkt dieser für mich persönlich mit vielen Unsicherheiten behafteten Abwägung steht der mit dem griechischen Staatsbankrott im Euro-Raum mit relativ höherer Wahrscheinlichkeit verbundene Dominoeffekt und die zu befürchtende neuerliche Vertrauenskrise. Die Möglichkeit, eine solche Krise zu verhindern, müssen wir wahrnehmen. Gelingen die ergriffenen Hilfsmaßnahmen, geht dies ohne Belastung unserer Steuerzahler, weil dann die auf Basis unserer Garantien gewährten Kredite verzinst und zurückgeführt werden.

(A) Das Gelingen hängt ab vom Verhalten der Kreditgeber, von der Einigkeit der Regierungen im Euro-Raum, von der Entschlossenheit der Griechen und der Durchsetzungsfähigkeit des IWF. Der IWF spielt meines Erachtens eine Schlüsselrolle. Ohne ihn wäre ich in noch größerer Sorge, ob es gelingen kann, die Griechen auf den Pfad haushaltspolitischer Tugend zu führen.

Entscheidend für meine Zustimmung ist auch, dass wir die Bundesregierung nicht einfach ermächtigen, Garantien zu geben, sondern diese auch an den Reformfortschritt binden. Eine Generalermächtigung kam für mich nicht infrage. Mein Vertrauen in die Gestaltungskraft des krisenerfahrenen IWF ist jedenfalls ausgeprägter als das in den Durchsetzungswillen etlicher – wegen eigener Haushaltsdefizite befangener – europäischer Regierungen. Meine Zustimmung zu dem Gesetz wird damit auch getragen von der Hoffnung, dass wir unsere Lehren ziehen und sich unsere Europapolitik grundlegend ändert. Es ist mir an dieser Stelle ein ausdrückliches Anliegen, klarzustellen, dass der Euro selbst nicht das Problem ist. Problematisch ist der Umgang mit dem Stabilitätspakt.

In Kenntnis der Haushaltslagen anderer Euro-Staaten – auch der in Deutschland – darf man nicht nur mit dem Finger auf Griechenland zeigen. Wenn es uns mit dieser Ermächtigung und der konsortialen Kreditgewährung durch die übrigen Euro-Staaten tatsächlich gelingt, Vertrauen zu schaffen, haben wir Zeit gewonnen, aber nicht alles erreicht. Wir müssen den Waigel'schen Stabilitätspakt nachschärfen und durchsetzen. Dies ist unverzichtbar, bei uns in Deutschland wie in allen anderen EU-Mitgliedstaaten. Anfangen sollten wir hier bei uns – in Deutschland.

(B)

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich stimme dem Gesetz – trotz erheblicher Bedenken – zu. Die geplanten Kredithilfen an Griechenland sind ein nicht unerheblicher Eingriff in die Marktmechanismen und schon deshalb kritisch zu bewerten. Das Problem Griechenlands ist gerade die enorme Schuldenlast. Ich schließe nicht aus, dass eine geordnete Insolvenz Griechenlands oder andere diskutierte Maßnahmen eine wirksamere Methode zur Überwindung der Krise wären.

Letztlich muss ich mich allerdings auf die Richtigkeit der vorgetragenen Argumente seitens der Bundesregierung und der Experten aus der Europäischen Union bzw. der Deutschen Bundesbank/Europäische Zentralbank verlassen. Voraussetzung für meine Entscheidung stellen die Maßnahmen im Entschließungsantrag der CDU/CSU und FDP dar. Demnach würde ein Zahlungsausfall Griechenlands ein erhebliches Risiko für die Stabilität der Währungsunion und des Finanzsystems darstellen. Dies ist zu verhindern. Außerdem muss ein Dominoeffekt verhindert werden, der andere fragile Staaten in den Abgrund reißt.

Die strengen Richtlinien für die Finanzverfassung im Euro-Raum müssen wieder solide, und deren Umsetzung muss mit aller Konsequenz durchgesetzt werden. Dazu gehört vor allem, dass auf den Bruch dieser Richtlinien Sanktionen erfolgen müssen.

(C) Die jetzigen Hilfen für Griechenland entbinden den Bundestag und die Bundesregierung nicht von der Pflicht, die Umstände der Aufnahme Griechenlands in den Euro-Raum sowie dessen Verhalten seitdem aufzuklären. Dazu gehört auch die Frage, warum Stabilitätskriterien aufgeweicht bzw. deren Anwendung nicht oder nur nachlässig durchgesetzt wurden. Dies darf sich nicht ausschließlich auf Griechenland konzentrieren, sondern muss insbesondere auch die beteiligten Euro-Staaten und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland einbeziehen.

Mit der Abstimmung verbinde ich die Hoffnung darauf, dass auch in Deutschland die Einsicht darüber einkehrt, dass nur solide Finanzen, ein durchschaubares Steuersystem und die konsequente Durchsetzung von Kontrollmechanismen langfristig das Überleben der Währungsunion sichern kann. Der Fall Griechenland zeigt, dass unfinanzierbare Tagträume, die beständig im politischen Meinungsprozess Einzug oder Wiederkehr feiern, fatale Folgen haben.

Darüber hinaus müssen wir uns vor Augen führen, dass auch Deutschland nicht ohne Weiteres die Übernahme solch enormer finanzieller Risiken leisten kann. Deutschland muss sich trotz seiner im Vergleich zu Griechenland besseren Finanzausstattung bewusst sein, dass es selbst immense Hausaufgaben in dieser Beziehung vor sich hat. Erhebliche Einsparmaßnahmen, die Reformierung des Steuersystems und die Bekämpfung der Bürokratie bleiben auf der Tagesordnung. Diese Notwendigkeiten sind auch im Lichte der griechischen Verhältnisse nicht relativierbar und müssen weiterhin mit Nachdruck verfolgt werden.

(D)

Paul Lehrieder (CDU/CSU): Trotz größter Bedenken habe ich zur Stützung der Geldwertstabilität unserer gemeinsamen Euro-Währung am Freitag, den 7. Mai 2010, dem sogenannten Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz meine Zustimmung erteilt.

Eine Abwertung der griechischen Staatsanleihen bzw. eine Umschuldung Griechenlands mit entsprechenden Verlusten bei den gezeichneten Staatsanleihen hätte keinesfalls eine gangbare Alternative darstellen können, zumal auch Staatsanleihen weiterer Euro-Länder – Portugal, Spanien, Irland – in der Folge unverzüglich Gefahr gelaufen wären, ebenfalls nicht mehr akzeptiert bzw. als Anlage nicht mehr gezeichnet werden zu können mit der Folge, dass neben dem relativ kleinen Griechenland ein weiterer Teil des Euro-Landes sehr kurzfristig erhebliche Finanzprobleme dergestalt leiden würde – Spanien –, dass hier eine Hilfe wie im Fall Griechenlands bei den übrigen Ländern schlichtweg aus haushaltstechnischen Gründen nicht mehr infrage kommen könnte. Man würde mit großer Wahrscheinlichkeit hier Gefahr laufen, dass beispielsweise ein Land wie Spanien „too big to fail“ wäre und hierdurch erhebliche Stabilitätsprobleme der gesamten Euro-Währung entstehen würden.

Ich sehe mich außerstande, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen Währungsschnitt bzw. eine ähnlich drastische Einschnittsmaßnahme in ihre Sparguthaben zu erklären bzw. zuzumuten.

(A) Mir ist sehr wohl bekannt und bewusst, dass die Bereitstellung der im eingangs genannten Gesetz vorgesehenen Finanzmittel mit erheblichen Risiken verbunden ist. Ebenfalls ist mir durchaus ein Ärgernis, dass in unvermeidbarer Weise die relativ hochverzinsten griechischen Staatsanleihen letztendlich über deutsche Steuermittel abgesichert werden und die Risiken von uns als Mittelbereinsteller getragen werden, die Rendite jedoch bei den Zeichnern der Staatsanleihen verbleibt.

Dies stellt jedoch im Verhältnis zu der eingangs genannten Problematik eines sogenannten Flächenbrands des Misstrauens unserer Gemeinschaftswährung von immerhin etwa einem halben Dutzend der Euro-Länder das aus meiner Sicht geringere Risiko im Verhältnis zu einer Geldentwertung des Euro dar.

Die absichtlich falschen Daten Griechenlands vor Aufnahme in die Euro-Gruppe im Jahr 2000/2001, viele Entscheidungen griechischer Regierungen seitdem, das Übersehen von Warnhinweisen im Jahr 2005 durch die rot-grüne Regierung in Deutschland sowie die andauernde Verschleierung und Beschönigung der griechischen Wettbewerbsfähigkeit und Staatsfinanzen haben ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber der griechischen Politik geschürt, das auch jetzt noch Zweifel am Willen Griechenlands hegt, Kredite ernsthaft zurückzuzahlen.

Ebenfalls begegnet das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erheblichem Befremden, wenn sie einerseits im Jahr 2001 gegen bestehende Bedenken maßgeblich den Beitritt Griechenlands zur Euro-Zone forciert hatte, nunmehr offensichtlich in der Abstimmung unsere Kanzlerin im Regen stehen lässt und mit einer Enthaltung von der historischen Verantwortung der SPD offensichtlich nichts mehr wissen will.

(B) Dennoch komme ich nach Abwägung aller Umstände zu dem Ergebnis, dass die mit dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz möglicherweise verbundenen Folgen eher zu verantworten sind als ein Nichthandeln und ein griechischer Staatsbankrott. Die Gefahr für die Stabilität unserer Währung, die Gefahr für Aufschwung und Arbeitsplätze in Deutschland durch einen Staatsbankrott Griechenlands bedrohen die Bürger Deutschlands unmittelbarer und härter.

Bei meiner Entscheidung, meine Bedenken zurückzustellen, habe ich mich von folgenden Überlegungen leiten lassen:

- Die Nothilfe für Griechenland ist ein absoluter Ausnahmefall. Aus der Europäischen Union darf und wird keine Transferunion werden.
- Die Bundesregierung wird alles daransetzen, zu einer Stärkung der Kontroll- und Eingriffsbefugnisse der Europäischen Union gegenüber Mitgliedstaaten zu kommen, die ihre Verpflichtungen nicht erfüllen.
- Die Bundesregierung wird alles daransetzen, im europäischen Stabilitätspakt schärfere, nach verbindlich beschriebenen Kriterien eintretende und damit von politischen Rücksichtnahmen unabhängige Sanktionen zur Ahndung von Verstößen zu verankern.

(C) – Das Sanierungsprogramm der Regierung Griechenlands wird vom IWF und den europäischen Institutionen strikt überwacht. Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag laufend über die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen.

– Künftigen Krisen wird wirksamer als in der Vergangenheit vorgebeugt: durch strengere Regeln für Finanzinstitutionen und Finanzmärkte, die derzeit erarbeitet und in den nächsten Monaten in Deutschland, Europa und möglichst weltweit in Kraft gesetzt werden, und durch Reformen, die dem europäischen Stabilitätspakt mehr Biss geben.

– In Europa werden Instrumente für eine geordnete Staatsinsolvenz überschuldeter Staaten entwickelt. Das Restrukturierungs- und Insolvenzsystem wird eine systemische Risiken vermeidende Heranziehung der Gläubiger entsprechend der von ihnen eingegangenen Risiken sicherstellen.

Dr. Erwin Lotter (FDP): Der Deutsche Bundestag beschließt am heutigen Tage eine milliardenschwere Unterstützung für das in Not geratene EU-Mitglied Griechenland. Dem entsprechenden Gesetz habe ich aus übergeordneten Gesichtspunkten zugestimmt, insbesondere um die Stabilität der Gemeinschaftswährung Euro nicht zu gefährden und einen europaweiten finanzpolitischen Flächenbrand zu verhindern.

Dessen ungeachtet möchte ich festhalten, dass Griechenland einen Großteil der Verantwortung für die derzeitige Situation trägt. Ich bedaure, dass die Verhandlungen der letzten Wochen nicht primär in Richtung einer geregelten Insolvenz oder einer Umschuldung geführt worden sind. Als Konsequenz steht das jetzige Vorgehen ohne Alternative da, um einem unregelmäßigem Staatsbankrott Griechenlands zu entgehen. Es ist auch im Hinblick auf die vertraglichen Regelungen zur Einführung des Euro nicht unproblematisch, die eine „Rettung“ verschuldeter Staaten durch die anderen Mitglieder der Euro-Zone nicht vorsehen.

Es ist mir wichtig, die besondere Verantwortung zu unterstreichen, die ich als Bundestagsabgeordneter gegenüber dem deutschen Steuerzahler habe, der letztlich für die Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau haftet. Die Entscheidung ist mir daher persönlich schwergefallen.

Ich fordere einen nachdrücklichen Einsatz des griechischen Staates, der wirksame Maßnahmen ergreifen muss, um sein Staatsdefizit in den Griff zu bekommen, auch wenn dies bedauerlicherweise mit harten Einschnitten für die griechischen Staatsbürger verbunden ist. Hier ist ein Mentalitätswandel erforderlich, den Griechenland sich selbst schuldig ist. Die jüngsten Ausschreitungen haben leider Bedenken hinsichtlich der Zuverlässigkeit der griechischen Zusagen geweckt. Es bleibt fraglich, ob die Maßnahmen der Regierung von der Bevölkerung mitgetragen werden. Die Umsetzung der Reformen und entsprechenden Gesetze im Sinne der europäischen Verantwortung und der Einhaltung vereinbarter Spielregeln werden von uns selbstverständlich unterstützt.

- (A) Nach meiner Überzeugung ist es unverzichtbar, bessere Überprüfungsmaßnahmen einzuführen und Sanktionsmechanismen zu etablieren, um derartigen Entwicklungen, die für die Gemeinschaftswährung bedrohlich sind, künftig Einhalt zu gebieten. Es darf nicht geschehen, dass das im Falle von Griechenland gewählte Verfahren sich bei anderen gefährdeten Staaten der Euro-Zone wiederholt; der übergreifende Notstand kann keinesfalls zum Normalfall werden. Die Stabilitätsanforderungen des Maastricht-Vertrages müssen das Bewusstsein aller europäischen Regierungen bestimmen und dürfen nicht zur bloßen Absichtserklärung verkommen. Das heutige Gesetz muss auch in diesem Sinne als Warnung verstanden werden und ein Einzelfall bleiben.

Oliver Luksic (FDP): Zur Abstimmung zum Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFStG) der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/1544 erkläre ich Folgendes:

Da es zum jetzigen Zeitpunkt kein Zeitfenster für Alternativen mehr gibt, gilt es nicht nur aus Gründen der europäischen Solidarität, die mögliche Destabilisierung Griechenlands der Finanzmärkte und der europäischen Wirtschaft zu verhindern, sondern auch deshalb, weil dies wohl unkalkulierbare Kosten vor allem für den deutschen Steuerzahler verursachen würde. Ich stimme dem Gesetz trotz folgender Bedenken zu. Die Bundesgarantie für einen Kredit der KfW von bis zu 22,4 Milliarden Euro im Rahmen der von EU, EZB und IWF koordinierten bilateralen Hilfe für die Hellenische Republik halte ich politisch, ökonomisch und rechtlich für in hohem Maße bedenklich. Aus guten Gründen haben die Väter des Maastricht-Vertrages vermeiden wollen, dass es zu einer Haftungs- bzw. einer Transferunion kommt. Das WFStG ist de facto ein Bail-out Griechenlands und stellt europapolitisch, ökonomisch und juristisch eine Zäsur dar.

- (B) Kurzfristig mag der Euro so gestützt werden, mittel- und langfristig wird die Stabilität des Euro durch diesen Beschluss jedoch geschwächt. Die Akzeptanz des Euro und der europäischen Integration in der Bevölkerung wird durch diesen Beschluss nicht gefördert, insbesondere wenn es trotz aller Bemühungen und Beteuerungen dazu kommen sollte, dass Griechenland die Kredite nicht zurückzahlen kann. Wenn Schulden geteilt werden, sinkt die Eigenverantwortung. Ein Bail-out oder gar ein wie auch immer gearteter „permanenter Krisenlösungsmechanismus“ führen meiner Überzeugung nach zu weniger fiskalischer Disziplin und damit zu einer Schwächung unserer gemeinsamen Währung, die für Deutschland und Europa von großer Bedeutung und großen Nutzen war und ist.

Nicht nur das Maastricht-Urteil des BVerfG, sondern vor allem das europäische Recht mit Art. 125 AEUV setzt den Hilfsmaßnahmen klare Grenzen. Was verfassungsrechtlich vielleicht noch möglich ist, ist europarechtlich jedoch in äußerstem Maße fragwürdig. Wenn

- (C) weder Art. 122 noch Art. 136 AEUV als Ausnahmebestimmungen hier greifen, ist die Vereinbarkeit des WFStG mit EU-Recht weder was den Wortlaut, noch, was den Geist des AEUV angeht, gegeben. Da diese Prüfung dem EuGH obliegt, könnte es zu dem Fall kommen, dass es ohne Kläger keinen Richter gibt, was rechtlich und politisch hochproblematisch wäre. Gerade weil die EU im Kern eine Rechtsgemeinschaft ist, halte ich das vorliegende Gesetz für äußerst bedenklich.

Entscheidend ist, alles dafür zu tun dass die Kredite zurückbezahlt werden und dass sich ein solcher Fall nicht wiederholt. Vor allem durch die konsequente Haltung der Bundesregierung kam es zu einer Beteiligung des IWF und dem zweiten Sparpaket Griechenlands, was im Rahmen der Möglichkeiten das wohl bestmögliche Verhandlungsergebnis ist. Trotz meiner grundsätzlichen Bedenken und meiner Zweifel, ob Griechenland aus der Schuldenspirale herauskommt, stimme ich aus oben genannten Gründen dem vorliegenden Gesetz zu.

Die von EU und Bundesregierung angekündigte Stärkung des Stabilitätspaktes, der in der Vergangenheit aufgeweicht und nun gebrochen wird, ist unabdingbar. Neben der Krisenprävention muss die Durchsetzbarkeit des Paktes gestärkt werden. Auch der rechtlich bisher nicht mögliche Ausschluss aus der Währungsunion als schärfstes disziplinierendes Instrument darf in der Zukunft europapolitisch jedoch nicht weiter tabuisiert werden, wenn der Euro eine dauerhaft stabile Währung bleiben soll. Griechenland muss ein Sonderfall bleiben und darf nicht zum Präzedenzfall werden.

- (D) **Horst Meierhofer (FDP):** Als Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion werde ich dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzmarktstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik, 17/1544, sowie dem dazugehörigen Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP zustimmenden. Ich möchte auf diesem Wege jedoch meine Bedenken mitteilen: Durch die Hilfen erhöht sich die Verschuldung Griechenlands zusätzlich; wie auf diese Weise die Zahlungsfähigkeit verbessert werden kann, erscheint zumindest offen. Ob nach der zugesagten Gewährleistung für drei Jahre eine Stabilisierung erreicht sein wird, ist ebenso fraglich – ein Automatismus, dass die Hilfen danach fortgesetzt werden müssen, darf sich hieraus nicht ergeben. Ob die Stabilität des Euro dadurch gewinnt, dass die EU ihre Stabilitätskriterien ignoriert bzw. Verstöße nicht sanktioniert, sondern heilt, wird sich auch erst zeigen müssen. Die wichtigste Lehre muss aber sein, schnellstmöglich dafür zu sorgen, dass alle EU-Länder wissen, dass sie zukünftig selbst für ihre finanziellen Verpflichtungen verantwortlich sind – zum Schutz des Euro.

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU): Die Entscheidung über das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz, WFStG, ist nicht leicht zu treffen. Ich stimme dem Gesetz mit großen Bedenken zu. Eine Transferunion darf nicht entstehen. Wie sie aber angesichts der Zwangssituation zu vermeiden ist, bleibt abzuwarten. Aber: Es geht hier um

- (A) Deutschland und nicht darum, griechischen Schlendrian mit deutschem Steuergeld zu finanzieren.

Allerdings: Chancen und Risiken unseres Vorgehens sind mangels historischer Vergleiche und Erfahrungen nur eingeschränkt abzuwägen. Im Mittelpunkt dieser für mich persönlich mit vielen Unsicherheiten behafteten Abwägung steht der mit dem griechischen Staatsbankrott im Euro-Raum mit relativ höherer Wahrscheinlichkeit verbundene Dominoeffekt und die zu befürchtende neuerliche Vertrauenskrise. Nach reiflicher Überlegung bin ich zu dem Schluss gekommen: Den Versuch, eine solche Krise zu verhindern, muss man wagen. Gelingt er, geht dies ohne Belastung unserer Steuerzahler, weil dann die auf Basis unserer Garantien gewährten Kredite verzinst und zurückgeführt werden.

Das Gelingen hängt ab vom Verhalten der Kreditgeber, von der Einigkeit der Regierungen im Euro-Raum, von der Entschlossenheit der Griechen und der Durchsetzungsfähigkeit des IWF. Der IWF spielt meines Erachtens eine Schlüsselrolle. Ohne ihn wäre ich in noch größerer Sorge, ob es gelingen kann, die Griechen auf den Pfad haushaltspolitischer Tugend zu führen. Hier liegen meine eigentlichen Befürchtungen, befeuert durch die Demonstrationen, Brände und Straßenschlachten in der Hellenischen Republik.

Entscheidend für meine Zustimmung war auch, dass wir die Bundesregierung nicht einfach ermächtigen, Garantien zu geben, sondern diese auch an den Reformfortschritt binden. Eine Generalemächtigung kam für mich nicht infrage. Ich bin dem Bundestagspräsidenten für seinen Einsatz an dieser Stelle ausdrücklich dankbar. Europapolitik entkoppelt sich über viele Jahre von der legislativen Kontrolle und vermeidet vorsätzlich – als Handlungsfeld der Exekutive – die demokratische Rückbindung an die Parlamente. Das habe ich insbesondere bei meiner Ablehnung des Lissabon-Vertrages bemängelt. Vom Bundesverfassungsgericht wurde diese Sichtweise zwischenzeitlich bestätigt. Es möge sich jeder selbst Gedanken machen, wie viel Anteil an den jetzt offenkundigen Fehlentwicklungen darin zu suchen ist.

Ich kann mir aber an dieser Stelle einen weiteren europapolitischen Seitenhieb nicht verkneifen: Es stimmt, die Griechen haben beim Euro-Beitritt betrogen. Die entscheidende Frage heißt aber: Wer war wirklich gutgläubig? Klar könnte man die Schuld für die Zulassung Griechenlands der damaligen rot-grünen Bundesregierung zuweisen. So einfach will ich es mir aber nicht machen, auch wenn das taktische, unverantwortliche Abstimmungsverhalten der SPD am heutigen Tage dazu reizen würde.

Diese Entscheidung passt nämlich in eine Reihe von europapolitischen Entscheidungen, bei denen Europapathos und der Blick auf das „geschichtsträchtige große Ganze“ Fakten und Realitäten verdrängten. Ich verweise ausdrücklich auf die von mir mehrfach angemerkte zu frühe Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in die EU, die Verhandlungen mit der Türkei, die weder geografisch noch kulturell zu Europa gehört. Auch der – Gott sei Dank verhinderte – aktuelle Versuch, die Beteiligung des IWF nicht zuzulassen, weil die Euro-Zone angeblich

ihre Probleme eigenständig lösen müsse, passt in diese Reihe eines überhöhten Europaverständnisses. Mein Vertrauen in die Gestaltungskraft des krisenerfahrenen IWF ist jedenfalls ausgeprägter als das in den Durchsetzungswillen etlicher, wegen eigener Haushaltsdefizite befangener europäischer Regierungen. Meine Zustimmung zu dem Gesetz wird damit auch getragen von der Hoffnung, dass wir unsere Lehren ziehen und sich unsere Europapolitik grundlegend ändert.

Es ist mir an dieser Stelle ein ausdrückliches Anliegen, klarzustellen, dass der Euro selbst nicht das Problem ist. Problematisch ist der Umgang mit dem von Finanzminister Dr. Theo Waigel in genialer Weise verhandelten Stabilitätspakt. Eigentlich hätte dieses Übereinkommen die Basis und nicht das Anhängsel der Euro-Einführung sein müssen, zu dem es nicht zuletzt die Regierung Schröder gemacht hat. Ich schäme mich dafür, dass es eine deutsche Bundesregierung, nämlich die von Gerhard Schröder, war, die damit den Anstoß für die Aufweichung des Stabilitätspaktes geliefert hat.

In Kenntnis der Haushaltslagen anderer Euro-Staaten – und auch der in Deutschland – darf man nicht nur mit dem Finger auf Griechenland zeigen. Wenn es uns mit dieser Ermächtigung und der konsortialen Kreditgewährung durch die übrigen Euro-Staaten tatsächlich gelingt, Vertrauen zu schaffen, haben wir Zeit gewonnen, aber nicht alles erreicht. Wenn wir den Waigel'schen Stabilitätspakt nicht nachschärfen und durchsetzen, ist nichts gewonnen. Anfangen sollten wir hier bei uns – in Deutschland.

Gisela Piltz (FDP): Dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz stimme ich zu, weil ich die Notwendigkeit erkenne, rasche Maßnahmen zur Stabilisierung der gemeinsamen Währung und mithin zur Sicherung auch der deutschen Wirtschaft und zum Schutz der deutschen Bürgerinnen und Bürger zu ergreifen, und davon überzeugt bin, dass Deutschland seinen Teil hierzu beitragen muss.

Zugleich stelle ich aber fest, dass die Krise der gemeinsamen Währung aufgrund der Misswirtschaft in Griechenland und die daraus folgenden Risiken auch für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Bürgerinnen und Bürger mindestens teilweise hätten vermieden werden können. Die Krisenmechanismen der EU im Bezug auf die Überschuldung ihrer Mitgliedstaaten und die Kontrolle der Einhaltung der Stabilitätskriterien durch die einzelnen Mitgliedstaaten sind offensichtlich nicht ausreichend. Es kann und darf nicht ohne Konsequenzen bleiben, dass einzelne Mitgliedstaaten auf Kosten und zulasten der übrigen Mitgliedstaaten – insbesondere auf Kosten und zulasten der Menschen, die, wie in Deutschland, selbst harte Einschnitte zu schultern haben und mit ihrer Arbeit und ihren Steuern die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates sicherstellen – über ihre Verhältnisse leben. Es kann weiterhin nicht ohne Konsequenzen bleiben, dass einzelne Mitgliedstaaten die EU darüber täuschen, wie die finanzielle Lage des Staatshaushalts tatsächlich ist. Schließlich kann und darf es nicht ohne Konsequenzen bleiben, dass diejenigen, die

- (A) durch die Gewährung von riskanten und nicht gedeckten Krediten Griechenland die immer weitere Aufnahme von Schulden ermöglicht haben, hierfür die Verantwortung auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abwälzen. Die Verantwortung der Finanzwirtschaft für die Risiken spekulativer Geschäfte kann und darf nicht der Staat übernehmen.

Ich stimme dem Gesetz zu, weil ich erwarte, dass den Ankündigungen der Bundesregierung Taten folgen, sich auf EU-Ebene für Regularien einzusetzen, die künftig derartige Lagen erst gar nicht entstehen lassen. Ich erwarte weiterhin, dass die Finanzwirtschaft in die Pflicht genommen wird, künftig ihrer Verantwortung gerecht zu werden und nicht durch spekulative Geschäfte die Finanz- und Währungsstabilität erneut zu gefährden.

Michael Roth (Heringen) (SPD): Europa ist wohl endlich in der Mitte der nationalen Politik angekommen. Daran ändern auch die hilflosen Versuche von CDU/CSU und FDP nichts, im Begleitzug des medialen Boulevards wieder Mauern hochzuziehen und sich abzuschotten. Wir Europäer sitzen in einem Boot. Mit dem internationalen Hilfspaket zur Stabilisierung Griechenlands wird nicht nur Solidarität geübt. Es geht ebenso um die Stabilisierung des Euro und des europäischen Wirtschaftsraumes, von dem maßgeblich Deutschland dank seiner Exporte profitiert. Millionen Arbeitsplätze in Deutschland wären bedroht, wenn es zu einem Flächenbrand käme, der sich beispielsweise auf Spanien, Portugal oder gar Großbritannien ausdehnte.

- (B) Die Europäische Union ist bislang daran gescheitert, entsprechende Strategien und Instrumente zur Verhinderung solcher Krisen zu entwickeln. Die absurden Vorschläge aus den Reihen von CDU/CSU und FDP sind ein Zeichen von Renationalisierung und Entsolidarisierung: Ausschluss Griechenlands aus der Euro-Zone oder der EU, Verkauf von Inseln etc. Die Bundeskanzlerin hat versagt, weil sie über Wochen blockiert und gezaudert hat. Das hat die Krise unnötig verschärft und Griechenland weiter an den Abgrund getrieben. Bereits vor Monaten hat die griechische Regierung erste massive Spar- und Konsolidierungspakete geschnürt. Man muss sich die Ausmaße dieser Anstrengungen einmal verdeutlichen: Hochgerechnet auf Deutschland wären von uns 100 Milliarden Euro Einsparungen jährlich zu erbringen. Wären wir dazu wirklich bereit und in der Lage, solche Einschnitte zu realisieren und unserer Bevölkerung zuzumuten?

Die Europäische Union und der IWF haben sich nunmehr auf ein Hilfspaket verständigt. Es muss umgehend in Kraft treten und wirken. Aber es trägt wenig zur Verhinderung ähnlicher Krisen in der Zukunft bei. Hierzu hat die SPD eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet: Spekulationen auf Währungen und Staaten sind einzudämmen, die internationalen Finanzmärkte sind auch durch eine entsprechende Steuer an den Kosten der Krise zu beteiligen, eine stärkere Kontrolle und Regulierung des internationalen Banken- und Finanzsystems ist überfällig. Die Staatsfinanzen müssen von den Kapitalmärkten weitgehend entkoppelt werden. Die Euro-Zone leidet auch unter

- (C) den massiven wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen und sozialen Ungleichgewichten. – Aus ideologischen Gründen verschließen sich CDU/CSU und FDP dieser Einsicht.

Dennoch erteile ich dem Gesetzesentwurf meine Zustimmung. Ich bin davon überzeugt, dass er unter den obwaltenden Umständen die notwendige Antwort auf die Krise ist. Ein deutliches, auch von der deutschen Sozialdemokratie als *der* Europapartei getragenes Zeichen der Solidarität in Richtung Griechenland und Europäische Union halte ich für zwingend. Deshalb stimme ich zu, unabhängig davon, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen europapolitisch versagt und sich zur zukünftigen Verhinderung solcher Krisen solidarischen, gerechten und europäischen Antworten verweigert haben.

Björn Sängler (FDP): Die Notwendigkeit der heutigen Abstimmung ist das Ergebnis einer Politik, die ökonomische Notwendigkeiten vor dem Hintergrund des Ziels der europäischen Einigung ausgeblendet hat. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf und den Maßnahmen, die er unterstützen soll, kann lediglich ein Zeitgewinn zur Reparatur des ökonomisch missglückten Maastricht-Vertrags erreicht werden. Um diesen Zeitgewinn durch eine kurzfristige Stabilisierung unserer gemeinsamen Währung geht es bei dieser Abstimmung.

- (D) Ginge es nur um Griechenland, stünde meine Entscheidung fest. Einem Partner, der von Beginn an durch Abgabe falscher Daten das Vertrauen der Mitstreiter in der Schicksalsgemeinschaft Euro missbraucht hat, der über Jahre hinweg deutlich über seine Verhältnisse gelebt hat, kann auch mit viel gutem Willen nicht geholfen werden. Trotz der anerkanntswerten erheblichen und für die griechische Bevölkerung schmerzhaften Konsolidierungsschritte der griechischen Regierung haben die Griechen zum Teil Errungenschaften, die es in Deutschland bei wesentlich höherer wirtschaftlicher Ertragskraft niemals gegeben hat. Das Motto „Wer arbeitet, muss mehr haben als der, der nicht arbeitet“ muss nicht nur unter den Bürgern innerhalb eines Landes gelten, muss auch in der Gemeinschaft der Staaten der Europäischen Union seine Anwendung finden.

Durch die im Gesetzesentwurf vorgesehenen Maßnahmen wird aus meiner Sicht ein Zeitgewinn von drei Jahren erzielt. Er ist die einzige Chance, nicht abseh- und beherrschbare Verwerfungen auf den Finanzmärkten abzuwenden, und bietet Griechenland die Möglichkeit, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen. Die Einbindung des IWF, der den mit den Griechen vereinbarten eingeschlagenen Konsolidierungskurs regelmäßig überwacht und die Daten auf ihre Validität überprüft, sorgt dafür, dass das Risiko der Inanspruchnahme der im Gesetz gewährten Bürgschaften minimiert ist. Diese Sicherungen sind das absolute Minimum dessen, worauf der deutsche Steuerzahler einen Anspruch hat.

Der durch die Hilfsmaßnahmen erwirtschaftete Zeitgewinn muss zwingend dazu genutzt werden, die Konstruktionsfehler des Maastricht-Vertrags zu beseitigen. Hierzu gehören Sanktionsmaßnahmen, die bei der Ver-

- (A) lezung bestimmter Kriterien automatisch greifen. Eine den Sanktionen vorgeschaltete, politische Debatte mit Abstimmung etwa auf EU-Ebene darf es in diesen Fragen nicht geben. Der Verstoß gegen die vereinbarten Regeln muss durch eine unabhängige Institution festgestellt werden, die sodann die festgelegten Sanktionen einleitet. Zu den möglichen Sanktionen muss auch ein Sonderbeauftragter gehören, der für einen bestimmten Zeitraum in den währungsrelevanten Politikfeldern die alleinigen Befugnisse erhält. Als Ultima Ratio muss es der Staatengemeinschaft in der Euro-Zone möglich sein, ein Mitglied auch auszuschließen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist ein hohes und wichtiges Gut. Es endet aber dort, wo das eigene jahrelange Fehlverhalten die Existenzgrundlagen anderer Völker innerhalb der Währungsunion bedroht.

Im Vertrauen darauf, dass die nunmehr verbleibende Zeit genutzt wird, um den Maastricht-Vertrag so zu ändern, dass aus der Währungsunion nicht eine dauerhafte Transferunion wird, werde ich diesem Gesetzentwurf zustimmen, um in der jetzigen Situation dauerhaften und nicht absehbaren Schaden von der gemeinsamen Währung Euro und der deutschen Bevölkerung kurzfristig abzuwenden. Diese Entscheidung ist kein Freibrief für eventuell anstehende ähnliche Entscheidungen in der Zukunft.

Frank Schäffler (FDP): Bevor wir hier über so einen wichtigen Gesetzentwurf abstimmen, mache ich von meinem Recht Gebrauch, mein Abstimmungsverhalten zu begründen:

- (B) Das gemeinsame Europa hat gemeinsame Ziele, die durch gemeinsame Regeln erreicht werden sollen. Diese Regeln sollten für alle gleich sein. Sonderrechte zerstören die europäische Idee. Die Stabilität des Euro ist eine tragende Säule unserer marktwirtschaftlichen Ordnung. Die Solidarität bewährt sich in der Solidität der Mitgliedsländer des Euro-Raumes. Deshalb ist nicht der un-solidarisch, der Sonderrechte verweigert, sondern der, der zulasten anderer Regeln dauerhaft verletzt hat und damit den Euro insgesamt in Gefahr bringt.

Die rechtliche Bewertung: Die Vereinbarungen vom 11. Februar, 25. März und 11. April 2010 der Staats- und Regierungschefs und der Finanzminister des Euro-Raumes zerstören diese Solidarität und brechen die gemeinsamen Regeln. Nach Art. 125 AEUV haften weder die Union noch einzelne Mitgliedstaaten für Verbindlichkeiten eines Mitgliedstaates und treten auch nicht für dessen Verbindlichkeiten ein. Ein Bail-out Griechenlands widerspricht dieser Klausel. Er widerspricht der Stabilitätsorientierung des Euro. EU und Regierungen sind dafür da, Recht zu sichern und es nicht zu schleifen.

Die ökonomische Bewertung: Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, dass damit die Wirtschaftsverfassung geändert wird. Mit dem Bail-out werden Verantwortung und Haftung außer Kraft gesetzt und die Risiken sozialisiert. Nicht die Spekulanten sind das Problem, sondern der Bai-out ist das Problem. Nur durch den Bail-out lohnt es sich für Geschäftsbanken, griechische Anleihen zu kaufen, weil diese dann

- (C) wissen, dass dieses Geschäftsmodell nicht zusammenbrechen kann. Das pervertiert die marktwirtschaftliche Ordnung, und es setzt Anreize für einzelne Staaten, sich weiter zu verschulden.

Das vereinbarte Sparpaket des IWF und der Euro-Zone wird Griechenland nicht helfen, da es die Ursache der Probleme Griechenlands nicht löst.

Erstens. Selbst wenn das Sparpaket bis 2014 vollständig umgesetzt wird, steigt die Verschuldung Griechenlands gegenüber 2009 weiter an. Griechenland steckt in der Verschuldungsfalle. Diese wird dazu führen, dass sehr wahrscheinlich die Staatsverschulung am Ende des Hilfspaketes eher bei 130 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt liegt, als bei 115 Prozent (2009). Rund 10 Milliarden Euro des Sparpaketes sind ausdrücklich nicht spezifizierte Kürzungen im Haushalt Griechenlands. Also ein Drittel des Sparpaketes liegt im Nebel.

Zweitens. Griechenland wird nicht in der Lage sein, mit seiner Wirtschaft die Mittel zu erwirtschaften, die zur Schuldenreduzierung notwendig sind, solange Griechenland Mitglied der Euro-Zone ist. Notwendig wäre dafür ein Produktivitätsfortschritt der griechischen Wirtschaft von mindestens 30 Prozent, der in dieser kurzen Zeit nicht erreicht werden kann.

- (D) Beides sind die notwendigen Bedingungen, dass Griechenland überhaupt in die Lage versetzt wird, sich wieder ausreichend an den Finanzmärkten zu refinanzieren. Deshalb ist die Hilfe der Einstieg in die Transferunion, der die Stabilität des Euro gefährdet und damit die kollektive Verantwortungslosigkeit im Euro-Raum befördert. Dies wird unweigerlich Einfluss auf die Geldwertstabilität in unserem Land haben. Damit werden das Sparvermögen von Millionen Menschen und die Investitionsentscheidungen von Tausenden von Unternehmen infrage gestellt.

Diesem Handeln kann ich im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger nicht meine Zustimmung erteilen. Deshalb stimme ich gegen diesen Gesetzentwurf.

Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD): Die Bundesregierung hat durch ihr unverantwortliches Verhalten, ihre Verzögerung, ihr Taktieren und die fehlende Einsicht, dass Griechenland dringend unsere Hilfe braucht, unser Land international und in Europa isoliert und die Spekulationen der Finanzmärkte angeheizt.

Ich halte es für völlig unzureichend, dass die Koalitionsfraktionen nicht bereit sind, entscheidende Maßnahmen zur Vermeidung von zukünftigen Krisen des internationalen Finanzsystems, daraus folgenden Krisen in der Realwirtschaft und Krisen bei den Staatshaushalten zu beschließen.

Die Krise des griechischen Staatshaushalts ist eine Krise, die Bedeutung weit über die kleine griechische Volkswirtschaft hinaus hat. Abgesehen von den hausgemachten Ursachen einer nicht tragfähigen Verschuldung, einer Verschleppung von Modernisierungsprojekten und einer überhöhten Inflationsrate, war Griechenland in den

(A) letzten Monaten Spekulationsangriffen der internationalen Finanzakteure ausgesetzt. Wenn die Krise und die Spekulationen nicht eingedämmt werden, besteht die Gefahr, dass ein Flächenbrand entsteht und weitere Länder in den Fokus der Hedgefonds geraten und schließlich die gesamte Währungsunion destabilisiert wird.

Jeder Versuch der Länder der Euro-Zone oder der Kommission, die Spekulanten durch Hilfszusagen für Griechenland zu stoppen, wurde von der Bundesregierung torpediert. Durch die gebetsmühlenhaften Behauptungen, Griechenland müsse erst einmal seine Hausaufgaben machen und ein Sparpaket vorlegen, wurden die Hilfen infrage gestellt und die Spekulanten geradezu eingeladen, weiter auf einen Staatsbankrott zu wetten.

Anstatt die deutsche Bevölkerung über die Fakten und die Notwendigkeit zur Hilfe aufzuklären, wurde seitens der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien keine Gelegenheit ausgelassen, die billigsten Ressentiments und Vorurteile, Falsch- und Fehlmeldungen, die in einer beispiellosen Hetzkampagne einiger deutscher Medien über Wochen publiziert wurden, zu bedienen und zu verstärken. Der einzige Grund war: Sie glaubten, damit in den Landtagswahlen NRW punkten zu können.

Die Hinhaltetaktik der deutschen Bundesregierung hat nicht nur dazu geführt, dass für die zuletzt ausgegebenen griechischen Staatsanleihen durch Spekulationen getriebene überhöhte Zinsen bezahlt werden müssen, sondern auch dazu, dass der Hilfsmechanismus in Gang gesetzt werden musste und die daraus resultierenden Bürgschaften höher ausfallen, als sie sonst hätten ausfallen müssen.

(B) Bis vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung den Eindruck erweckt, dass es sich bei dem Hilfspaket um direkte Zahlungen aus dem Bundeshaushalt handelt und nicht um eine Bürgschaft für Kredite, an denen die KfW und damit die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gut verdienen werden. Und sie hat den Eindruck erweckt, als ob nicht die griechische Regierung und das griechische Parlament weitreichende Maßnahmen ergriffen haben, sondern dass erst die Verweigerungshaltung der deutschen Regierung dazu geführt hat, dass überhaupt Maßnahmen ergriffen wurden.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat auch aus der Finanz- und Wirtschaftskrise keine Lehren gezogen. Sie weigert sich aus ideologischen Gründen, die Verursacher und Profiteure der Krise an den Kosten zu beteiligen. Sie weigert sich, die Finanzmärkte so zu regulieren, dass Spekulationen eingedämmt werden und vom Finanzsektor künftig keine Gefahren für die Realwirtschaft oder ganze Währungsräume mehr entstehen können. Es ist schwer zu ertragen, dass diejenigen, die die Finanz- und Wirtschaftskrise verursacht haben, auch jetzt wieder von der Krise, in die sie die Euro-Zone hineinmanövriert haben, von den Hilfsmaßnahmen profitieren werden, weil Deutschland keinerlei ernsthafte Anstrengungen unternimmt, die Kapitalmärkte zu regulieren und den Finanzsektor an den Kosten zu beteiligen.

Dabei ist es höchste Zeit, dass die Bundesregierung aktiv wird, um die Finanzmärkte zu regulieren, die

(C) Finanzakteure an den durch sie verursachten Kosten zu beteiligen und für eine wirtschaftspolitische Koordination in der EU zu sorgen, damit auf Dauer Leistungsbilanzungleichgewichte eingedämmt werden – siehe Forderungen im Entschließungsantrag der SPD. Dies ist im gesamteuropäischen und damit im deutschen Interesse.

Ich bin darüber hinaus der Überzeugung, dass die Mitgliedstaaten der Währungsunion und Deutschland dringend gefordert sind, der griechischen Regierung jetzt mit dem vereinbarten Hilfspaket zur Seite zu stehen. Die Bundesregierung hat aus meiner Sicht mit ihrer über viele Wochen wahltaktisch bedingt zögerlichen und widersprüchlichen Haltung massiv die bereits verabschiedeten tiefgreifenden Sparmaßnahmen der griechischen Regierung gefährdet. Sie hat es zugelassen, dass der Euro immer stärker unter Druck gerät. Damit wird der Wohlstand der gesamten Währungsunion und damit auch Deutschlands in Gefahr gebracht. Jüngste Herabstufungen Griechenlands, Portugals und Spaniens durch Ratingagenturen zeigen die Dramatik der Situation auf. Hilfe ist nötig, damit diese Entwicklungen gestoppt werden.

(D) Die von Giorgos Papandreou geführte sozialdemokratische Regierung in Athen hat im vergangenen Oktober von den Konservativen eine noch nie dagewesene Staatsverschuldung übernommen und das tatsächliche griechische Haushaltsdefizit veröffentlicht. Papandreou hat dadurch die politische Verantwortung für die Missstände der vergangenen Jahrzehnte übernommen. Seitdem befindet sich das Land in einem Rennen gegen die Zeit und gegen die Spekulation. Die griechische Regierung hat in kürzester Zeit eine ganze Serie von Gesetzen mit drastischen Maßnahmen verabschiedet, um die Staatsverschuldung zu verringern. Diese Reformen werden tiefgreifende Auswirkungen auf die Menschen in Griechenland haben. Griechenland benötigt jetzt dringend die Unterstützung der EU-Staaten. Mit meiner Zustimmung zum Gesetz möchte ich ein Zeichen der Solidarität mit dem griechischen Volk setzen.

Dr. Hermann Otto Solms (FDP): Erstens. Angesichts der Situation in Griechenland muss festgestellt werden, dass der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht in der Lage war, die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Der Versuch, die Mitgliedstaaten auf eine nachhaltige Finanzpolitik zu verpflichten, ist gescheitert. Die griechische Haushalts- und Finanzpolitik hat die europäischen Stabilitätsanforderungen nicht erfüllt. Überdies hat das Land nach wie vor große Strukturprobleme. Diese Umstände waren den zuständigen Institutionen seit langem bekannt, ohne dass daraus angemessene Konsequenzen gezogen worden wären. Spätestens als infolge der Finanzkrise die Märkte auf die sich verschlechternde Zahlungsfähigkeit Griechenlands reagierten, wäre es höchste Zeit gewesen, dem Stabilitäts- und Wachstumspakt nachdrücklich Geltung zu verschaffen und die unumgänglichen strukturellen Anpassungsmaßnahmen zur Konsolidierung der griechischen Staatsfinanzen zu ergreifen. Es ist meine persönliche Überzeugung, dass ein Strukturanpassungsprogramm

(A) und eine Umschuldung mithilfe des IWF – so wie es Griechenland in der Vergangenheit vor dem Beitritt zur Euro-Zone mehrfach gemacht hat – bereits damals geboten war. Das hätte das Vertrauen der Märkte wieder hergestellt. Aber weder die europäischen Institutionen noch die damalige schwarz-rote Bundesregierung haben auf die Situation in Griechenland angemessen reagiert. Eine Umschuldung hätte im Übrigen die Anleger, wie zum Beispiel Banken und Versicherungen, die in griechische Staatsanleihen investiert haben, automatisch mit in die Haftung genommen. Dieser Weg ist jetzt versperrt. Durch Untätigkeit ist nun eine Lage entstanden, aus der sich Griechenland aus eigener Kraft nicht mehr befreien und in der eine Umschuldungsvereinbarung die kurzfristige krisenhafte Zuspitzung nicht mehr verhindern kann.

Zweitens. Mit den heute zu beschließenden Bürgschaften kaufen wir für die nächsten drei Jahre eine Frist, um den drohenden Zahlungsausfall Griechenlands abzuwenden. Das Problem ist damit nicht gelöst. Aber wir gewinnen Zeit, um einen Lösungsweg zu eröffnen. Griechenland muss dieses Zeitfenster nutzen, um die mit dem IWF und der Europäischen Kommission im Auftrag der Mitgliedstaaten unter Mitwirkung der Europäischen Zentralbank vereinbarten Auflagen zu erfüllen. Nur so kann das verloren gegangene Vertrauen der Märkte wieder hergestellt werden.

(B) Drittens. Die Finanzhilfen durch IWF und Währungsunion setzen den Druck der Märkte auf die griechischen Finanzierungsbedingungen vorübergehend außer Kraft. Das darf nicht zu einem Präzedenzfall für die Zukunft werden, sondern muss eine einmalige Notfallaktion bleiben. Wir müssen mit aller Kraft verhindern, dass es innerhalb der Euro-Zone zu einer Finanzausgleichsautomatik kommt. Deshalb ist ein europäischer Währungsfonds abzulehnen. Wir wollen keine Transferunion, die die schädlichen Wirkungen des deutschen Länderfinanzausgleichs auf europäische Dimensionen überträgt. Damit würden die Steuerzahler der stabilitätsorientierten Länder zur Kasse gebeten und müssten für den Schlendrian und die Schulden der übrigen Länder aufkommen. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, die deutschen Steuerzahler vor einem solchen Mechanismus zu schützen.

Viertens. Die Glaubwürdigkeit des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist durch die unsolide Finanzpolitik Griechenlands und anderer Unionsstaaten massiv erschüttert worden. Dem hat die rot-grüne Bundesregierung durch die Aufweichung der Stabilitätskriterien im Frühjahr 2005 Vorschub geleistet. Schon der Aufnahme Griechenlands in den Währungsverbund hätte der damalige Bundeskanzler Schröder widersprechen müssen. Europa als Ganzes muss jetzt den Stabilitäts- und Wachstumspakt von Grund auf erneuern. Er wurde ursprünglich nur als Präventionsinstrument konzipiert. Er sollte verhindern, dass es überhaupt zu einer solchen Situation kommt. Die Krise in Griechenland hat offenbart, dass es nicht ausreicht, allein auf Prävention zu setzen. Neben einer verbesserten Prävention braucht die Europäische Währungsunion neue Instrumente, die im Krisenfall stabilisieren, Sanktionen auslösen und gegebenenfalls ein geregeltes Verfahren zur Umschuldung in

(C) Gang setzen. Nur durch eine glaubwürdige No-bail-out-Androhung können die einzelnen Staaten zu einer seriösen und soliden Haushalts- und Finanzpolitik gezwungen werden, weil sie dann nicht mehr mit Hilfsaktionen der Partnerländer rechnen können.

Fünftens. Der von CDU/CSU und FDP vorgelegte Entschließungsantrag macht in beide Richtungen konkrete Verhandlungsvorschläge. Außerdem erhöht er grundsätzlich die Hürden für den Beitritt weiterer Länder in die Währungsunion. Insgesamt halte ich die im Entschließungsantrag genannten Maßnahmen für eine geeignete Verhandlungsgrundlage, endlich einen funktionsfähigen Stabilitäts- und Wachstumspakt zu vereinbaren. Die konkrete Ausgestaltung muss allerdings erst zwischen den europäischen Partnern verhandelt und beschlossen werden. Das ist noch ein langer Weg.

Sechstens. Der vorliegende Gesetzentwurf leistet keinen Beitrag zur Lösung der ursächlichen Probleme, sondern verschafft Griechenland lediglich einen zeitlichen Aufschub und eröffnet Handlungsspielräume. Das Hilfspaket für Griechenland ist ein Wechsel auf die Zukunft, der große Hoffnungen und Vertrauen in das Handeln der griechischen Regierung und Bevölkerung setzt. Ob dieser Aufschub genutzt wird, die zugrunde liegenden Probleme anzugehen, wird erst die Zukunft erweisen.

(D) Ich stimme dem Gesetzentwurf in Verbindung mit dem Entschließungsantrag trotz der oben genannten Bedenken zu, weil dadurch die Chance eröffnet wird, endlich einen glaubwürdigen und tragfähigen Stabilitäts- und Wachstumspakt auf den Weg zu bringen und die in der Vergangenheit begangenen Fehler für die Zukunft auszuschließen.

Torsten Staffeldt (FDP): Ich erkläre, dass ich trotz schwerer Bedenken dem oben genannten Gesetzentwurf zustimme.

Meine Bedenken resultieren aus meiner persönlichen Einschätzung der mit der Ausführung dieses Gesetzes verbundenen Risiken. Der hoffentlich nicht eintretende Fall der Inanspruchnahme der Garantie – Bürgschaft – durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW, für die Finanzierung der griechischen Staatsschulden verursacht eine Belastung der deutschen Steuerzahler von mindestens 22,4 Milliarden Euro. Dies entspricht nach meiner überschlägigen Berechnung dem Aufkommen aus der Einkommensteuer von drei Monaten, bezogen auf alle deutschen steuerpflichtig arbeitenden Menschen. Das heißt, im schlimmsten Falle – der Inanspruchnahme der Bürgschaft – müssen die Deutschen ein Vierteljahr arbeiten, um Griechenland zu helfen.

Des Weiteren bezweifle ich, dass die griechische Regierung das nötige Durchhaltevermögen besitzt, die notwendigen Einsparungen konsequent umzusetzen. Gerade als Abgeordneter aus einem Haushaltsnotlageland weiß ich, dass die Verlagerung der Schulden auf andere nicht unbedingt zu den Verhaltensänderungen führt, die notwendig sind, um dauerhaft eine Krise zu bewältigen und aus ihr die richtigen Lehren zu ziehen.

(A) Schließlich halte ich es für falsch, dass durch diesen Schritt die Tür für einen gravierenden Wechsel der Ziele der Europäischen Union geöffnet wird. Die EU wurde ursprünglich als Wirtschaftsunion mit dem Ziel gegründet, durch den freien Handel ein Zusammenwachsen der Europäer und damit dauerhaften Frieden in Europa zu erreichen. Durch diesen – ersten – Schritt wandelt sich die EU von einer Friedens- und Wirtschaftsunion mit gemeinsamer Währung für einige Länder zu einer Transferunion. Dies kann und darf nicht das Ziel sein, da die daraus resultierenden Begehrlichkeiten zu einer dauerhaften Fehlorientierung verleiten. Diejenigen, die versuchen, sich an die Maastricht-Kriterien zu halten, werden für ihre Anstrengungen bestraft, indem sie diejenigen finanzieren, die diese Kriterien nicht einhalten können oder wollen. Das ist nicht hinnehmbar.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Griechenland ist faktisch bankrott. Eine Refinanzierung ist an den Finanzmärkten derzeit nicht möglich. Ursächlich hierfür ist neben einer aktuellen Spekulationswelle vor allem die langjährige unverantwortliche Schuldenpolitik Griechenlands über seine Verhältnisse.

Mit den deutschen Notkrediten für Griechenland muten wir unserer Bevölkerung viel zu; denn in letzter Konsequenz ist es der deutsche Steuerzahler, der für die falsche Finanz- und Wirtschaftspolitik Griechenlands einsteht. Eine Transferunion darf nicht entstehen. Ein Automatismus, dass ein notleidender Staat in der Euro-Zone jederzeit auf die Unterstützung der anderen Mitgliedstaaten zählen kann, wäre fatal und im Grunde nicht verantwortbar finanzierbar. Deshalb kann die Unterstützung für Griechenland nur das sein, was sie ist: ein Ausnahmefall.

(B) Meine Entscheidung, dem Währungsunion-Finanzstabilisierungsgesetz zuzustimmen, ist das Ergebnis einer Abwägung. Historische Vergleiche und Erfahrungen im Umgang mit einem Staatsbankrott in der Euro-Zone bestehen nicht. Daher sind Chancen und Risiken nur eingeschränkt abzuwägen und eine Prognose nur schwer zu treffen. Im Mittelpunkt meiner für mich persönlich mit vielen Unwägbarkeiten behafteten Abwägung steht die Überlegung, dass eine Insolvenz Griechenlands mit relativ höherer Wahrscheinlichkeit einen Flächenbrand auf andere notleidende Staaten in der Euro-Zone und eine neuerliche Vertrauenskrise auslösen würde. Die Auswirkungen auf Deutschland wären bei Weitem gravierender. Daher bin ich persönlich zu dem Schluss gekommen: Den Versuch, eine solche Krise zu verhindern, muss man wagen.

Das Gelingen hängt maßgeblich von der Entschlossenheit der Griechen, der Durchsetzungsfähigkeit des IWF, von der Geschlossenheit der Regierungen im Euro-Raum und vom Verhalten der Kreditgeber ab. Dabei kommt es vornehmlich auf die Griechen selbst an. Deren bisheriges Verhalten schürt bei mir ein tiefes Misstrauen, dass sie wirklich auf breiter gesellschaftlicher Basis willens sind, das wirtschafts- und finanzpolitisch Notwendige dauerhaft zu leisten. Daher kommt meines Erachtens dem IWF eine Schlüsselrolle zu. Er

hat die Erfahrung und die Gestaltungskraft im Umgang mit notleidenden Staaten. Ohne ihn wäre ich in noch größerer Sorge, dass die Nothilfe gelingen kann. Jedenfalls ist mein Vertrauen in die Durchsetzungskraft des IWF größer als in die etlicher Regierungen in der Euro-Zone, die mit nicht unerheblichen eigenen Haushaltsdefiziten beschwert sind. Daher ist es gut und richtig, dass der IWF nach anfänglichem Zögern so mancher maßgeblich beteiligt ist.

Richtig und für meine Zustimmung unabdingbar ist auch, dass die Bundesregierung nicht einfach ermächtigt wird, Garantien zu geben, sondern dass der Reformfortschritt Geschäftsgrundlage für deren Handeln ist. Eine solche Bindung hat vor allem mit dem Selbstverständnis des Deutschen Bundestages selbst zu tun. Daher bedanke ich mich ausdrücklich beim Bundestagspräsidenten für seinen Einsatz an dieser Stelle.

Wenn es uns durch die konditionale Kreditgewährung gelingt, Vertrauen zu schaffen, haben wir Zeit gewonnen. Diese gilt es unverzüglich zu nutzen. Wir müssen den von Finanzminister Dr. Theo Waigel verhandelten und von der Regierung Schröder maßgeblich aufgeweichten Stabilitätspakt nachschärfen sowie passgenaue Instrumente zu dessen Durchsetzung hinzufügen. Und wir müssen – zumindest mittelfristig – auch denjenigen einen Teil der Last aufbürden, die mit Staatsanleihen notleidender Staaten viel Geld verdient haben. Nur so lässt sich das Verantwortungsbewusstsein der Finanzinvestoren schärfen.

(D) **Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen stimme ich nicht zu. Ich stimme mit Enthaltung. Die Gewährung von Garantien für Kredite der staatlichen KfW-Bank an Griechenland halte ich grundsätzlich für richtig und notwendig – auch in der im Gesetzentwurf vorgesehenen Höhe. Falsch und nicht zu verantworten ist aber, dass die Kredite aus Steuermitteln den privaten Großbanken zugutekommen. Deren Risiken werden übernommen und Renditen sowie Spekulationsgewinne garantiert. Also Kredite für die griechische Bevölkerung: Ja. Für die großen privaten Gläubiger: Nein. Dies mache ich durch meine Enthaltung deutlich.

Kredite und Garantien in Milliardenhöhe aus Steuermitteln dürfen nur gegeben werden, wenn die privaten Großbanken zur Kasse gebeten und an der Bezahlung der Hilfen echt beteiligt werden. Dazu muss die Bundesregierung die Initiative ergreifen, um den Bankensektor zu regulieren und eine Finanztransaktionsteuer einzuführen.

Auch für mich ist das Bekenntnis zur Europäischen Union und zum Prinzip der innereuropäischen Solidarität zentral wichtig. Auch ich halte es für notwendig, dass die EU-Länder sich gegenseitig helfen, wenn ein Land in Not gerät, und auch ich will der Bevölkerung Griechenlands in der jetzigen Notsituation beistehen. Staatlich garantierte deutsche Kredite können ein Mittel sein, um der Finanznot Griechenlands entgegenzuwirken, und gerade den sozial Schwachen helfen.

(A) Aber Hilfen aus Mitteln der deutschen Steuerzahler müssen verantwortbar sein. Das sind sie nicht, wenn diese wieder den privaten Großbanken zufließen. Die staatlichen Kredite dürfen deshalb nur an Griechenland geben werden, wenn sie im Rang vor den Krediten der Großbanken und privaten Gläubiger bedient werden. Alle staatlichen Kredite nebst Zinsen müssen also zurückgezahlt sein, bevor die privaten Gläubiger Geld erhalten. Die bisherigen Großgläubiger, also die Banken, tragen so nur weiter das Risiko, das sie bei Hingabe der Kredite an Griechenland eingegangen sind. Sie lassen sich das erhöhte Risiko ja auch durch hohe Zinsen bezahlen. Ohne die staatlichen Krediten hätten die bisherigen privaten Großgläubiger das eingesetzte Kapital jetzt ganz oder zum großen Teil verloren, da Griechenland die Kredite aus eigenen Kraft nicht mehr zurückzahlen kann. Durch die internationalen staatlichen Kredithilfen und die Garantien werden die Kapitaleinlagen der Großbanken und sogar deren hohe Rendite gerettet. Da ist es recht und billig, wenn diese das höhere Risiko tragen und vielleicht nicht alle Zinsen und alles Kapital zurück- erhalten.

Die Kredite und Garantien aus Steuermitteln müssen auch ordnungsgemäß in den Bundeshaushalt aufgenommen werden. Der Deutsche Bundestag ist nicht nur über die Entwicklung des Kreditgeschäfts laufend zu unterrichten. Ohne seine Zustimmung, dürfen die Kredite nicht gewährt werden.

(B) **Dr. Johann David Wadepful (CDU/CSU):** Dem Gesetzentwurf stimme ich nur mit Bedenken zu.

Die europarechtliche Zulässigkeit ist Zweifeln ausgesetzt. Art. 125 AEUV soll die Eigenverantwortung eines einzelnen Mitgliedstaates für seine Staatsverschuldung sichern. Die formale Freiwilligkeit von formal bilateralen Krediten aller anderen Mitgliedstaaten widerspricht dieser Grundidee des Vertrages von Maastricht – zumal wenn höhere Refinanzierungskosten einzelner Mitgliedstaaten zwangssolidarisch von den übrigen zu tragen sind.

Die währungspolitische Wirksamkeit ist nicht so sicher, wie dies angesichts der hohen Garantierisiken für den Bundeshaushalt wünschenswert wäre. Das Vertrauen der Märkte auf eine Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands und die langfristige Bewältigung von dessen immenser Schuldenlast ist schwach. Manches spricht für weitere Hilfenotwendigkeiten gegenüber Griechenland und weiteren Staaten der Euro-Zone, was letztlich auch Deutschland angesichts des eigenen Konsolidierungsbedarfs überfordern dürfte.

Andererseits muss ich das Urteil der Bundeskanzlerin, des Bundesfinanzministers und meines Fraktionsvorsitzenden berücksichtigen, die mit Recht auf das einhellige Votum zugunsten der jetzt in der Euro-Gruppe geplanten Maßnahme von IWF, EZB und Bundesbank verweisen. Auf deren Urteil und dasjenige der in den Bundestagsausschüssen angehörten Fachleute, die eine Umschuldung wegen unabsehbarer Folgen auf die Stabilität des Euro insgesamt ablehnen, vertraue ich.

(C) Die in den Gesetzestext aufgenommenen Hinweise auf die quartalsweisen Kontrollen sowie der von mir vollumfänglich begrüßte Text und Inhalt des Entschließungsantrages ermöglichen mir die Zustimmung.

Marco Wanderwitz (CDU/CSU): Nach den parlamentarischen Beratungen, insbesondere der Anhörung, bin ich zum Schluss gekommen, dass die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, ein Staatsbankrott, die europäische Währungsunion in höchste Not bringen, eine neuerliche internationale Bankenkrise auslösen und für andere ebenfalls höher verschuldete Länder weitere Schwierigkeiten bei der Refinanzierung mit möglichen weiteren Folgen bedeuten würde. Eine kaum mehr vorhersehbare und steuerbare Kettenreaktion würde ausgelöst werden. Diese würde Deutschland als Euro-Land und Land, das seinen Wohlstand massiv auf Exporten gerade in den umgebenden Euro-Raum begründet, empfindlich und für alle Bürger spürbar treffen. Dies zu verhindern, stimme ich dem vorliegenden Gesetzentwurf, dem deutschen Beitrag der Hilfe der Euro-Staaten und des Internationalen Währungsfonds, als Ultima Ratio, als letztes Mittel, zu. Es ist von einer Reihe schlechter Varianten nach meiner Überzeugung die beste.

(D) Ein früheres Eintreten, das vor allem die Bundesregierung in Europa verhindert hat, wäre entgegen den Äußerungen der Opposition nicht billiger und besser, sondern teurer und schlechter gewesen. Die wichtige Einbeziehung des IWF und damit der Weltgemeinschaft und das Aufzwingen nötiger harter Sparmaßnahmen gegenüber Griechenland, das Gewinnen von Akzeptanz für das Bestehen von Fehlentwicklungen in der griechischen Bevölkerung, waren nur so überhaupt erst möglich. Andere Euro-Länder wollten schneller unbedingter eintreten – das wäre falsch gewesen und teurer geworden.

Dass die Kopplung der in Tranchen auszureichenden Hilfen anders als noch im Entwurf nun im Gesetz an die Bedingungen der Einigung zwischen Griechenland und den Hilfsgebern gebunden und tranchiert ist, war mir sehr wichtig, zeigte es doch, dass es keinen Freifahrtsschein gibt, sondern Griechenland sich redlich halten muss, will es diesen Weg gehen.

Durch gefälschte Statistiken hat die politische Elite Griechenlands lange Jahre bewusst die europäischen Partner getäuscht und sich den Zugang zum Euro-Raum erschlichen. Die Griechen insgesamt haben seit Längerem über ihre Verhältnisse gelebt; die Defizite sind nicht durch Spekulanten entstanden oder vom Himmel gefallen. Eine drastische Verringerung des griechischen Haushaltsdefizits ist daher unumgängliche Voraussetzung für Hilfe. Das nochmals nachgebesserte griechische Sparprogramm geht in die richtige Richtung. Unbedingte Transparenz und absolute Kontrolle der Einhaltung sind vereinbart und zwingend.

Die No-bail-out-Klausel in Art. 125 der Europäischen Verträge als Haftungsausschluss stellt klar, dass ein Euro-Teilnehmerland nicht für Verbindlichkeiten und Schulden anderer Teilnehmerländer aufkommen muss. Diese Klausel soll gewährleisten, dass für die Rückzahlung öffentlicher Schulden die jeweiligen Staaten selbst

(A) verantwortlich bleiben. Die Übertragung von Risiken infolge einer nicht tragfähigen Haushaltspolitik einzelner Staaten auf die Partnerländer soll damit vermieden werden. Das ist richtig, war eine der Grundvoraussetzungen für den Beitritt Deutschlands zur Währungsunion. Die abgestimmten freiwilligen Hilfen der Euro-Länder unterfallen diesem Szenario nicht, da sie nur Kredite und keine Schuldenübernahme sind.

Das Instrumentarium der Währungsunion, das offensichtlich nicht ausreicht, für die Zukunft zu schärfen und Lücken zu schließen bzw. bei faktisch unpraktikablen Regelungen nachzusteuern, ist absolut unumgänglich. Mehr Transparenz, frühere Eingriffs- und härtere Sanktionsmöglichkeiten und -automatismen, die politisch nicht einfach abdingbar sind, sind erforderlich. Was nun hier gerade passiert, widerspricht dem Geist des Euro und darf sich nie wiederholen, soll der Euro, der wenn er stark und hart ist, allen Euro-Ländern weit überwiegend Vorteile bringt, bestehen.

Dass Griechenland 2000 unreif in den Euro-Raum eingelassen wurde, hat die damalige rot-grüne Bundesregierung ebenso zu verantworten wie die Schwächung des europäischen Stabilitätspakts in ihrer Regierungszeit, ja auf ihr Betreiben in Europa, um national in die Schuldenmacherei ausweichen zu können. Beides war falsch, vor beidem haben CDU und CSU damals gewarnt. Das derzeitige Verhalten von SPD und Grünen ist im Lichte dessen an Heuchelei kaum zu übertreffen.

(B) Unverantwortlichen Spekulanten, die auch in dieser Krise Treiber waren, müssen wir das Handwerk legen. Der zum Gesetz vorgelegte Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zeigt hierzu die richtigen, notwendigen Maßnahmen auf. Die allermeisten bedürfen europäischer Lösungen oder solcher der Staatengemeinschaft. Wir müssen größte Anstrengungen unternehmen, diese schnellstens zu erreichen.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Erstens. Bereits in der letzten Februarwoche habe ich in der Fraktion dargelegt, dass ich die europäischen Strukturen für völlig ungeeignet halte, der Überschuldungssituation und möglichen Zahlungsunfähigkeit Griechenlands Herr zu werden. Mit dieser Aufgabe ist der Internationale Währungsfonds, IWF, betraut, nicht die Europäische Union. Ich bin sehr froh, dass der IWF jetzt zumindest im Spiel ist, aber der Anteil des IWF beträgt hierbei nur etwa 25 Prozent; die Mitgliedstaaten des Euro-Raumes tragen nahezu 75 Prozent des Risikos. In realen Zahlen bedeutet dies für den IWF ein Risiko von 30 Milliarden Euro, für die Mitglieder der Euro-Gruppe 80 Milliarden Euro.

Zweitens. Griechenland hat in den vergangenen Wochen ein beispielloses Sanierungsprogramm beschlossen, um den Weg für die Kredithilfen vom IWF und aus dem Euro-Raum zu bereiten. Übertragen auf Deutschland würde dieses Sparprogramm bedeuten, dass wir bis 2014 rund 60 Milliarden Euro an Ausgabenabsenkungen bzw. Einnahmesteigerungen jährlich in den öffentlichen Haushalten erzielen müssten. Ich honoriere den guten Willen der griechischen Regierung, sage jedoch gleichzeitig, dass ich sehr skeptisch gegenüber den Erfolgsaus-

sichten bin. Die derzeitigen Proteste und Streiks in Griechenland, bei denen am Mittwoch drei Tote zu beklagen waren, machen schon jetzt deutlich, dass die politische Durchsetzbarkeit des Sanierungsprogramms nicht zu erwarten ist. (C)

Drittens. Der Weg ist auch ökonomisch falsch. Man wirft dem schlechten Geld kein gutes hinterher. Ohne Schuldenmoratorium und Teilverzicht auf Forderungen wird die Sanierung der griechischen Staatsfinanzen nicht gelingen. Nur so kann auch gewährleistet werden, dass Gläubiger, die für ihre vermeintliche Risikobereitschaft ordentliche Zinsen einstreichen, nun auch tatsächlich bei Eintritt der Zahlungsunfähigkeit einen Beitrag leisten. Unweigerlich wird der Garantiefall eintreten; und der Garantiefall bedeutet, dass der deutsche Steuerzahler für die griechische Überschuldungspolitik aufkommen muss.

Viertens. Es ist auch im griechischen Interesse, eine geregelte Umschuldung und einen befristeten Ausstieg aus dem Euro-Raum als Lösung anzustreben. Nur so hat Griechenland die Chance, durch autonome währungspolitische Entscheidungen (Abwertung) die Außenbilanz zu verbessern und wieder an Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen. Es gibt also Alternativen zum vorgeschlagenen Vorgehen. Wir können in der derzeitigen Situation der deutschen Staatsfinanzen dem Steuerzahler keine weiteren Belastungen in diesem Ausmaß zumuten, ohne die Einhaltung der gerade in das Grundgesetz aufgenommenen Schuldenbremse zu gefährden.

(D) Fünftens. Nun soll durch Veränderung der europäischen Verträge erreicht werden, dass Defizitsünder unter den Euro-Ländern durch Stimmrechtsentzug und Ausschluss aus der Währungsunion bestraft werden können. Wer sich des langen Verfahrens für die endgültige Ratifizierung des heute gültigen Vertrages von Lissabon erinnert, wird zumindest einräumen, dass dies ein unabsehbar langer Weg sein wird, mit vielfältigen Risiken des Scheiterns (alle 27 Staaten müssen nach ihren Regeln zustimmen, unter anderem Volksabstimmungserfordernis in mehreren Mitgliedsländern der EU).

Weiterhin möchte man die Defizitsünder zukünftig in ihrem Haushaltsgebaren kontrollieren. Dazu möchte ich nur anmerken, dass wir als Deutscher Bundestag uns verbitten würden, dass die EU-Kommission in unser Budgetrecht eingreift. Wie können wir realistischerweise von den nationalen Parlamenten der Defizitsünder erwarten, dass diese sich das gefallen lassen, wenn sie es mit einem einfachen Nein verhindern können?

Viviane Reding, Vizepräsidentin der EU-Kommission, lehnt die deutschen Forderungen nach einer Änderung der Verträge entschieden ab; Christine Lagarde, französische Wirtschaftsministerin, meint, wir Deutschen müssten mehr für die Binnennachfrage im Euro-Raum tun. Der Euro-Raum wird so umgebaut zum dauerhaften Sozialtransferaum.

Das ist das Gegenteil von unserer Überzeugung, dass Leistung sich lohnen muss. Dem kann ich mich nicht anschließen.

Sechstens. Die europäische Einigung ist eine großartige Leistung der Politik im Europa der Zeit nach dem

(A) Zweiten Weltkrieg. Die Währungsunion ist politisches Symbol der höchsten Ausprägungsstufe dieses Prozesses. Für uns Deutsche war es wichtig, die Erfolgsgeschichte der Deutschen Bundesbank durch die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank auf den gesamten Euro-Raum zu übertragen. Durch Errichtung des Stabilitätspaktes hofften wir, Vorsorge dafür zu treffen, den gesamten Euroraum auf das Ziel der nachhaltigen Haushaltspolitik und der Preiswertstabilität zu verpflichten. In den europäischen Verträgen ist hierzu festgelegt, dass im Euro-Raum kein Staat für die Schulden des anderen aufkommen muss, ja nicht einmal darf, Bail-out-Verbot. Dies ist der Kern des Vertrauens in den Euro angesichts der sehr unterschiedlichen Volkswirtschaften in diesem gemeinsamen Währungsraum. Die vorgesehene Hilfe für Griechenland verstößt offenbar gegen die Buchstaben, in jedem Falle aber gegen den Geist der gültigen europäischen Verträge. So wird die langfristige Stabilität des Euro nicht gesichert, sondern gefährdet.

Deshalb kann und will ich diesen Weg nicht mitgehen.

Dr. Valerie Wilms (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Bundestag stimmt heute über ein Gesetz ab, mit dem Deutschland bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW, für insgesamt 22,4 Milliarden Euro bürgt. Mit diesem Geld soll Griechenland in den nächsten drei Jahren geholfen werden, um den Staatsbankrott abzuwehren.

(B) Als überzeugte Europäerin ist diese Hilfe für mich notwendig und alternativlos. Die europäische Solidarität gebietet es, Partnern zu helfen, wenn sie in Not sind – selbst wenn sie zuvor unsolidarisch waren, schlecht gewirtschaftet haben und Statistiken geschönt wurden.

Griechenlands – zum großen Teil selbst verschuldete – Not ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite sind Finanzmärkte, die bereits mitten in der letzten Bankenkrise wieder mit Spekulationen begonnen haben. Nach wie vor – und trotz der schon entstandenen Milliarden Schäden – ist der internationale Finanzmarkt weitestgehend nicht reguliert. Die Schärfe der griechischen Krise hat durch die internationale Finanzmarktspekulation zugenommen.

Als Europäerinnen und Europäer müssen wir uns dem entgegenstellen: Unsere Idee von einem gemeinsamen Kontinent mit gemeinsamer Währung wird von Spekulanten bedroht. Die Verbindung der Hilfe für Griechenland mit einem Paket von Maßnahmen, um die Finanzmärkte neu zu ordnen, ist deswegen zwingend notwendig. Wenn die Politik hier nicht ordnend eingreift, sind die nächsten Kredite für strauchelnde Volkswirtschaften absehbar.

Als Mitglied im parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung fühle ich mich in besonderer Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen. Dem wäre der Bundestag nur gerecht geworden, wenn durch einen interfraktionellen Entschließungsantrag der Start in die wirksame Bankenregulierung erfolgt wäre. Dies ist leider nicht gelungen und enttäuschend für das ganze Haus. Unserer Verantwortung gegenüber den Bür-

(C) gerinnen und Bürgern Deutschlands und Europas werden wir damit nicht gerecht.

Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Ulrich Lange und Albert Rupprecht (Weiden) (beide CDU/CSU) zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFStG) (Tagesordnungspunkt 23)

Die Entscheidung über das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz habe ich trotz großer Bedenken getroffen. Die Lage der griechischen Staatsfinanzen und ihre Auswirkungen auf Währungsstabilität, Wachstumsausichten und Arbeitsplätze im ganzen Euro-Raum erfüllen mich mit tiefer Sorge.

(D) Die absichtlich falschen Daten Griechenlands vor der Aufnahme in die Euro-Gruppe, viele Entscheidungen griechischer Regierungen seitdem und die andauernde Verschleierung und Beschönigung der Schwierigkeiten in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit und Staatsfinanzen haben ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber der griechischen Politik geschürt, das auch jetzt noch Zweifel am Willen Griechenlands weckt, Kredite zurückzuzahlen. Zusätzlich muss in Zukunft bei der Aufnahme weiterer Staaten in die EU die finanzielle Basis genauer geprüft werden und bei Nichteinhaltung der Stabilitätskriterien auch eine Ablehnung ausgesprochen werden.

Dennoch komme ich nach Abwägung aller Umstände zu dem Ergebnis, dass die mit dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz möglicherweise verbundenen Folgen eher zu verantworten sind als ein Nichthandeln und ein griechischer Staatsbankrott. Die Gefahr für die Stabilität unserer Währung, die Gefahr für Aufschwung und Arbeitsplätze in Deutschland durch einen Staatsbankrott Griechenlands bedrohen die Bürger Deutschlands unmittelbar und härter.

Bei meiner Entscheidung, meine Bedenken zurückzustellen, habe ich mich von folgenden Überlegungen leiten lassen:

Die Nothilfe für Griechenland ist ein absoluter Ausnahmefall. Aus der Europäischen Union darf und wird keine Transferunion werden.

Die Bundesregierung wird alles daransetzen, zu einer Stärkung der Kontroll- und Eingriffsbefugnisse der Europäischen Union gegenüber Mitgliedstaaten zu kommen, die ihre Verpflichtungen nicht erfüllen.

Die Bundesregierung wird alles daransetzen, im Europäischen Stabilitätspakt schärfere, nach verbindlich beschriebenen Kriterien eintretende und damit von politischen Rücksichtnahmen unabhängige Sanktionen zur Ahndung von Verstößen zu verankern.

(A) Das Sanierungsprogramm der Regierung Griechenlands wird vom IWF und den europäischen Institutionen strikt überwacht. Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag laufend über die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen.

Künftigen Krisen wird wirksamer als in der Vergangenheit vorgebeugt: durch strengere Regeln für Finanzinstitutionen und Finanzmärkte, die derzeit erarbeitet und in den nächsten Monaten in Deutschland, Europa und möglichst weltweit in Kraft gesetzt werden, und durch Reformen, die dem Europäischen Stabilitätspakt mehr Biss geben.

In Europa werden Instrumente für eine geordnete Staatsinsolvenz überschuldeter Staaten entwickelt. Das Restrukturierungs- und Insolvenzsystem wird eine systemische Risiken vermeidende Heranziehung der Gläubiger entsprechend der von ihnen eingegangenen Risiken sicherstellen.

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Lisa Paus, Monika Lazar und Uwe Kekeritz (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFSStG) (Tagesordnungspunkt 23)

(B) Für uns als engagierte und überzeugte Europäer ist es selbstverständlich, dass die griechischen Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Schuldenkrise nicht alleingelassen werden dürfen. Der Gedanke der europäischen Solidarität muss gerade dann, wenn eine harte Bewährungsprobe bevorsteht, besonders hochgehalten werden. Und wären wir der Auffassung, dieses Gesetz würde tatsächlich Griechenland aus der Krise helfen, würden wir ohne Zögern dem Gesetz zustimmen. Doch wir können nicht darüber hinwegsehen, dass die Kreditzusagen für Griechenland als Antwort auf die Zuspitzung der Krise so spät gekommen und deshalb schon wieder zu klein sind, um diesen Zweck zu erfüllen. Wir sind, nach reiflicher Überlegung und Abwägung, zu dem Schluss gekommen, dass mit diesem Paket die Banken gerettet werden, nicht aber die Griechen und auch nicht Europa.

Trotz anderslautender Versprechen wiederholt sich mit dem vorliegenden Gesetz zur Rettung Griechenlands genau der Fehler, der schon bei der Bankenrettung gemacht wurde. Schlimmer noch: Wenn die Banken wieder nicht selbst für die Kosten ihrer Hochrisikogeschäfte aufkommen müssen, ist das für die Märkte eine Einladung zur Spekulation auf die nächste Krise. Mit hochriskanten Wetten auf die Pleite Griechenlands wurden Renditen von bis zu 500 Prozent erzielt. In Kreditausfallversicherungen – nach Warren Buffet „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ – stecken heute 30 Billionen US-Dollar, die als Munition für die nächste Attacke eingesetzt werden können. Es gibt keine objektiven ökonomischen

Kriterien, ab welcher Höhe eine Staatsverschuldung kritisch ist. Damit gibt es heute auch für keinen Staat einen sicheren Schutz gegen den „Angriffskrieg“ der Spekulanten, wie BaFin-Chef Sanio die Attacken auf die Euro-Zone treffend bezeichnet. Ein Rettungspaket, das sich darauf beschränkt, die Banken ein weiteres Mal herauszuhauen, löscht nicht das Feuer, sondern schafft die Ölkanne zur Befuerung der nächsten Krise. Mit dem Rettungspaket bekennt sich zwar die Euro-Zone zur Schicksalsgemeinschaft. Sie gibt sich aber nicht die Instrumente, die nötig wären, um wirksam den Angriffen trotzen zu können.

Auch für Griechenlands aktuelle Probleme ist dieses Paket keine stabile Lösung. Obwohl die Griechen sich gegenüber dem IWF zu einem einzigartigen Austeritätsprogramm verpflichtet haben, wird nach Berechnungen desselben IWF der griechische Schuldenberg bis 2014 dennoch auf mindestens 150 Prozent des BIP anwachsen und die Wirtschaft massiv schrumpfen. Griechenland muss dann immer noch jährlich 7 Prozent des BIP für Zinszahlungen ausgeben. Und da es das Geld zu 75 Prozent von ausländischen Kapitalgebern bekommt, muss es allein zur Bedienung der Kredite jährlich dauerhaft einen Exportüberschuss von mindestens 5 Prozent erwirtschaften. Das kann man, wie der Chefvolkswirt der Deutschen Bank Thomas Meyer, „sehr ehrgeizig“ nennen. Man kann aber unter diesen Umständen auch berechtigterweise argumentieren, für die Griechen sei eine Umschuldung beim Verbleib in der Euro-Zone in der jetzigen Situation sogar der bessere und billigere Ausweg.

(D) Nicht politische Luftschlösser, sondern die Finanzkrise ist die Ursache für die Schuldenkrisen in Europa. Konjunkturpakete, Rettungsschirme und Finanzspritzen auf Kosten der Steuerzahler haben die Banken vor den Folgen ihres unverantwortlichen Handelns bewahrt. Sie stehen bei den Steuerzahlern in ganz Europa tief in der Kreide. Mit dem Hilfspaket für Griechenland werden jetzt vermeintliche Gläubiger belohnt, die in Wirklichkeit Schuldner sind. Einen solchen Fehler dürfen wir uns nicht erlauben.

Es ist eine Überlebensfrage für Europa, die Finanzmärkte einer echten Regulierung und Kontrolle zu unterwerfen. Dazu gehört neben der Einführung einer Finanztransaktionsteuer und einer europäischen Wirtschaftsregierung mit echten Kompetenzen vor allem ein Verbot von spekulativen Kreditausfallversicherungen und Leerverkäufen. Ohne eine effektive Eindämmung der Spekulationsgeschäfte bis hin zur Zerschlagung großer Banken wird es keine Stabilität auf den internationalen Märkten geben. Mit dem Hilfspaket für Griechenland gehen wir diesen Schritt nicht, sondern tun das Gegenteil. Deswegen können wir diesem Gesetz nicht zustimmen. Es gilt aber auch, in der Abstimmung deutlich zu machen, dass es ausschließlich darum geht, dass die mit dem vorgelegten Gesetz von der Regierung angelegte Politik kontraproduktiv ist, wie im von der grünen Bundestagsfraktion vorgelegten Entschließungsantrag auf der Drucksache 17/1640 ausführlich dargestellt. Es darf nicht darum gehen, Griechenland die Unterstützung zu verweigern. Um dies deutlich werden zu lassen, werden wir nicht dagegenstimmen, sondern enthalten uns der Stimme.

(A) Anlage 5**Erklärung nach § 31 GO**

der Abgeordneten Christine Scheel, Kerstin Andreae und Alexander Bonde (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFStG) (Tagesordnungspunkt 23)

Unsere Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf ist allein in der Sache begründet und erfolgt trotz erheblicher Kritik an der schwarz-gelben Regierung; siehe auch den zum Gesetz eingebrachten Entschließungsantrag der Grünen-Fraktion.

Die Schuldenkrise Griechenlands und die Probleme weiterer europäischer Staaten sind die erste harte Bewährungsprobe für die Euro-Zone. Zum ersten Mal seit Einführung der Gemeinschaftswährung steht der Fortbestand der Währungsunion auf dem Spiel. Scheitert die Währungsunion, wäre das ein dramatischer Rückschlag für das ganze europäische Projekt. Es ist ein Test für die Europäische Union; aber es ist damit auch die Chance, den Beweis anzutreten, dass das Projekt Europa funktioniert.

(B) Daher müssen wir Europäer wesentliche Hilfen leisten, um Griechenland und Europa nicht noch weiter zu gefährden. Das ist nicht nur eine Frage europäischer Solidarität, sondern auch eine Frage der ökonomischen Vernunft. Denn es sind besonders deutsche Unternehmen und deutsche Beschäftigte, die in den vergangenen Jahren von der Währungsunion profitiert haben. Der Euro muss seine Erfolgsgeschichte fortschreiben. Wir müssen beweisen, dass die Währung stärker ist als die Spekulationen auf ihr Scheitern.

Zudem würde jede alternative Lösung um ein Vielfaches teurer werden und die ärmeren Menschen in der griechischen Bevölkerung über Gebühr belasten. Bei einem Staatsbankrott wäre das innenpolitische Chaos in Griechenland unkalkulierbar. Wetten gegen andere Staaten würden in einem Dominoeffekt die Gemeinschaftswährung und die Handlungsfähigkeit der Euro-Staaten untergraben.

Griechenland hat sich mit dem IWF, der EZB und den Euro-Staaten auf ein ambitioniertes Sparkonzept geeinigt. Es wird in den kommenden Jahren sehr schwer für die griechische Bevölkerung, diese Verpflichtungen einzuhalten. Die Griechen werden auf vieles verzichten müssen.

Natürlich ist Griechenland alles andere als unschuldig an der aktuellen Krise: Der griechische Staat hat mit Klientelpolitik, Korruption, Fälschung von Statistiken, Duldung von Steuerhinterziehung, Missbrauch von EU-Fonds, schlechten Investitionen, durch hohe Militärausgaben und besonders einen aufgeblähten öffentlichen Sektor die Schuldenkrise maßgeblich selbst verursacht.

(C) Das multilateral ausgehandelte Sparprogramm ist daher der richtige Weg, die Schulden des griechischen Staates zurückzufahren und durch notwendige strukturelle Reformen die Produktivität der griechischen Wirtschaft und des öffentlichen Sektors zu steigern. Die mit diesem Gesetz bewilligten Hilfen stehen in einem direkten Zusammenhang mit dem Sparpaket. Die vierteljährlichen Überprüfungen müssen die Einhaltung des Sparpakets kontrollieren und gegebenenfalls zu Sanktionen führen. Es muss jedoch auch mit der nötigen Flexibilität auf geänderte ökonomische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen reagiert werden. Die Sparanstrengungen müssen schon mittelfristig zu einem gesunden Wachstum der griechischen Wirtschaft führen.

Die Entscheidung über das Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz stellt einen Scheidepunkt in der europäischen Entwicklung dar. Eine Zustimmung zu dem Gesetz ist mit dem Auftrag an die deutsche Regierung verbunden, Strukturveränderungen in der Europäischen Union und in den europäischen Finanzmärkten durchzusetzen. Die Krise muss genutzt werden, die offen zutage getretenen fundamentalen Schwächen zu überwinden und die Währungsunion langfristig zu stärken.

(D) So müssen die Rechte des europäischen Statistikamts und des europäischen Rechnungshofes gestärkt werden. Eine unabhängige europäische Ratingagentur muss eingerichtet werden, und die Entscheidungen der marktbeherrschenden Ratingagenturen müssen transparenter werden. Die Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt müssen erneuert und verschärft werden. Kreditausfallversicherungen, Credit Default Swaps, müssen umgehend verboten werden, sofern sie nicht zur Absicherung eigener Risiken dienen. Außerdem muss eine europäische Finanztransaktionsteuer eingeführt werden, damit Spekulationen verteuert und eingedämmt werden.

Anlage 6**Erklärung nach § 31 GO**

der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick, Thilo Hoppe, Sven-Christian Kindler, Ute Koczy, Stephan Kühn, Beate Müller-Gemmeke, Ingrid Nestle, Dr. Hermann Ott, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Viola von Cramon-Taubadel, Winfried Hermann, Maria Anna Klein-Schmeink, Kerstin Müller (Köln), Ulrike Höfken, Katja Dörner, Sylvia Kotting-Uhl, Bettina Herlitzius, Thilo Hoppe, Tabea Rößner, Agnes Krumwiede, Memet Kilic, Markus Kurth, Agnes Malczak, Wolfgang Wieland, Dr. Harald Terpe, Friedrich Ostendorff und Claudia Roth (Augsburg) (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Helleni-

(A) schen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WfStG) (Tagesordnungspunkt 23)

Bei der Entscheidung über das Griechenland-Hilfspaket geht es um die Zukunft Europas und um die Solidarität in Europa. Als Europäerinnen und Europäer leitet uns heute die Sorge um die Zukunft Europas in unserer Entscheidung. Die Solidarität zwischen den Menschen in Europa ist uns wichtig, gerade in schwierigen Zeiten. Die gewalttätigen Konflikte in Griechenland haben deutlich gemacht, welche Bedeutung das Hilfspaket und die Krise für die Menschen in Griechenland haben. Fassunglos erleben wir eine national-populistische Kampagne gegen Griechenland, befeuert nicht nur von manchen Medien, sondern auch von Politikerinnen und Politikern aus CDU, CSU und FDP. Wir distanzieren uns ausdrücklich davon und erinnern daran, dass gerade Deutschland dem europäischen Einigungsprozess sehr viel verdankt. Das sollte niemand in Deutschland leichtfertig aufs Spiel setzen.

Zu hinterfragen ist allerdings, ob das Hilfspaket und das damit verbundene Konsolidierungsprogramm in Griechenland seine beiden Ziele zu erfüllen vermag: die Lösung des griechischen Schuldenproblems und die Stabilisierung des europäischen Finanzmarkts.

Das Hilfspaket kommt viel zu spät und erreicht das erste Ziel – die Überwindung des griechischen Schuldenproblems – nicht. Eine Umschuldung, die dringend nötig ist, damit Griechenland seine Schulden tragen kann, ist nicht vorgesehen. Sie könnte aber eher früher als später drohen. Wenn die Kredite über die KfW ohne Vorrang gegenüber den bisherigen privaten Gläubigern vergeben werden, ist klar, dass eine künftige Umschuldung Milliardenverluste für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verursachen würde. Wie schon bei der Bankenrettung werden, während die Staaten voll ins Risiko gehen, damit vor allem die privaten Gläubiger, also insbesondere Banken, Fonds und Versicherungen, geschützt, ohne dass sie ihren Teil zur Lösung der Krise beitragen würden. Die von Finanzminister Schäuble und Deutsche-Bank-Chef Ackermann inszenierte Beteiligung der privaten Wirtschaft leistet das eindeutig nicht.

(B) Das mit dem IWF vereinbarte Konsolidierungsprogramm für Griechenland ist in seiner Größenordnung von 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis 2012, 6,5 Prozent davon im ersten Jahr, einzigartig. Klar ist: Griechenland hat schlecht gewirtschaftet. Die Steuereinnahmen und die Staatsausgaben stehen in Griechenland in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zueinander, und das schon seit Jahren. Ein Konsolidierungskurs ist notwendig. So richtig vor diesem Hintergrund viele einzelne Maßnahmen sind, steht jedoch zu befürchten, dass der griechische Schuldenberg dadurch nicht kleiner, sondern größer werden wird. Denn ein Konsolidierungsprogramm in dieser Größenordnung droht über viele Jahre Griechenland in eine tiefe Rezession zu stürzen. Thomas Meyer, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, etwa schätzt, dass der Schuldenstand bis 2014 auf 150 Prozent des BIP anwachsen würde. Seinen jährlichen Kreditbedarf würde das Land zu 75 Prozent von ausländischen Kapitalgebern decken lassen müssen. Es sei davon auszuge-

hen, dass ein Leistungsbilanzüberschuss von mindestens 5 Prozent allein zur Zinszahlung erwirtschaftet werden müsse. Ob mit einem solchen Programm Griechenland wirklich geholfen ist, bezweifeln wir. Zu sehr hat sich die Bundesregierung von einer Bestrafungslogik leiten lassen, als dass das von ihr mit verantwortete Programm einen wirklichen Weg aus der Schuldenkrise weisen würde. Hinzu kommt eine soziale Schieflage, die vor allem die ärmeren Menschen treffen wird und zudem die Chancen der politischen Durchsetzung mindert. Die Mehrwertsteuererhöhung trifft alle Griechinnen und Griechen. Eine notwendige Beteiligung der großen Vermögen durch einen sozial gerechten Lastenausgleich bei der Konsolidierung ist nicht vorgesehen. Profitiert von Miss- und Günstlingswirtschaft und Spekulationen haben dagegen nur wenige. Weniger Investitionen, weniger Nachfrage, geschweige denn ein ökologischer Umbau von Wirtschaft und Tourismus: Griechenland steht vor einer jahrelangen Rezession, die sich natürlich auch auf den Arbeitsmarkt niederschlagen wird. Auch hier werden die Verlierer bestimmt nicht jene sein, die die Misere mitzuverantworten haben.

Auch das zweite Ziel, die Stabilisierung der Finanzmärkte, erreicht das Programm offenkundig nicht. Das lange Zögern der Bundesregierung hat Spekulanten Tür und Tor geöffnet und die Probleme verschärft. Die Verwerfungen an den Märkten und die Spekulation gehen auch nach Verkündung des Programms und der Zustimmung durch die Regierungen ungemindert weiter. Die Ansteckungsgefahr ist nicht gebannt. Nur eine durchgreifende Reform der Finanzmärkte, wie sie die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht erst seit Ausbruch dieser Finanzkrise fordert, wird hier Abhilfe schaffen. Doch fast drei Jahre nach Ausbruch der Krise fehlen noch immer die Regeln die die Finanzmärkte bändigen würden. Die Bundesregierung blockiert immer noch die Entwicklung einer europäischen Wirtschaftsregierung sowie eine Ergänzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und das Ziel außenwirtschaftlicher Gleichgewichte steht ebenfalls aus. Wenn aber die strukturellen Probleme der Leistungsbilanzungleichgewichte in der Währungsunion, die mitverantwortlich für die griechische Krise sind, nicht behoben werden, kann sich Stabilität in der Euro-Zone nicht einstellen.

Trotzdem stimmen wir zu. Denn wir stehen vor der Alternative, entweder den Gewährleistungen zuzustimmen, obwohl sie Teil eines Programms sind, das seine Ziele zu verfehlen droht und für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zusätzliche Risiken bedeutet, oder aber mit der Ablehnung dieses Gesetzes ohne Zweifel eine weitere Verschärfung der Lage zu riskieren. Denn Griechenland braucht schnelle Hilfe, unsere Solidarität. Europa und der Euro brauchen unsere Entschlossenheit – und die Gefahr ist einfach zu groß, dass der Schaden, den eine Ablehnung des Hilfspakets verursachen würde, in Griechenland wie in Europa und damit letztlich auch in Deutschland noch zunehmen würde. Das können wir aus europäischer Solidarität wie aus wirtschaftlicher Vernunft nicht verantworten.

Der Zeitgewinn, den diese Hilfen von IWF und Euro-Zone bringen, muss von der Bundesregierung nun drin-

(A)

gend genutzt werden, umfassender und ohne Blick auf kurzfristige parteipolitische Taktik, die Finanzmärkte zu bändigen und Antworten auf die Schuldenkrise zu finden.

(C)

(B)

(D)